

Ercheint täglich außer Montags, Abonnementspreis: jährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragene in der Post-Beilage-Preisliste für 1896 unter Nr. 2277.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kontingents-Nr. 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonnabend, den 17. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

### Der Parteitag

#### der deutschen Sozialdemokratie

hat schon Freitag seine Sitzungen geschlossen. Rascher als sonst wurde die Tagesordnung erledigt, obgleich durch den Beschluß des Parteitages die von dem geschäftsführenden Ausschusse vorgeschlagenen Verhandlungspunkte noch um einen wesentlichen Punkt vermehrt wurden.

Der Parteitag hat gut und rasch gearbeitet. Mehr noch wie auf den vorangegangenen Parteitagen war auf dem letzten das Hauptgewicht auf die Kritik der Verhältnisse in der Partei, der Leistungen der Partei-Organen gelegt worden.

Datte auch der Parteitag im wesentlichen mehr als einer seiner Vorgänger einen geschäftlichen Charakter, so hat dies doch seine Bedeutung in keiner Weise vermindert. Die Aufgaben unserer Partei sind so große, die Gelegenheiten, für sie zu wirken, so vielfache, die Gebiete, auf denen der Thätigkeitstrieb unserer Partei zum Ausdruck kommt, so ausgedehnt, daß die Kritik der Parteithätigkeit in der verflochtenen Zeit, die Vorschläge für ihre künftigen Leistungen vollaus Gelegenheit bieten, die Tüchtigkeit und Willensfestigkeit unserer Delegirten zu zeigen.

Eine geschäftliche Behandlung der Angelegenheiten einer Arbeiterpartei oder der nationalliberalen Partei muß natürlich die tödtlichste Langeweile erzeugen, ganz anders ist es aber bei unserer Partei.

Ohne jede Ueberhebung können wir es sagen, es giebt keine Partei im Reiche, welche eine Debatte aufweisen könnte, wie die, die der Gothaer Parteitag über die „Neue Welt“ geführt hat. Einmal hat ein Kongreß einer bürgerlichen Partei die Frage der Unterhaltungsliteratur behandelt — es war vor mehreren Jahren auf einem Parteitag der deutschen Volkspartei — aber wie kläglich steht jene Debatte neben dem Geisteskampfe, der in Sieleben aus Anlaß der Kritik der „Neuen Welt“ sich entwickelt hat. Es war eine große, prinzipielle, von den höchsten Gesichtspunkten getragene Debatte. Es war ein Beweis dafür, daß unsere Partei mit Weadung des Feldes der Politik und der Wirtschaft ihre Aufgabe nicht erfüllt sieht, daß sie allein unter allen Parteien vor keiner Frage des Lebens halt macht, zu allen Stellung nimmt, weil sie nicht eng begrenzte Aufgaben hat, sondern eine aufstrebende Klasse vertritt, der Träger einer neuen Weltanschauung ist.

Sicherlich ist die Frage der Stellung unserer Partei zu den Strömungen in unserer Literatur durch den Parteitag nicht zur Entscheidung gebracht worden. Dies konnte und sollte auch nicht seine Aufgabe sein. Aber ein neues Feld des Denkens, des Ueberlegens, der Kritik ist durch diese Debatte für die Arbeiterklasse eröffnet, ihr Gesichtskreis dadurch erweitert worden. Und dies allein ist ein Gewinn, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Auch die Kritik und die Anregungen über die Leistungen und die Haltung der Parteipresse waren von großer Bedeutung und, wie wir überzeugt sind, von bleibendem Nutzen für die Partei. Auch bei dieser Debatte zeigte es sich, wie gründlich und wie vorthellhaft wir uns von unseren Gegnern unterscheiden. In scharfer und rückhaltloser Weise wurde Kritik geübt, die sachlichen Ausstellungen überwogen aber die unvermeidlichen persönlichen Reklamationen; so manches Bittere wurde gesagt und mußte hingenommen werden. Aber am Schlusse waren alle überzeugt, daß jeder das, was er, wenn auch oft mit innerem Widerstreben, vorgebracht hat, zum besten der Partei, gesagt hat, so daß man trotz alledem und alledem als Freunde und in treuer Kampfgemeinschaft sich trennte.

Wir sind zu sehr betheiligt in der Frage der Parteipresse, als daß wir es angemessen hielten, zu ihr Stellung zu nehmen, vor allem jetzt, wo eben der Parteitag geschlossen ist, und nicht alle persönlich beteiligten anwesend sind. Aber das können wir wohl im Einverständnis mit allen Genossen ansprechen, daß, so prinzipiell in manchem Augenblicke diese Debatte war, sie keinerlei üble Folgen für die Partei und ihr Zentralorgan haben wird.

Ebenso wie die Debatte über die Thätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses war auch die über die parlamentarische Thätigkeit eine fruchtbare und selbst hohe Anforderungen befriedigende. Das läßt sich nicht zum wenigsten auf die gute Vorbereitung, auf die Vorlage sachkundig ausgearbeiteter, ausführlicher Berichte zurückführen, die eine sachgemäße und die Partei fördernde Erledigung erleichterten.

Wenn die Debatte über den Arbeiterschutz nicht ganz auf dieser Höhe war und das Interesse der Delegirten nicht so sehr fesselte, so rührt dies im wesentlichen davon her, daß weder der im letzten Augenblicke mit seiner Aufgabe betraute Referent noch die sonstigen Redner bestimmt wußten, ob die Tagesordnung erweitert werden würde oder nicht. Ohne dem Parteitag das Recht im mindesten beschnitten

zu wollen, seine Tagesordnung definitiv festzusetzen, scheint es uns doch nicht empfehlenswerth, allzu spät mit Vorschlägen auf Abänderung der Tagesordnung zu kommen. Nach Feststellung der provisorischen Tagesordnung durch die berufenen Organe der Partei kommen solche Anregungen zu spät. Es wird sich für die Parteipresse wohl empfehlen, künftighin möglichst zeitig die Frage der Aufgaben der bevorstehenden Parteitagen zu erörtern. Wenn dies ruhiger und sachlicher als diesmal geschieht, so wird man nicht nur äußere, sondern auch innere Erfolge aufweisen können.

Trotzdem wollen wir durchaus nicht bebauern, daß der Parteitag die Frage des Arbeiterschutzes mit erörtert hat; wurde doch dadurch das in nichts begründete Gerüde einzelner Kritiker innerhalb der Partei und auch der beliebte Versuch der Gegner, auf die Partei mit der Verdächtigung, daß ein Gegensatz zwischen politischer Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung bestehe, zerlegend zu wirken, aufs gründlichste widerlegt. Vor allem freuen wir uns, daß Bebel die Gelegenheit gegeben wurde, einen nicht immer loyal ausgelegten Anspruch über die Gewerkschaftsbewegung richtig zu stellen. Aber auch die übrigen Redner, denen eine Gegnerschaft gegen die Gewerkschaftsbewegung hier und da angedichtet wird, haben durch ihre Reden hoffentlich unmöglich gemacht, daß künftighin noch die Legende von einer Rivalität der politischen „Führer“ gegen die Gewerkschaftsbewegung gläubige Hörer findet.

Die Frage der Organisation der Partei konnte nach Lage der Dinge nicht zu einer definitiven Erledigung, so weit in Preußen-Deutschland in solchen Fragen von definitiver Erledigung überhaupt gesprochen werden kann, gebracht werden. Wir hoffen, daß die mannigfachen Anregungen des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen sein werden und daß durch dieselben der Zusammenhalt der Parteigenossen und ihr Pflichtgefühl gestärkt wird.

Beachtenswerth war, was über die Maisfeier gesprochen wurde, sehr lehrreich, was über den internationalen Kongreß gesagt wurde.

Daß die Frage des Proportional-Wahlsystems nicht behandelt wurde, wird kaum irgend einen Parteigenossen besonders betrüben. Wer sich über diese Frage belehren will, findet genug Literatur, und sowohl vom Standpunkte der aktuellen Politik, wie vom prinzipiellen Standpunkte der Partei giebt es zahlreiche Fragen, deren Erörterung weit dringender ist.

Auf voller Höhe zeigte sich der Parteitag bei der Erörterung der Frage der Frauenagitation. Das Referat bewies, wie unrecht unsere Gegner haben, wenn sie uns, im schlechten Sinne des Wortes, eine materialistische Partei nennen. Wir verweisen auf das in der heutigen Nummer ausführlich wiedergegebene Referat und auf die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung.

Wir hoffen, daß für die Männer und Frauen in der Partei die Behandlung der Frauenagitation auf dem letzten Parteitage von größtem Nutzen sein wird und daß die Arbeiterinnenbewegung, die aus wohlbegreiflichen Gründen hinter der übrigen sozialdemokratischen Bewegung weit zurückgeblieben ist, dadurch in allen Theilen des Reiches fruchtbare Anregungen erhalten haben wird.

Ueber einen Punkt, über den sonst peinlich zu sprechen ist, können wir uns auch diesmal mit Befriedigung äußern, über die Thätigkeit der Beschwerdekommission. Sie hat in taktvollster und den Frieden der Partei fördernder Weise die einzige bedeutungsvolle Beschwerde, die an den Parteitag gekommen ist, die der Braunschweiger Pistorius und Kiepling, entschieden.

Daß Hamburg, dieser Ort voller erhebender Traditionen, für die Partei zum Siege des nächsten Parteitages bestimmt wurde, freut uns und wir beglückwünschen aufs herzlichste unsere Hamburger Genossen hierzu.

Die Berliner Genossen, die sonst so oft unbefriedigt unsere Parteitage verlassen haben, werden diesmal mit großer Genugthuung auf die Erfolge ihres Delegirten sehen können. So ziemlich alle Anregungen, die von Berlin gekommen sind, haben den Beifall und die Zustimmung des Parteitages gefunden. Dies ist erfreulich im Interesse der Gesamtpartei und der Berliner Parteigenossen, deren Leistungsfähigkeit, Aufopferungsbereidigkeit und Tüchtigkeit jeder gerne anerkennt.

Das Einverständnis der Partei mit ihrer Leitung kam in der einstimmigen Ertheilung der Decharge an den geschäftsführenden Ausschuss, in der einhelligen Wiederwahl desselben, in der Bestätigung der Kontrollreue und in der vollkommenen Zustimmung zur Haltung der Reichstagsfraktion zum Ausdruck.

So geht die Partei innerlich gekräftigt aus dem Parteitage hervor.

Die neuen Anregungen, die auf demselben gefallen, werden ihre Früchte tragen.

Nicht Selbstzufriedenheit wird seine Signatur sein, sondern der Ansporn zu weiterer, unermüdlicher Thätig-

keit für die Partei in ihrer Gesamtheit und für jeden einzelnen Anhänger derselben.

Jeder Delegirte, jeder Parteigenosse wird sein bestes thun, daß die Partei auf dem Hamburger Parteitage noch achtungsgebietender, noch kräftiger dasteht, wie auf dem jetzt verflochtenen Kongresse.

Unermüdlich vorwärts kämpfend, kein Ungemach scheuend, fest vertrauend auf den endlichen Sieg unserer großen Sache, gelangen wir alle an unser herrliches Ziel!

Hoch die Sozialdemokratie!

### 3 1/2 Prozent!

3 1/2 pCt. an Zinsen sollen von nun an nur noch für die deutsche Reichsanleihe und die preussischen, bayerischen, württembergischen Staatsanleihen gezahlt werden. In Bayern ist die Konversion bereits in den letzten Tagen durchgeführt. Das von der Maßregel betroffene Kapital betrug dort 1 1/2 Milliarden, und die Konversion ist fast überall angenommen worden, das heißt, daß im Besitz der betreffenden Staatsanleihepapiere befindliche Publikum wird in Zukunft an Stelle der bisher gezahlten 4 pCt. mit 3 1/2 pCt. zufrieden sein und wird darauf verzichten, sich das dem Staat dargelehene Kapital zurückzahlen zu lassen, um den Versuch zu machen, anderweit einen höheren Prozentsatz herauszuschlagen oder mehr damit zu verdienen. Aus Württemberg berichten heute die Zeitungen, daß die dortigen 815 Millionen 4prozentiger Staatsschuld in 3 1/2prozentige konvertiert werden sollen. Und Preußen und das Deutsche Reich werden, wie offiziös mitgetheilt wird, ebenfalls mit dieser Maßregel vorgehen und schon in der nächsten Parlamentssession dem Reichstag und Landtag entsprechende Vorlagen machen. Das Reich hat ca. 2091 Millionen Mark Schulden, davon etwa 450 Millionen 4prozentige; Preußen hat etwa 6364 Millionen Schulden, darunter 8598 Millionen 4prozentige.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht die Frage nach der Berechtigung von Staatsanleihen aufheben, auch nicht auf das Wesen des „Zinses“ eingehen. Nur soviel, daß nach der neueren Finanzwissenschaft die augenblicklichen und alljährlich wiederkehrenden Bedürfnisse des Staates aus den laufenden Einnahmen, die hauptsächlich aus Steuern bestehen, bestritten werden sollen; während nach dieser Lehre für einmalige größere Ausgaben, namentlich für staatswirtschaftliche Kapitalanlagen, die sich in irgend einer Weise für die Dauer rentiren sollen (hier kommen zum Beispiel Eisenbahnbauten und dergleichen in Frage), die Mittel durch öffentliche Anleihen beschafft werden können, die Last der Verzinsung und der Rückzahlung also den zukünftigen Bürgern des Staates aufgewälzt wird. Wenn man nun bedenkt, daß das Deutsche Reich nach dem Etat für 1896/97 allein für Militär- und Marinezwecke inklusive der Militär- und Invalidenpension, etwa 712 Millionen Mark jährlich ausgiebt, so kann man die Bemerkung nicht unterdrücken, daß, wenn an derartigen Dingen etwas mehr gespart würde, die Ausgaben für kulturelle Arbeiten nicht auf die Zukunft abgewälzt zu werden bräuchten, oder daß für Kulturwerke mehr aufgewendet werden könnte, als es heute geschieht.

Doch dies nur nebenbei. Die Schulden sind einmal da, werden sich auch bei Fortdauer des heutigen Regierungssystems noch weiter vermehren, und die Geloderger verlangen natürlich vom Staat ihre ausbedungenen Zinsen. Diese Zinsen betragen nun zu einem sehr großen Theil der öffentlichen Schulden, wie oben dargelegt, heute noch 4 pCt., trotzdem der Zinsfuß seit einer ganzen Reihe von Jahren im beständigen Rückgang ist und für sichere Anlagen wenig mehr als 3 pCt. beträgt. Da ist es erstärklich, daß aus den Reichen der misera plebs contribuens, des Steuerzahlers Pöbels, der Ruf nach „Konversion“ dieser 4prozentigen Anleihen erschallt, das heißt, daß man von der Finanzverwaltung verlangt, sie solle den Staatsgläubigern nicht mehr an Zinsen bezahlen, als es nach der Lage des Geldmarktes geboten ist. — Der Finanzminister steht diesen Forderungen mit einem Nassen und einem heiteren Auge gegenüber. Thränen der Nahrung perlen ihm von der Wange, wenn er daran denkt, daß er bei der Konversion die besten und sichersten Stützen von Altar und Thron, die Rentiers, in ihrer Nahrung tranken muß. Und die Zeitungen des mittleren und kleinen Bürgerthums, wie der maderisch-evangelische „Reichsbote“, die maderisch-katholische „Germania“, die jüdenfressende „Staatsbürger-Zeitung“ u. weinen mit. Da werden alle Register aufgezogen, von dem spar samen Hausvater, der die Früchte seiner Arbeit in 4prozentigen preussischen Konsols angelegt hat, — von den betlagenswerthen Wittwen und Waisen, die solche Papiere besitzen und nun in ihrem Einkommen gekürzt werden sollen, bis zum „Vertragsbruch“ des Deutschen Reiches und preussischen Staates und bis zur Erschütterung des Vertrauens in die Reliabilität dieser Staaten, — mit allen diesen Dingen sucht man die Staatsverwaltung granlich zu machen, um dem Theil ihrer Abkommen, der es zu etwas gebracht hat in der Welt und Staatspapiere besitzt, die „4 pCt.“ zu erhalten.

Das dies natürlich nicht im wirklichen Interesse des „Mittelstandes“ liegt, ist klar. Denn der Bauer, der Handwerker, der Kaufmann hat ein Interesse an billigen Kredit, und eine unnatürlich hohe Verzinsung der Staatsanleihen vertheuert auch den gesamten sonstigen Kredit. Das weiß der Herr Finanzminister, und vor allen Dingen weiß er, daß unsere so einflussreichen Agrarier ebenfalls eine Konvertirung der Staatsanleihen wünschen. Diese Herren Großgrundbesitzer sind nämlich zum großen Theil im Besitz recht stattlicher Schulden, die sie zu ihrem größten Lebenswese verzinzen müssen. Wenn nun, so schließen sie sehr richtig,

der Staat seine hochverzinslichen Anleihen in niedriger verzinsliche umwandelt, so wird damit der gesammte Kredit billiger; sie können ihre höherverzinslichen Hypotheken kündigen und dann dieselben Summen zu niedrigerem Zinsfuß bekommen. Daher auch auf ihrer Seite das sehr vernünftige Verlangen nach Konversion der Staatsanleihen, und zwar nicht auf 3 1/2, sondern auf 3 pCt., damit namentlich auch die landwirtschaftlichen Pfandbriefinstitute die Konversion auf 3 pCt. durchführen können. Die Erwägung dieses Für und Wider hat sich denn nun beim Finanzminister und der Regierung zu der Ansicht verdichtet, die vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in 3 1/2 prozentige zu konvertieren, von einer Konvertierung auf 3 pCt. aber vorläufig abzusehen.

Daß bei diesen Erwägungen auch die Wünsche und Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit berücksichtigt worden sind, ist bei der sonst üblichen Regierungspraxis wohl nicht anzunehmen, auch hätte die Konversion in diesem Fall schon seit Jahren durchgeführt sein müssen. Die Arbeiter sind diejenigen, die von den bewussten Staatspapieren auch nicht einen Pfennig ihr eigen nennen, von der höheren Verzinsung also auch nichts profitieren können. Dagegen sind sie diejenigen, die durch die direkten und indirekten Steuern zum großen Theil die Zinsen für die Rentiers und die sonstigen Personen aufbringen müssen, die sich im glücklichen Besitz von Staatsanleihen befinden. Da können sie wohl mit Recht verlangen, daß sie, die im schwersten Kampf um die Existenz stehen und heiß von der Hand in den Mund leben, nicht zu noch höherem Tribut an die großen und kleinen Kapitalisten gezwungen werden, als es nach Lage des Geldmarktes unumgänglich ist. Aus diesem Grunde verlangen wir die Konversion auf 3 pCt., weil der Zinsfuß für sichere Anlagen heute bis auf ein Bruchtheil auf 3 pCt. gesunken ist und bei Durchführung der verlangten Konversion sicher auf 3 pCt. oder noch darunter sinken würde.

Bei Durchführung der Konversion auf 3 pCt. würde der Staat und mithin die Steuerzahler ca. 80 Millionen jährlich an Zinsen sparen; bei Konvertierung auf 3 1/2 pCt. werden nur ca. 20 Millionen gespart. Diese 20 Millionen Mark sollen, wie die offiziellen Zeitungen berichten, zu Gunsten der Hinterbliebenen von Beamten und Offizieren, anderntheils zur Verbesserung der Beamtengehälter verwendet werden. Der Kaiser soll gewünscht haben, daß bei der Konversion mit aller denkbaren Milde und Schonung verfahren werde, und damit soll gemeint sein, wie allgemein geäußert wird, daß den Beamten- und Offizierswitwen, die im Besitz 4 prozentiger preussischer oder deutscher Schuldverschreibungen sind und durch die Konversion Schaden haben würden, dieser Schaden ersetzt werde. Wir meinen freilich, daß die Beamten- und Offizierswitwen, die keine solche Papiere besitzen und auf die Pension allein angewiesen sind, jedenfalls noch schlechter daran sind als diejenigen, die sich im Besitz von staatlichen Schuldverschreibungen befinden.

Ob im übrigen die Erhöhung der Wittwen- und Waisenpensionen und der Beamtengehälter die allerdringendste Kultur- aufgabe bildet, oder ob es nicht vorläufig noch dringendere sozialpolitische Aufgaben giebt — wir erinnern beispielsweise an die Wittwen und Waisen der Arbeiter, die noch ganz unver- sorge sind, an die dringend notwendige Erhöhung der Renten bei der Invalidenversicherung, für welche Zwecke bei diesen Zins- ersparnissen vielleicht etwas flüssig gemacht werden könnte — was von diesen Aufgaben das allerwichtigste ist, mag dahingestellt bleiben. Wenn man sich aber für die Erhöhung der Beamtengehälter ent- scheidet, dann wolle man wenigstens da anfangen, wo es am nöthigsten ist, bei den Briestragern, den Eisenbahnarbeitern, den Bureauclerkern und den sonstigen Unterbeamten. — Der „Wahre Jakob“ brachte dieser Tage ein recht gutes Bild, worin es hieß, daß ein Unterbeamten-Gehalt von jährlich 700 Mark zwar sehr ungenügend sei, daß das Gehalt eines Regierungspräsidenten aber dreißig Mal so groß ist und insolge dessen auch dreißig- mal so ungenügend sei. Hier müßte also bei der Auf- besserung der Beamtengehälter angefangen werden. Wenn die Sache so gemeint ist, und nach den offiziellen Mittheilungen über die Erhöhung der Beamtengehälter sollen in der That vor allen Dingen die Gehälter der höheren Verwaltungsbeamten erhöht werden, dann wird man uns auch, was die Verwendung der aus der Konversion gewonnenen Zinsersparnisse betrifft, in der Opposition finden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Oktober.

**Grober Unfug.** Maßgebend für die Gesetzesauslegung sollte in erster Linie die Frage sein, welche Handlungen der Gesetzgeber mit dem betreffenden Gesetze hat treffen wollen. Fest steht es nun, daß, als man im Strafgesetzbuch unter Uebertretungen auch die Bestrafung desjenigen aufnahm, der ruhestörenden Lärm verursacht oder groben Unfug verübt, man unter letzterem nur etwaige Dummejungen- streiche, wie etwa das Auslösen von Straßenlaternen oder das Abnehmen und die Verletzung von Firmenschildern oder ähnliche Handlungen verstand; so ist der „Grobe- Unfug-Paragraph“ Jahre hindurch auch aufgefaßt und von den Richtern aller Instanzen beurtheilt worden und erst der Rechtsprechung der letzten Jahre ist es gelungen, alle möglichen Handlungen unter den Begriff des groben Unfugs zu bringen. Handlungen, welche unter keinen anderen Paragraphen zu bringen sind und die man doch gerne strafen möchte, hat man einfach für „grobe Unfug“ erklärt. In den letzten Tagen gehen wieder einige Rechtsprüche über den „grobe Unfug“ durch die Presse, welche allgemeines Kopf- schütteln erregen. In Stralkowo in Posen war den Honoratioren des Ortes, die eine Festlichkeit feiern wollten, von einer anderen Gesellschaft in einem anderen Lokal die Musikkapelle weggemietet worden. Die beiden Personen, welche die Musik gemietet hatten, wurden wegen groben Unfugs angeklagt und von dem Schöffengericht in Witschen auch wirklich zu je 80 M. Geldstrafe verurtheilt. Dieses Urtheil wurde in zweiter Instanz vom Landgericht Gnesen bestätigt.

Eine andere noch verwunderlichere Entscheidung traf ein Breslauer Gericht. Ein Breslauer Blatt veröffentlichte Briefe vom Lande. Einer dieser Briefe, der die schlechte Lage der ländlichen Bevölkerung behandelt und die Häufigkeit der Diebstähle theilweise auf die Noth der Landarbeiter zurückführt, erregt das Mißfallen der Staatsanwaltschaft. Er erhebt Anklage wegen groben Unfugs und der Redakteur erhält 100 M. Geldstrafe, nachdem die Staatsanwaltschaft 6 Wochen Haft beantragt hatte. Wir wissen ja, daß nichts die Agrarier mehr verdrießt, als wenn man hohe Getreidepreise als volksschädlich hinstellt; aber ist das ein Grund für den Richter, den Verdruß der Agrarier zu theilen, zumal es wohl kaum ein nationalökonomisches Werk giebt, und vor allem kein Werk über Moralstatistik, in dem nicht der Zusammenhang zwischen Nothstand und Verbrechen, vor allem auch dem höheren und geringeren Preis der Lebensmittel, und der Zunahme und Abnahme der Dieb- stähle, gelehrt und nachgewiesen wird. Nach der in Breslau getroffenen richterlichen Entscheidung kann man als groben Unfug jede Mittheilung einer wissenschaftlichen Lehre treffen, deren Resultate in einzelnen Kreisen

Mergerniß erregen. Diese Art der Rechtsauslegung wird kaum im Volke verstanden werden, jedenfalls wird aus ihr sich keine höhere Rechtsachtung herausbilden; wohl aber wird die Rechtstheorie des Herrn Schönstedt von dem zweierlei Recht im Volke mehr und mehr als die Seele der Rechtsprechung angesehen werden. Wenn die Gerechtigkeit das Fundament des Staates ist, so ist dieses Fundament im Deutschen Reiche ein sehr schwankendes. Ob ein so schwankendes Fundament eine zuverlässige Stütze ab- giebt, die Frage mögen sich die reichstreuen Anbeter der Autorität beantworten. —

**Der Bund der Landwirthe und das Vereinsgesetz.** Ein alter Jurist schreibt uns: Der zweite Absatz des streng vertraulichen Birkulars des Bundes der Landwirthe be- ginnt mit folgendem Satze:

Sie werden sich erinnern, daß von der Zentral- leitung aus stets das größte Gewicht darauf gelegt worden ist, daß die Provinzial- und Landesabtheilungen beim Haupt- gruppen es vermeiden müßten, irgendwie ein selbständiges Vereinsleben zu entfalten.

Das ist ganz genau die sogenannte „Rassiber“-Schreib- weise der abgefeimtesten Verbrecher. Wenn der alte Zucht- händler unter neuer Auflage im Gefängniß sitzt, weil er beschuldigt ist, am 15. September abends 10 Uhr in der Potsdamerstraße eingebrochen zu sein, dann schreibt auch er an seine Spießgesellen, um sich einen Entlastungs- oder Alibibeweis zu sichern:

Du erinnerst Dich doch, daß wir am 15. September ein Geburtstagsfest gefeiert haben, bei dem wir ununterbrochen von 7 Uhr bis lange nach Mitternacht in der Neuen König- straße geliebt haben.

Kein Staatsanwalt und kein Richter fällt jemals auf einen so plumpen Versuch herein.

Sollte jetzt aber den Trottrouchern dieser „streng vertrauliche „Rassiber“ wirklich nützen? —

**Die alte Kulturforderung: Abschaffung der Todesstrafe.** bringt die „Münchener Post“ in zeitgemäße Erinnerung anlässlich des eben beendeten Prozesses gegen den Maurer Berthold, der wegen dreifachen Raubmordes zum Tode verurtheilt ist. Wir haben hier, sagt unser Vordenker, die seltsame und unheimliche Thatsache vor uns, daß ein Todesurtheil lediglich auf Judizien hin, ohne jede Thatbeweise gefällt wurde.

Die ungeheure Klust, die zwischen den Anschauungen unserer Partei und denen der herrschenden Gesellschaft auch auf diesem Gebiete liegt, wird besonders deutlich erkennbar in der That- sache, daß, während wir die Aufhebung der Todesstrafe fordern, man jetzt die Kritik der Todesstrafe bereits als Verächtlichmachung einer Staatsanrichtung, ja unter Umständen sogar als Majestäts- beleidigung geahndet wissen will. Bekanntlich hat Genosse Grimpe in Ebersfeld einen Prozeß aus dieser Ursache durch- geführt.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Der erst 19 jährige Bäckergeselle Otto Schiele stand gestern unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. In der Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, traten zwei Bäckers- lehrlinge gegen den Angeklagten als Zeugen auf. Aus der Urtheilsbegründung ging hervor, daß der Angeklagte vor längerer Zeit eine beleidigende Aeußerung mit Bezug auf den Kaiser gethan hatte. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängniß. —

## Deutsches Reich.

— **Der Entwurf der Militär-Strafgerichts- Ordnung für das Deutsche Reich** nebst umfangreicher Begründung ist nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Bundesrath zur Beschlußnahme vorgelegt worden. —

— **Der Ex-Direktor des Kolonialamtes Dr. Kayser** soll demnächst zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht ernannt werden. Da er aus seiner juristischen Karriere bald nach der Ernennung zum Landrichter ausgeschieden ist, so werden die alten Richter am Reichsgerichte über ihren neuen Kollegen bezw. Vor- gesetzten nicht allzuheiß erregt sein, so daß durch diese Ernennung die öffentliche Verurtheilung der Mitglieder des Reichsgerichtes über die Ernennung neuer Mitglieder nur verstärkt werden dürfte. —

— **Auflärung über Schröder-Poggelow.** Nach einer Meldung der „Leipz. Neuest. Nachr.“ findet am Sonnabend Nachmittag die erste Ausschichtungs-Sitzung der Ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft statt, in welcher über die in der Öffentlichkeit gelangten, den Dr. Schröder-Poggelow betreffenden Mel- dungen verhandelt werden soll. Die Resultate dieser Sitzung werden veröffentlicht werden, damit jeder sich selbst ein Urtheil über die Affäre Schröder-Poggelow bilden kann. —

— **Generalmajor z. D. v. Gilschowsky**, seit 1882 Vertreter des Wahlkreises Kreuzburg-Rosenberg im Abgeordnetenhaus, Mitglied der Centrumsfraction, ist gestorben. —

— **Konstantin Röhrer**, der langjährige Leiter des offiziellen Pressebureau's, ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Er war in verschiedenen Phasen der bismarckischen Politik und auch unter Caprivi als Leiter der offiziellen Presse thätig, so daß er bei den ausländischen Politikern und Journalisten kein angesehenes Aundens hinterlassen hat. Nach seinem Austritte aus dem Reichsdienste arbeitete er für die „Post“ politische und für die „Preussischen Jahrbücher“ literarisch-historische Artikel. Zur Zeit der Unruhezvortage empfahl er öfter den Staatsstreik, was von so manchen nicht gerne gesehen wurde; den Staatsstreik empfehlen, heißt die Bevölkerung vor den Plänen derer warnen, die mit Staatsstreikgeflüsten um- gehen. —

— **Zur Revision des Handels-Gesetzbuchs.** Eine Petition an Reichstag und Bundesrath hat der Hilfsverein für weibliche Angestellte beschloffen. Das Gesuch betrifft die rechtliche Stellung der Handlungsgehilfinnen; es sollen darin, mit der Bitte um Aufnahme in die Novelle des Handels-Gesetzbuchs, folgende Hauptforderungen aufgestellt werden: 1. Verbot des Abzuges von Krankengeld bei der Gehaltszahlung; 2. Abschaffung der Kon- kurrenzklause; 3. Schriftlicher Lehrvertrag auf die Dauer von mindestens einem Jahre; 4. Beschränkung der Zahl der Lehr- linge; 5. Gewährung einer angemessenen Zeit zum Suchen einer neuen Stellung nach erfolgter Kündigung; 6. Verstärkter Sittlichkeitsschutz für weibliche Angestellte. —

— **Ein agrarischer Krach.** Die Bärwalder Ober- mühle, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ist, wie die „Weser- Zeitung“ mittheilt, in Konkurs gerathen. Die Errichtung der Gesellschaft, welche die Mühle betrieb, war von agrarischer Seite ausgegangen und zwar zu dem Zwecke, agrarischen Interessen zu dienen und diese Interessen gegen die Berliner Börse und gegen die großen Berliner Mühlen zu vertreten. Bei den Angriffen gegen die Getreidebörse haben die Vertreter der Gesellschaft das große Wort geführt. Die Bärwalder Obermühle ist in weiteren Kreisen auch dadurch bekannt geworden, daß sie eine Mischung von Roggenkleie und getrockneter Kartoffelsäpe unter dem Namen Futtermehl in den Verkehr brachte, was zu zahlreichen Reklamationen und Prozessen Veranlassung gab. Dem Ausschicht- rath gehörten verschiedene agrarische Hauptlinge an. Er bestand aus folgenden Herren: Graf Finc von Finkenstein auf Trossin (Vorsthenden), Rittergutsbesitzer Kreisfamer-Göllin,

v. Sydow-Dobberspahl, Amtsrath Eisner-Jellin, v. Preßler, Be- amter der Kleinbahngesellschaft in Berlin, Puppe, Bankier und Bierbrauer in Küstrin. Als alleiniger Direktor war der Vor- besitzer der Obermühle, Herr Klug, thätig. Die Generalvertretung der Mühle in Potsdam, die Firma Albert Behrendt u. Co., ist in voriger Woche zahlungsunfähig geworden.

Dieser Bankrott hat bekanntlich auch die Berliner Genossen- schaft's-Bäckerei zur Erklärung des Konkurses gezwungen. —

**Gotha, 15. Oktober.** („Gothaer Volksblatt.“) Bei der gestrigen Wahl eines Abgeordneten für den X. Bezirk (Gräfen- roth-Kramnitzel) wurde der frühere Abgeordnete Herr Adolf Winter mit 22 gegen 20 Stimmen, welche auf Redakteur Joos fielen, wiedergewählt. Dieser Sieg ist nicht besonders rühmend- werth für unsere Gegner. Nicht im offenen, ehrlichen Kampf ist er errungen, sondern durch die räthselhafte An- wendung der wirtschaftlichen Machtmittel, die unseren Gegnern so reichlich zu Gebote stehen und gerade auf kleinen Orten am wirksamsten sind. Hier von den Arbeitern gewählte Wahlmänner sind um- gefallen.

Man ersieht hieraus, wie die indirekte Wahl zur Korruption und zur Verfälschung des Volkswillens führt. —

**Koburg, 15. Oktober.** („Vollz. Ztg.“) Im zweiten Wahlkreis wurden für die Wahlmänner-Liste des seitherigen freisinnigen Abg. Schumann 284 Stimmen, für die nationalliberale 66, für die sozialistische Liste 32 Stimmen abgegeben. —

**Mainz, 15. Oktober.** („Verl. Ztbl.“) Polizeirath Travers in Mainz, der von ihm unterstellten Schutzleuten behauptet hatte, daß auf ihre Ansagen kein zu großes Gewicht zu legen sei, erklärt neuerdings, wie uns geschrieben wird, eine öffentliche Erklärung, in welcher er den Beamten gemüthlichen Genugthuung ge- währt. Er stellt zunächst fest, daß sein Schreiben, in welchem er die angebliche Mißhandlung von Verhafteten auf der Polizeiwache beleuchtete, ein amtlicher Bericht sei, der ohne sein Zutun in die Hände eines Rechtsanwalts gerathen sei. In diesem Bericht heißt es:

„Ob die Mißhandlung auf der Polizeiwache geschehen sei, kann nur durch das noch fehlende Zeugniß der Frau Schröder befestigt werden, da wir in solchen Fällen auf das Zeugniß der auf der Wache anwesenden Schutzleute allein kein großes Gewicht legen können.“

Das ist deutlich genug! Immerhin sei davon bemerkt ge- nommen, daß Polizeirath Travers weiter äußert, er habe in die Glaubwürdigkeit der Schutzmannsaussagen im all- gemeinen keinen Zweifel setzen wollen. Das hat wohl auch niemand angenommen.

— **Die Mannheimer Stadtverordneten- Wahlen** haben zu einer völligen Niederlage der National- liberalen geführt. In der dritten Abtheilung siegten unsere Genossen, in der zweiten Abtheilung die freisinnig-demokratische Liste, so daß die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung, wie auch die Wahl in der ersten Klasse ausfällt, den National- liberalen entrisen ist. —

## Oesterreich.

**Wien, 16. Oktober.** Abgeordnetenhaus. Bei Be- rathung des Dringlichkeitsantrages Haug betreffend die Einberufung des Landtages zur Beschluß- fassung über die Wahlreform erklärte Minister- präsident Graf Badeni: wie die Regierung über die Frage des direkten Wahlrechts denke, habe sie bereits in den Verhand- lungen über die Wahlreform kundgegeben. Die Regierung sei derzeit noch nicht in der Lage, ein feststehendes Programm für die zeitliche Folge der Ver- handlungen der legislativen Körperschaften aufzustellen, dies hänge vielmehr von dem weiteren Ver- laufe der parlamentarischen Thätigkeit ab; es gebe für den Reichsrath dringliche Aufgaben, die keinen Aufschub duldeten, er bitte die Dringlichkeit abzulehnen. (Beifall.) Hierauf wird die Dringlichkeit mit 106 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Der Sieg Badeni's ist ein möglicher. Eine Majorität von 5 Stimmen ist ein Durchbruch. Die Erklärung des Minister- präsidenten beweist, daß er die indirekte Wahl mit ihren amt- lichen Beeinflussungen so lange als möglich erhalten will. —

## Schweiz.

**Zürich, 14. Oktober.** (Eig. Ber.) Trozdem bereits in elf Tagen die Nationalrats-Wahlen stattfinden, steht die Wahlbewegung noch so ziemlich im Anfangsstadium und zwar bei der bürgerlichen Parteien sowohl wie bei der sozialdemo- kratischen Partei. In der Schweiz pflegt man zwar in der Regel die Aufstellung von Kandidaten erst kurz vor den Wahlen zu besprechen, indeß ist die diesmalige Verpflüchtung auf der ganzen Linie zurückzuführen auf die erst mit dem 4. Oktober beendete drei- fache Referendumsbewegung. Kluge Leute haben allerdings schon vor längerer Zeit ihre Wahlvorbereitungen getroffen, so z. B. der bis- herige Nationalrath Jeller, Brauerelbesitzer in Zolm, der den Armen 500 Fr. spendete und der Knaben- und Mädchen- schule einen bronzenen Teil widmete. Nun wird er wohl wiedergewählt werden und zugleich ersieht man aus dem Vorgange, zu was die Armen gut sind.

An Lebhaftigkeit wird diese Wahlbewegung ihre Vorgänger- rinnen nicht übertreffen, da noch den bisherigen Nachrichten nicht viele Nationalräthe eine Wiederwahl ablehnen und außer den wenigen sozialdemokratischen, keine anderweitigen Kampf- kandidaturen aufgestellt werden. Unsere Genossen haben bis jetzt in Basel, Biel, Lausanne, Langenthal (Kanton Bern), Bern, Luzern, Solothurn und Zürich (See) Kandidaten aufgestellt und zwar Wullschlegler, Reimann, Fauquez, Witz, Albisser, Färholz und Lang. In der Stadt Bern halten die Christlichen und die sozialdemokratische Vereinigung „Vorwärts“ an der Kandidatur Faraggen fest, die Arbeiterunion dagegen an ihrer Fünferliste mit Scherz, Seidenmann, Wastli, Kubi und Dr. Sourdeat. Letzterer, bisher in weiten Kreisen für einen Sozialdemokraten gehalten, hat sich offen als Freisinniger bekannt und ist nun von dieser Partei quasi als Vertreter der Eisenbahner auf ihre Liste genommen worden. Seine Wahl ist somit wohl gesichert und erhält in ihm auch der Nationalrath ein neues tüchtiges Mitglied. Sollten sich die beiden sozialdemokratischen Fractionen nicht über die Kandidaten noch einigen können, so ist ihre zweifache Niederlage sicher. Günstig gehalten hat sich für unsere Partei die Wahlsituation in Basel durch die Ablehnung einer Wiederwahl seitens des allgemein geachteten konservativen Regierungsrathes Dr. Speiser, wodurch nun ein Platz leer wird und nicht gegen einen „Häherigen“ gekämpft werden muß, welche Kämpfe in der Schweiz fast immer ebenso schwierig wie aussichtslos, weil die Wähler in Personenfragen konservativ sind. Die Freisinnigen in Basel werden nun wahrscheinlich die Kandidatur Wullschlegler auf ihre Liste nehmen, wo- durch seine Wahl gesichert wäre. Mit dem Genossen Wull- schlegler erzielte die schweizerische sozialdemokratische Partei endlich einen tüchtigen und würdigen Vertreter im Nationalrath, während der pseudo-sozialdemokratische Polizeidirektor Vogel- sanger in Zürich sich um die Sozialdemokratie wenig zu kümmern pflegte. Im Kanton Aargau stellt der Bauern- und Arbeiterbund wiederum den bisherigen Vertreter Meyer auf, der als Landwirth namentlich die Klein- bäuerlichen Interessen repräsentirt und wohl auch für die Arbeiter- interessen eintritt.

In Zürich und Winterthur besprechen die Sozial- demokraten erst nächsten Sonntag die Kandidatenfrage. In mehreren Wahlkreisen, so im Kanton Aargau, sogar im Kanton Aargau sucht man ultramontane Nationalräthe zu verdrängen durch links- stehende Demokraten resp. in Altwalden, durch einen Liberalen, Oberst Blättler, welcher der Führer der Bauern gegen die Ultra-

montanen im Kampfe um die Reduktion des Hypothekenzinsfußes war. In der bisherigen Wahlbewegung scheint sich ein Zug nach links geltend zu machen.

### Frankreich.

**Paris, 15. Oktober.** Die Folgen des Zarenbesuches stehen noch immer im Vordergrund des Interesses. Den Schwerpunkt bildet natürlich die verzwickte Frage, ob ein formeller Allianzvertrag da ist oder nicht. Der Streit zwischen den ministeriellen Optimisten, die die Frage bejahen, und den oppositionellen Pessimisten, die sie verneinen, wird glücklicherweise nicht mehr lange fortdauern. Die sozialistische Interpellation dürfte dem Verstandespiel der Regierung ein Ende setzen, trotzdem in ministeriellen Kreisen mit Nachdruck betont wird, daß zur Entschärfung des Allianzgeheimnisses erst die Einwilligung der russischen Diplomatie erforderlich wäre.

Nach dieser Interpellation wird die Kammer in den ersten Tagen der Herbstsession die Kredite für den Zarenempfang nachträglich zu bewilligen haben. Auch dieser Gegenstand wird dem Ministerium, nach den Äußerungen der radikalen und sozialistischen Presse zu urtheilen, heftige Angriffe einbringen. Selbst Sarrien, der Führer der gemäßigten Radikalen, sprach seine Bedenken über den kasuistischen Kniff aus, den die Regierung angewendet hatte, um sich die Kredite tatsächlich eigenmächtig zu bewilligen. Die Opposition erwidert darin mit recht eine gefährliche Tendenz, die Macht der Exekutivgewalt auf Kosten des Parlamentes auszudehnen, — eine Tendenz, die sich gelegentlich des Zarenbesuches namentlich auch in der systematischen Zurücksetzung des Parlamentes bei allen Feierlichkeiten geltend gemacht hatte. Herr Barthou hat es z. B. sogar fertig gebracht, die Besuche des Zaren bei den Vorstehenden der beiden Kammern im offiziellen Bericht über die Zarenfeier unerwähnt zu lassen. Der republikanische Minister hat sich also jarrischer als der Zar erwiesen.

Man begriff unter diesen Umständen, daß die Regierung aus blasser Furcht die Einberufung des Parlamentes so lange als möglich hinauszuschieben möchte. Doch dieser tapferer Wunsch stößt sogar in ministeriellen Kreisen auf Widerstand, denn eine Regierung, die ihre Furcht vor dem Parlament verrät, ist ja schon halb zu grunde gerichtet. So wird die Regierung, wie es bestimmt verlautet, ihrer ursprünglichen Absicht entgegen, das Parlament für den 27. Oktober einberufen. Das ist übrigens spät genug. Bei der Fülle der Interpellationen und dem Stande der Arbeiten der Budgetkommission ist die rechtzeitige Erledigung des Budgets sehr zweifelhaft.

Inzwischen nutzt Barthou seine Macht im Interesse des Ordnungszustandes aus. Er hat wiederum einige radikale Präfecten des Amtes enthoben oder nach unbedeutenden Departements verlegt und unfähige, aber reaktionär gesinnte Beamten mit den feilen Pöschchen versehen. Namentlich sei hervorzuheben die Maßregelung der Präfecten der drei Departements, wo in den letzten Monaten drei radikale Senatoren gewählt wurden. Barthou will damit zeigen, daß er für die kommenden Ergänzungswahlen zum Senat der Ordnungspartei vortreffliche Dienste zu leisten bereit ist. Wenn er nur bis Januar 1897 noch im Ministerstuhl bleibt.

Auch im Pariser Gemeinderath wird der Zarenbesuch einen Nachklang haben. Ein opportunistisches Gemeinderathsmitglied will die beiden sozialistischen Bizepräsidenten, Landrin und Brusse, zur Demission zwingen, weil sie sich am Zarenempfang nicht betheiligten. Namentlich ist er mit der gesammten Ordnungspartei auf Landrin böse, der den bekannten blauen Protest gegen den Zarenempfang unterzeichnet hatte. Landrin äußerte sich demgegenüber, daß er den Protest in allen Punkten aufrecht erhalte und gegebenenfalls es darauf ankommen lasse, den Gemeinderath zu zwingen, seine Demission zu votiren. — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß kein sozialistisches Mitglied des Gemeinderathes den Zarenempfang mitgemacht hat.

Der Feuilleton Tyrann ist nun faktisch in Freiheit gesetzt worden.

**Paris, 16. Oktober.** Dem „Ratin“ zufolge werden die Sozialisten in der Kammer eine Interpellation einbringen bezüglich einer Anzahl von Präventiv-Verhaftungen, die anlässlich des Besuchs des Kaisers von Rußland erfolgten.

Der Abg. Jaurès wurde von der Partei beauftragt, bei Gelegenheit der Debatte über den für die Zarenreise bewilligten Kredit Erklärungen vom Minister Panotour über die Beziehungen zu Rußland zu provoziren.

Die Radikalen werden bei der Eröffnung der Session eine Erklärung über die allgemeine Politik des Kabinetes verlangen, damit festgestellt werde, ob dasselbe noch die Kammermehrheit besitze.

**Paris, 16. Oktober.** Bei der Eröffnung der ersten Sitzung der fünftägigen Kommission des höhern Rathes für die Kolonien sprach der Minister Lebou über die Fragen der öffentlichen Arbeiten und sagte, es scheint, daß der Kolonialbesitz Frankreichs, abgesehen von einigen Grenzberichtigungen, jetzt nahezu genau abgegrenzt sei. Es sei nunmehr die erste Pflicht Frankreichs, die seiner Herrschaft unterworfenen Länder mit den erforderlichen Einrichtungen auszurüsten und dieselben die unumgänglich notwendigen öffentlichen Arbeiten vorzunehmen. Die Kommission werde zu prüfen haben, ob es nicht vortheilhaft oder gar dringend notwendig sei, eine bedeutende Kolonial-Anleihe aufzunehmen, um die Arbeiten mit Nachdruck beginnen und schnellstens die ökonomische Thätigkeit in den überseeischen Besitzungen organisiren zu können.

**Paris, 16. Oktober.** Der Direktor der „Lanterne“ Cornudet hatte kürzlich den Minister des Innern Barthou öffentlich beschuldigt, daß derselbe während seiner Amtsführung als Arbeitsminister in Eisenbahnobligationen spekulirt habe. Auf diese Beschuldigung hatte der Minister an Cornudet sofort seine Reue gesandt. Zur Prüfung und Entscheidung des Vorfalles wurde alsbald ein Ehrengericht gebildet. Dasselbe hat nun heute einhimmig erklärt, daß die gegen den Minister in Umlauf gekochten Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren, daß vielmehr die Ehrenhaftigkeit Barthou's völlig unversehrt aus der Prüfung der dem Ehrengerichte zur Begutachtung unterbreiteten Thatsachen hervorgehe.

### Italien.

**Rom, 16. Oktober.** Meldungen aus Sizilien besagen, daß die Verhaftungen daselbst fortdauern; zahlreiche Sozialisten, die für Aufseher der ausländischen Arbeiter in den Schwefelgruben gehalten wurden, wurden verhaftet. Der Deputirte Colajanni, der von Parteigenossen zum Einschießen aufgefordert worden war, sandte ein Telegramm des Inhalts, daß er sich außer Stande fühle, sich fernher bei den Nachhabern zu verwenden. Italien habe die Regierung, die es verdiene. Nach den offiziellen Versicherungen sollen die Verhaftungen nur durch Gründe der öffentlichen Sicherheit (?) veranlaßt worden sein.

### Spanien.

**Madrid, 16. Oktober.** Das Kanonenboot „Destructor“ ist in Melilla eingetroffen. Die hier eingegangenen Depeschen aus Manila haben eine lebhaftere Erregung hervorgerufen; es wird die Entsendung weiterer Verstärkungen erwogen.

### Norwegen.

**Christiania, 15. Oktober.** („Kreuz-Zeitung“.) Die Konvertirung der Staatsschuld und eine neue Staatsanleihe in Norwegen. Wie „Verdens Gang“ erfährt, soll die norwegische 3/2 Prozents Staatsanleihe von 1896

und derjenige Theil der älteren unländbaren Staatsschuld, welche mit 3/2 pCt. verzinst wird, infolge Storchings-Beschlusses konvertirt werden durch Aufnahme einer neuen Staatsanleihe zum Betrage von 30 500 000 Kronen. Da die Anleihe von 1888 erst am 1. November gefündigt werden kann, hat die Konvertirung noch nicht stattgefunden, aber das Finanz-Departement hat über die Aufnahme der neuen Anleihe mit demselben Konsortium verhandelt, welches im Sommer die 3 Prozents-Anleihe übernahm. Die Verhandlungen gelangen wahrcheinlich in den nächsten Tagen zum Abschluß und wenn die Sache nicht mit dem erwähnten Konsortium geordnet wird, so soll eine allgemeine Konkurrenz ausgeschrieben werden.

### Rußland.

— Nachklänge zum Petersburger Streik. Vom Petersburger Streik werden uns noch einige interessante Details mitgeteilt, welche wir zu unseren früheren Berichten über denselben noch nachtragen wollen.

Der Petersburger Stadthauptmann Kleigels erließ nach Beginn des Streiks eine Verfügung, durch welche verboten wurde, während der Dauer des Streikes Nahrungsprodukte auf Kredit zu verkaufen; die Kleinbändler erhoben jedoch einen ernsthaften Protest gegen dieses Verbot, sie drohten, den ihnen durch dasselbe erwachsenden Schaden auf dem Zivilprozeßwege gegen die Behörden einzuklagen, und Kleigels beilligte sich, seine Verfügung rückgängig zu machen.

Die Offiziere des Armeetheiles, welcher in der Gegend, in welcher der Streik stattfand, zusammengezogen war, erklärten dem Bataillonschef und dieser dem Stadthauptmann Kleigels, daß der Aufenthalt des Militärs in jener Gegend auf die Soldaten demoralisirend wirke, sie sänden unter den Arbeitern Landstrolähe, ließen sich mit ihnen in Unterhaltungen ein, die Arbeiter regalkten sie mit Zigaretten z.; angesichts dieses freundschaftlichen Verkehrs der Soldaten mit den Arbeitern sei es notwendig, das Militär aus dem Streikgebiete zurückzuschieben.

Dank dem Streik hat sich unter den Arbeitern ein bedeutendes Interesse für die verbotene Literatur entwickelt. Bei den verhafteten Arbeitern sind viele sozialdemokratische Broschüren gefunden worden; die Nachfrage nach sozialdemokratischer Lektüre ist stark gestiegen, namentlich ist ein erhöhtes Interesse der Arbeiter für die sozialdemokratische Bewegung im Auslande zu constatiren.

Das Untersuchungsgefängnis in Petersburg ist überfüllt, daher werden diejenigen Verhafteten, welche in Petersburg keine Verwandten haben, welche für sie bei den Behörden ein Wort einlegen, in die Peter-Pauls-Festung übergeführt. Ein Theil der Arbeiter befindet sich auch in der Peter-Pauls-Festung. Die Haltung der verhafteten Arbeiter den Behörden gegenüber ist eine ausgezeichnete.

### Amerika.

**Rio de Janeiro, 15. Oktober.** Die Deputirten-Kammer richtete an den Präsidenten Moraes das Ersuchen, den Korrespondenten der „Times“ auszuweisen. Netto Republikaner müssen die brasilianischen Deputirten sein.

### Afrika.

— Die Sterblichkeit in Kongostaaten ist einem Fachblatte zufolge so groß, daß keine Lebensversicherungsgesellschaft ihre Thätigkeit auf dieses Land ausdehnen will.

## Partei-Nachrichten.

Am 13. Oktober war es ein Jahr, daß der deutsche Kaiser aus Hübterstod an den Statthalter von Elsaß-Lothringen folgendes Telegramm sandte:

„Erfahre soeben aus Zeitungen die Kunde des absehblichen Mordes an dem Fabrikanten Schwarz in Mülhausen. Ich bitte daher Ew. Durchlaucht in meinem und der Kaiserin Namen, unser innigstes Beileid der unglücklichen Wittve auszusprechen. Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angeführten Revolutionsbewegung. Wenn unser Volk sich doch ermannet.“

Es stellte sich heraus, daß dieser Vorwurf gegen unsere Partei unbegründet war. Der Polizeirath Bahn aus Straßburg ermittelte, daß in der Ermordung des Fabrikanten Schwarz die That eines hirnverbrannten Einzelnen zu erblicken war.

Das hinderte aber die kaiserliche Statthalterei in Elsaß-Lothringen nicht, den damals in Elsaß-Lothringen verbreiteten sozialdemokratischen Offenburger „Volksfreund“ für den Bereich der Reichsländer zu verbieten. Und was hatte der „Volksfreund“ gethan, um dieses Schicksal zu verdienen? Er trug selbstverständlich auch nicht die geringste Schuld an dem Morde in Mülhausen, sondern er hatte im Gegentheil kurz vor dem Verbrechen in einem Artikel dem Fabrikanten Schwarz nachgerühmt, daß er auf den Wunsch seiner Arbeiter nach besserer Bezahlung sofort eingegangen war und bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen hatte.

Weiter ist heute aller Welt bekannt, daß der Mörder des Fabrikanten Schwarz, der Textilarbeiter Andreas Meyer aus Hindelheim im Kreise Erstein, mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu thun gehabt hat.

Demungeachtet ist der „Offenburger Volksfreund“ auch heute noch in Elsaß-Lothringen verboten.

Führt die Statthalterei von Elsaß-Lothringen nicht selbst, daß es sich gehört, eine unter irrtümlichen Voraussetzungen getroffene Maßregel endlich wieder rückgängig zu machen?

Auf dem Parteitag für Lippe, der am Sonntag in Salzkufen abgehalten wurde, waren 8 Orte durch 11 Delegirte vertreten. 2 Orte, wo auch Parteimitgliedschaften bestehen, Detmold und Blomberg, hatten keine Vertreter gesandt. Die Herforder Genossen waren durch ihren Kreisvertrauensmann Klingenhagen und das Agitationskomitee für das östliche Westfalen durch Genossen Stomke vertreten. Zur Frage der Betheiligung an der bevorstehenden Landtagswahl gab Genosse Aulerer aus Bengo eine eingehende Erläuterung. Das Lippe-Bändchen hat sieben Wahlkreise, und in jedem Kreise sind drei Abgeordnete zu wählen. Das Wahlrecht ist geheim und direkt, jedoch wird in drei Klassen gewählt, in der Weise, daß jede Klasse für sich einen Abgeordneten wählt. Es ist Aussicht, daß die Genossen in der 3. Klasse aus eigener Kraft Kandidaten durchbringen können, und wurde dem auch beschlossen, in 8 Wahlkreisen, 1. Lemgo, Salzkufen, Blomberg, 2. Stadt Lage, 3. Amt Brake, 4. Stadt und Amt Horn, 5. Amt Schölnar und Derfinghausen, und 6. Detmold eigene Kandidaten aufzustellen. Im 7. Wahlkreise, Schwabenberg, haben die Genossen noch keinen Anschluß und wurde deshalb von der Aufstellung eines Kandidaten in diesem Kreise Abstand genommen. Die Ernennung der Kandidaten blieb den betheiligten Kreisen überlassen. Zur Ausbringung der Gelder für die Wahlkosten sollen Sammellisten herausgegeben werden. Das Amt des Kreisvertrauensmannes wurde dem Genossen Aulerer aus Bengo übertragen. Hinsichtlich der Agitation und Organisation bleibt noch viel zu thun; es wurde deshalb den Genossen zur Pflicht gemacht, den Kreisvertrauensmann kräftig zu unterstützen.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Wiskan bei Juidau in Sachsen unterlagen unsere Kandidaten mit 258—265 Stimmen den Kandidaten der vereinigten Gegner, die 269—278 Stimmen erhielten.

### Polizeiliches, Gerichtliches zc.

— Genosse Kagenstein, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“, hat am Donnerstag das Gefängnis verlassen, wo er wegen Majestätsbeleidigung drei Monate zubringen mußte.

— Gegen den Genossen Busch in Düsseldorf war von der Staatsanwaltschaft ein Prozeß angehängt, weil er die Schalterbeamten des dortigen Postamts beleidigt haben sollte. Busch hatte in einer Parteiverammlung kritisiert, daß die Postfrauen der „Niederrhein-Volkszeitung“ so lange auf die Ausgabe der Zeitung warten müßten und dieserhalb öfter ein Trinkgeld springen ließen. Deshalb war Anklage erhoben und zum 15. Oktober sollte der Termin stattfinden. Doch im letzten Augenblick muß wohl die Sache der Staatsanwaltschaft nicht mehr so gefährlich erschienen sein, denn am 12. Oktober erhielt Busch die Nachricht, daß das Verfahren eingestellt sei.

— Durch eine Dolmetsch, überschrieben: „Wie Proletarier zur Welt kommen“, und durch ein „Eingekauft“ soll die Magdeburger „Volksstimme“ groben Unfug begangen haben. Gegen die Strafmandate, die auf zusammen 40 M. Geldstrafe lauten, ist gerichtliche Entscheidung beantragt.

— Im Prozeß gegen Genossen Leven in Gera, dem Redakteur der „Neup. Tribüne“, der wegen Beleidigung einer Reichensfrau und eines Frieschhofwärters in Gotha zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt ist, steht am 29. Oktober vor dem Reichsgericht Termin an. Wir wollen hoffen, daß dieses Gericht zu einem anderen Urtheil kommt, als die Vorderinstanz, die auf eine so überaus hohe Strafe erkannte.

— Genosse Stücken in Hof theilt der dortigen „Oberfränkischen Volkszeitung“ mit, daß ihm während seiner Gefangenschaft in der Strafanstalt zu Amberg jede mit der Hausordnung nicht in Widerspruch stehende Vergünstigung bereitwillig gewährt worden ist. Auch sei er nicht mit dem dort gebräuchlichen Du, sondern mit Sie angesprochen worden. — Namentlich daß letzteres noch besonders betont werden muß, läßt die Reformbedürftigkeit des in Deutschland üblichen Strafvollzugs in besonders grellem Lichte erscheinen.

## Gewerkschaftliches.

Und den Kreisen der ausländigen städtischen Gasarbeiter Berlins werden uns Mittheilungen gemacht, die fast den betrübenden Schluß zulassen, daß die vor dem Einigungsamte zwischen dem Magistrat und den Vertretern der ausländigen getrossenen Abmachungen zum Schaden der letzteren umgangen werden. Infolge der Einführung der 15 stündigen Sonntagschicht bekommen die Gasarbeiter weniger Lohn als früher bei der 18 stündigen, worüber sie begreiflicherweise mißnützig sind. Als nun in der Gasanstalt an der Gieschmerstraße der Chef derselben den Arbeitern der Tagelohn nahegelegt hatte, ein Schriftstück an den Magistrat zu richten des Inhalts, daß sie die 15 stündige Sonntagschicht wiederhaben wollten, weil sie durch die 15 stündige geschädigt würden, da sagten sie weder nein noch ja, und als der Chef weiter bemerkte, wenn sie das Schriftstück nicht selbst aufsetzen könnten, so könnte es ja der Gasmeister herbei und die Arbeiter unterzeichneten es Mann für Mann. Die darauf eintreffende Nachschicht folgte diesem Beispiel. Freitag Vormittag war nun die Betretung der Gasarbeiter Berlins beim Magistratsmitglied Herrn Stadtrath Ranslau, wo sie erfuhr, daß aus mehreren Gasanstalten Schreiben eingelaufen seien, worin die Arbeiter die Wiedereinführung der 18 stündigen Schicht verlangten. Die Vertreter der Gasarbeiter Berlins forderten demgegenüber strenge Aufrechterhaltung der vorm Einigungsamte getroffenen Abmachungen, wobei sie Beschwerde darüber führten, daß in der Gasanstalt in Schmargendorf zwei Arbeiter eingestellt worden sind nicht aus den Reihen der Streikenden, wie es nach den Abmachungen zu geschehen hat, sondern es sind andere Arbeiter angenommen worden. Herr Stadtrath Ranslau versprach, die Sache zu untersuchen und sicherte auch im übrigen die genaue Ausführung der Abmachungen zu.

Wir wollen wünschen, daß den Gasarbeitern Berlins kein Grund zu berechtigter Klage über Verletzung der Abmachungen mehr gegeben wird.

Die Lohnkommission der Konfektionsarbeiter Frankfurt a. M. hatten Anfang September einen Antrag an das Gewerbegericht gerichtet, worin dasselbe um Vermittelung zwischen den Konfektionären und deren Arbeitern ersucht wird. Mit dieser Eingabe beschäftigte sich Dienstag Abend der ständige Ausschuss des Gewerbegerichts, zu welchem auch die Beisitzer, die zugleich Schneider sind, zugezogen waren. Die Lohnkommission hatte der Eingabe zwar einen Lobotarif beigelegt, jedoch kein Material beigebracht, auf Grund dessen das Gewerbegericht eine Vermittelung anbahnen könnte. Der Ausschuss wählte deshalb eine Kommission von vier Mitgliedern (zwei Arbeiter und zwei Unternehmer), welche Material sammeln soll, um solches später dem Ausschuss zur Begutachtung vorzulegen.

Zu dem Emaillewerk von Carl Thiel u. Ebbue in Lübeck, woselbst wegen Entlassung eines Arbeiters ein Streik ausbrach, sind jetzt vierhundert Arbeiter ausständig. Dieselben fordern, daß der Entlassene wieder eingestellt werde und daß die Fabrik aus dem Arbeitsnachweis-Institut der Metallfabrikanten austrete.

Die Zimmerer Sachsens halten Sonntag, den 8. November in Dresden im Lokal Schöffergasse 28, I, eine außerordentliche Landeskonferenz ab.

Die Holzdrechler Leipzig haben den Beschluß gefaßt, an ihren Forderungen festzuhalten. Sie verlangen 57 stündige Arbeitszeit, 86 Pf. Stunden-Mindestlohn, Bezahlung der ersten Ueberstunden mit 83 1/2 pCt. und der weiteren Ueberstunden und der Feiertagsarbeit mit 80 pCt. Zuschlag, Sicherung des Durchschnittslohnes bei Aufarbeiten, Lohnauszahlung am Freitag mit 10 pCt. Zuschlag auf die bestehenden Akkordpreise. Diese Forderungen haben bis jetzt 100 Mann bewilligt erhalten und 60 Mann sind ausständig geworden. 60 Kollegen stehen der Bewegung passiv gegenüber. Jung, vor allem von Berlin, ist, da sich die Unternehmer von Berlin aus Draufreiter verschreiben lassen, fernzuhalten.

Der Ausstand der Bergleute in La Grand-Combe (Frankreich) wurde heute infolge einer Einigungs-Zusammenkunft in der Unterpräfektur zu Alais beendet.

Neben den Tischlerstreik in Brüssel berichtet eine bürgerliche Quelle: Der Streik, der fast drei Monate lang von der Arbeiterpartei unterhalten worden ist, hat mit dem Siege der „Arbeitgeber“ geendet. Die „Arbeitgeber“ haben den verlangten Mindestlohn von 50 Cts. für die Stunde nicht bewilligt und an ihren vorweg zugehenden Lohnverhörungen festgehalten. Das es schließlich den Meistern gelang, Arbeitskräfte aus den Provinzen heranzuziehen, so haben die Brüsseler Holzarbeiter nachgeben müssen.

Der Vergarbeiter-Ausstand im Hennegan ist noch im Zunehmen. Am Freitag feierten 4000 Mann. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung. Auch in den Glasfabriken derselben Distrikts ist ein Streik im Ausbruch. In sieben der größten Fabriken haben die Arbeiter gefündigt, wosfern der Lohn nicht um 10—20 pCt. erhöht wird. Die Fabrikanten beschloßen, nicht nachzugeben.

## Tokales.

Auf das heute Sonnabend im Feen-Palast stattfindende Volksfest machen wir unsere Leser und Leserinnen nochmals aufmerksam. Es ist das erste von den sozialdemokratischen Frauen zu machen, welcher durch den bürgerlichen Frauenkongress und die dadurch erfolgte Aufstellung weiterer bis jetzt indifferenten Kreise der Boden aufs beste bereitet wurde. Ein sehr reich-

haltiges Programm wird allen Ansprüchen genüge leisten. Der Besuch des Festes sei daher hiermit angelegentlich empfohlen.

**Verhufs Feststellung aller steuerpflichtigen Ortsbewohner** für das Steuerjahr 1897/98 findet die übliche Aufnahme des Personenstandes diesmal am 4. November statt. Gleichzeitig wird eine Feststellung sämtlicher Gewerbebetriebe vorgenommen werden. Jeder Gewerbetreibende hat auf dem zu diesem Zweck ihm zugehenden Formular zu erklären, welches oder welche Gewerbe er treibt oder zu treiben beginnt, welche Betriebsstätten er unterhält, welche Satzungen und wie viele Hilfspersonen, Gehilfen und Arbeiter und welche Gattung und wie viele Maschinen einschließlich Motoren, Zugtieren und Transportmitteln im Gewerbebetriebe verwendet werden.

**Der Kampf des Polizeipräsidiums gegen das für die Armen und Glenden werthvolle Recht, das Asyl des Asylvereins für Obdachlose ohne Furcht vor polizeilicher Kontrolle in Anspruch nehmen zu dürfen, soll jetzt mit neuer Furcht aufgenommen werden.** Aus dem Rathhause wird berichtet:

„Das Königl. Polizeipräsidium beabsichtigt den Erlaß einer Polizei-Verordnung, daß auch bei Asylen von Privatpersonen oder Vereinen Ausnahmelisten geführt werden sollen, und daß bei etwaigen polizeilichen Revisionen die Entlassung erst nach Durchsicht der betreffenden Listen erfolgen dürfe. Der Magistrat hat Bedenken getragen, seine Zustimmung zum Erlaß einer derartigen Verordnung zu ertheilen.“ — Vor einiger Zeit erklärte der Asylverein: „Würden wir von dem Sage unserer Hausordnung, wonach von keinem Asylanten die Angabe des Namens und der sonstigen persönlichen Verhältnisse gefordert werden darf, abgehen, so würde der Charakter unserer Anstalt von Grund aus geändert werden. Aus einem zum Schutze gegen die äußerste Noth gewährten Zufluchtsort würde unser Asyl sich in eine Dependenz der Polizei verwandeln und das Gepräge einer nur vom Geiste der Humanität erfüllten Einrichtung verlieren. Das Prinzip der Anonymität betrachtet der Vorstand für ein unverbrüchliches, mit dem der Berliner Asylverein für Obdachlose steht und fällt.“

In der „Germania“ lesen wir: Man schreibt uns: „In Lehrerkreisen hat man die Beobachtung gemacht, daß die Vorliebe der Schulkinder für die Schundliteratur in ständigem Wachsthum begriffen ist; nicht selten kommt es vor, daß ganze Pakete von Schauerromanen und Indianergeschichten mit in die Schule geschleppt werden. Durch diese, die Phantasie und die gesammte Nervenfähigkeit eifrig lesender Kinder krankhaft aufregende Lektüre wird nur zu oft die sehr mühevollte Arbeit der Schule an Charakter und Gemüth untergraben. Die Eltern sollten es sich angelegen sein lassen, besonders in den Wintermonaten, wo der Trieb zum Lesen bei der Schulkinder am meisten sich äußert, die Lektüre der Kinder genau zu überwachen, um der Verrohung der Jugend vorzubeugen.“ — Wie können uns dieser Mahnung nur anschließen, und haben gleichfalls gewissermaßen ergänzend schon am vorigen Sonntag auf den verderblichen Einfluß hingewiesen, den Sudelwerke vom Schlage der frommen „Hundert Hölle Geschichte“ auf das Gemüth der Jugend ausüben müssen. Ueber die Bedeutung dieser Art Literatur hat die „Germania“ sich noch nicht geäußert. Auch hat das fromme Blatt und bedauerlicherweise ohne Antwort gelassen, als wir es gelegentlich seiner Denunziation gegen das harmlose Baal'sche Märchenbuch fragten, welche verflüchtende Wirkung es sich davon verspreche, wenn Kinder den Abschnitt über Sodomiterei in dem kleinen Katechismus lesen, den sie in den hiesigen katholischen Gemeindefschulen bereits in den ersten Jahren in die Hand bekommen.

**Höhere Weberschule.** In dem Etat ist für die Tagesabtheilung eine Schülerzahl von 22 vorgesehen, dieselbe ist aber jetzt schon auf 32 angewachsen. Das Magistratskollegium hat daher beschlossen, da es nicht angängig ist, daß insbesondere für die praktischen Uebungen mehr als 20 Schüler von einem Lehrer unterrichtet werden, die Anstellung eines Assistenten für die jetzigen Lehrer bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen.

**Die Königin Augustastrasse,** von der Regentenstraße bis zur Grenze der Grundstraße 39/40, sowie die Bendersstraße, von der Königin Augustastrasse bis zur Grenze der Grundstraße 31/32, werden wegen Umpflasterung bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

**Die Fernsprech-Vermittlungsanstalt „Moabit“** wird bei der nächsten Neuaufgabe des Theilnehmer-Verzeichnisses die Bezeichnung „Vermittlungsanstalt II (Thurmstraße)“ erhalten. Die bisherige Bezeichnung „Moabit“ beim Anruf wird indessen von den dienstlichen Stellen auch für die Folge angenommen werden.

**Die beiden nach dem Ausstellungsplan in Treptow geleiteten Omnibuslinien** Alexanderplatz—Kairo und Schöneberg—Treptow haben vorgestern Nacht ihren Betrieb eingestellt. Die Große Berliner Pferdebaugewerkschaft gedenkt noch bis zum 21. d. M. den Verkehr nach der Ausstellung aufrecht zu erhalten.

**Gestorben** ist nach langer Krankheit der Inspektor der städtischen Desinfektionsanstalt, Karl Waldow. Waldow arbeitete, der „Volks-Zeitung“ zufolge, ursprünglich als Tischlergeselle, war dann Hirsch-Dumreicher Wanderehrer und erhielt vor einer Reihe von Jahren die städtische Anstellung. Er starb 60 Jahre alt.

**Zum Attentat gegen den Polizei-Obersten Krause** wird berichtet, daß der Verteidiger der Frau Lapiez Westphal und des Schuhmachers Weber jetzt den Antrag auf Haftentlassung gestellt hat. Der Beschluß der Strafkammer steht noch aus. Wegen der übrigen in Haft befindlichen Personen sind Anträge auf Entlassung nicht gestellt worden.

**Verschüttet** wurden Freitag früh, wie ein hiesiges Blatt meldet, zwei Arbeiter auf dem Plage zwischen der Neuen Friedrichstraße und dem Polizeipräsidium. Dort werden momentan die Untergrundarbeiten für das neue Landgerichtsgebäude ausgeführt. Da der alte Königgraben, welcher über diesen Platz führt, nicht abgesteift worden ist, so stürzte ein Theil der Uferböschung ein, während zwei Arbeiter an derselben beschäftigt waren. Der unverheiratete Arbeiter Niebe büßte hierbei sein Leben ein, während sein Kollege mit einigen leichten Verletzungen davonkam.

**Nach öffentlicher Bekanntmachung** des Polizeipräsidiums ist die veränderte Einführung des Fahrpreises „Anzeigers von Friedrich Rantzer zu Hamburg, Große Quer-Allee 4, in den öffentlichen Droschkenfuhrbetriebe von Berlin genehmigt worden.

**Nach Unterschlagung von 4000 M.** ist der 17jährige Lehrling Eugen Jacobi verschwunden, der in dem Papierwaaren-Groß-Geschäft von Paul Putower, Waldemarstr. 27, thätig war. Der Ausreißer, der mit dem Inkasso bei der Berliner Rundschau betraut war, hat auf grund gefälschter Quittungen etwa 2000 M. entzogen und einem zweiten Lehrling, der mit der Abfertigung eines Geldbriefes von 2000 M. beauftragt war, diesen abgenommen, um ihn angeblich selbst zur Post zu bringen.

**Die der Vergiftung ihres Ehemanns** angeklagte Frau Scheitner aus Niddorf ist im Untersuchungs-Gefängnis in Moabit nach längerer Krankheit verstorben.

**Der nach Unterschlagung von 70000 M.** künftige Buchhalter der Berliner Diskontogesellschaft Albert Rehrer ist am Donnerstag in Neu-Strelitz verhaftet worden.

**Aus dem Polizeibericht vom 16. Oktober.** Im Elisabeth-Krankenhaus, Eberswalderstr. 17/18, stürzte sich morgens die dort untergebrachte 66jährige Wittve Albertine S. aus dem

Fenster ihres im zweiten Stock gelegenen Zimmers auf den Hof hinab und starb bald darauf. — Vor dem Hause Schleifstraße 16 wurde morgens der den Verkehr regelnde Schutzmännchen durch einen Geschäftswagen, dessen Führer, der 21jährige Kaufmann Paul Gerike, an den anderen Fußwegen vorbeizufahren suchte und es unterließ, den Beamten anzurufen, überfahren und an den Beinen verletzt. — Vormittags wurde im Landwehr-Kanal, in der Nähe der Kottbuscher Brücke, die Leiche der seit dem 7. d. Mts. vermißten 21jährigen unverheirateten Emilie Arnold angeschwemmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Unzweifelhaft liegt Selbstmord vor. — An der Ecke der Alexander- und Schilderstraße wurde nachmittags ein Droschkenpferd durch einen Postwagen überfahren und so schwer verletzt, daß es nach der Abdeckerie gebracht werden mußte. — In der Schantwirthschaft von Kersten, Münchbergerstr. 22, wurde die Kellnerin Erna Köpfe von dem Bildhauer Georg Niemand, dem wegen Trunkenheit kein Bier gegeben wurde, mißhandelt und durch einen Messerstoich an der Stirn verletzt. Der Thäter wurde verhaftet. — Gegen Abend gerieth vor dem Hause Chausseest. 19 der 65 Jahre alte Stellmacher August Zahnte unter die Räder eines Fleischwagens und erlitt Verletzungen am Kopfe, an der Hand und am Unterschenkel. Er wurde in der Unfallstation in der Eichendorffstraße verbanden. — Abends vergiftete sich in seiner Wohnung in der Duffenstraße der von seiner Frau getrennt lebende 46jährige Schlächter August Sch. und starb bald darauf. Ehelicher Unfriede scheint die Veranlassung gewesen zu sein. — In einer Gastwirthschaft in der Chausseestraße wurde die unverheiratete Pauline H. erhängt aufgefunden. — Beim Abspringen von einem über den Werderischen Markt fahrenden Pferdebahnwagen fiel der 55 Jahre alte Versicherung-Agent Richard Feijer aus Friedebau hin und zog sich eine so schwere Verletzung am Kopfe zu, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte.

## Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Liste der silbernen und bronzenen Staatsmedaillen, welche vom Ministerium für die Ausstellung verliehen sind, wird in den nächsten Tagen im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden. Die Drucklegung der von der Ausstellung selbst verliehenen 1800 Ehrenzeugnisse ist vollendet, auch diese Liste wird im „Reichs-Anzeiger“ schleunigst veröffentlicht werden.

Der Magistrat hat beschlossen, den Verbleib des Lesens-Fernrohrs im Treptower Park vorbehaltslos jederzeitigen Widerrufs zu gestatten. — Das Anerbieten der Gesellschaft zur Errichtung von Volkshäusern, das auf der Ausstellung befindliche Brausebad nebst sämtlichen Einrichtungen dem Magistrat zu überlassen, um es in eigenem Fortbetrieb zu nehmen, hat das Magistratskollegium abgelehnt.

Auf dem Postamt Gewerbe-Ausstellung gelangten in der Zeit vom 1. Mai bis zum 15. Oktober insgesamt ca. zwei Millionen einzelne Briefe resp. Postkarten zur Beförderung. In derselben Zeit wurden an den Schaltern des Postamtes ca. 500 000 Pfennig-Marken verkauft. — Die öffentliche Fernsprechstelle auf diesem Amte wurde 13 000 Mal in Anspruch genommen (ausgeschlossen ist hierbei die öffentliche Fernsprechstelle des Telephonamtes). Schließlich waren noch 18 000 Telegramme in den 5½ Monaten zu bewältigen.

Auf dem Terrain der Gewerbe-Ausstellung herrschte am gestrigen Vormittag ein überaus reges Leben und Treiben. Bereits am frühen Morgen zügelte zahlreiche Wagen vor, welche auf Öffnung der Thore warteten, um Ausstellungsobjekte abzuholen, und um 8 Uhr war der Andrang speziell am Portal VI so gewaltig, daß eine Verkehrsstockung entstand, welche erst durch das energische Eingreifen der Gendarmen nach einstündiger Thätigkeit beseitigt werden konnte. An der Hauptkasse, auf der Betriebs- und Platzinspektion hatten sich hunderte von Personen eingefunden, um letzte Zahlung für Platzmiethe zu leisten resp. Ausfuhrscheine zu erlangen. In den Ausstellungshallen war ein großes Arbeiterheer thätig, die Ausstellungsobjekte zu verpacken, welche dann mittels Möbel-, Koff-, Geschäftswagen, Droschken und Equipagen, ja in einem Fall sogar — Leichenwagen aus der Ausstellung hinausbefördert wurden. Die Ausräumungsarbeiten müssen bis zum 20. d. M. beendet sein.

Für den Eintritt auf den Bauplatz der Gewerbe-Ausstellung berechnen bis auf weiteres die sämtlichen Ausstellertarten sowie Photographiertarten der Angefallten. Dauertarten aller Art, Ehrentarten, ferner die alten Arbeiterkarten sind seit dem heutigen Tage ungültig. Es gelangt dafür eine neue Art Passirtarten zur Ausgabe.

## Kunst und Wissenschaft.

Friedrich Niehsche, der gestern sein 52. Lebensjahr erreichte, findet bekanntlich in seiner geistigen Unmüdigkeit die Pflege seiner greisen Mutter, der Pastorswitwe Niehsche in Raumburg. Man berichtet über seinen Zustand: „Halbe Tage lang sitzt er in seinem Lehnstuhl im Zimmer oder auf der mit wildem Wein dicht bewachsenen Veranda, den Blick unbeweglich nach einem Punkte gerichtet, unbestimmt um alles, was um ihn her vorgeht. Im vorigen Jahre noch machte er oft Spazierfahrten mit seiner Mutter, jetzt sind auch diese unmöglich geworden und die vier Wände seines Zimmers sind seine Welt. Im großen und ganzen dauert dieser Zustand nun schon Jahre lang an, nur unterbrochen durch Augenblicke, die man auch noch nicht einmal „lichte“ Augenblicke nennen darf. Fast immer war es die Musik, selbst in der primitivsten Form, die ihn aus seinem dumpfen Brüten riss. Charakteristisch in dieser Beziehung ist ein Vorfall, der sich vor etwa vier Jahren abspielte. Eines Abends im Dämmerlicht war Niehsche aus seiner Wohnung verschwunden, niemand wußte, wohin. Nach längerem Suchen fand man ihn zwei Häuser von seiner Wohnung entfernt auf der Straße stehen, wo er andächtig einem Arbeiter-Quartett lauschte, das einem Geburtstags feiernden Kollegen ein Ständchen brachte. Willenlos ließ er sich dann von seiner besorgten Mutter nach Hause führen. Außerlich kräftig und fast blühend sieht Niehsche auch heute noch aus, und doch empfindet der schwer geprüfte Mann zu Zeiten auch körperliche Schmerzen, die ihn laut aufschreien machen; unartige Naturen sagen: „Das Wetter ändert sich, der Professor schreit.“

## Soziale Rechtspflege.

Wegen Vergehens gegen das Kranken- Versicherungsgesetz wurde der Maurermeister Friedrich Wilhelm Waldorf am 18. Mai 1896 vom Landgericht Altona freigesprochen. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Jahre 1895 es unterlassen zu haben, drei Arbeitern Lohnabzüge zu machen und einen dritten zwar Lohnabzüge gemacht, dieselben aber der Orts-Krankenkasse vorenthalten zu haben. Der Betrag, den der Angeklagte insgesamt der Orts-Krankenkasse schuldig geworden, wurde von der Anklage auf 50 M. berechnet. Andererseits erbrachte aber Waldorf in der Hauptverhandlung den Beweis dafür, daß ihm in etwa 60 Fällen seitens der Orts-Krankenkasse zu viel Beiträge abgenommen worden seien. Er hatte nämlich wiederholt Leute, die am Sonntag bei ihm zu arbeiten aufhörten und am Montag bereits wieder anderswo eintraten, erst am Montag abgemeldet. Seitens der Orts-Krankenkasse wurde nun irrtümlich angenommen, der Angeklagte habe die Leute auch nach dem Montag über beschäftigt, und in Konsequenz davon wurden die daraus entfallenden Beträge auch noch von ihm eingezogen. In der Hauptverhandlung rechnete der Angeklagte seine späteren Verpflichtungen gegen die Orts-Krankenkasse gegenüber dem früher von ihm entrichteten Zuviel auf, was ihm von dem Gerichtshofe auch zugestanden wurde. Gegen

das Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, die vom Reichsanwalt für begründet erachtet und vertreten wurde. Da es sich hier um die Rechte und Pflichten der Arbeiter zur Zahlung von Beiträgen handelt, kann von einer Kompensation seitens des Arbeitgebers bezüglich der für andere Arbeiter gezahlten Beiträge keine Rede sein. Das Gericht irrt daher rechtlich, indem es dem Angeklagten ausdrücklich die Befugnis der Kompensation zuspricht; wollte man dies gelten lassen, so würde die Orts-Krankenkasse gar nicht im Stande sein, eine ordnungsgemäße Buchführung anzuwenden. Das Reichsgericht erachtet die Revision der Staatsanwaltschaft für begründet und hob daraufhin das Urtheil auf, indem es zugleich die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurückverwies.

Die Stadtgemeinde Dresden wurde vom Gewerbegericht verurtheilt, dem Feizer Meyer, dem vom Betriebsamt ohne sein Einverständnis der Lohn pro Schicht von 3,84 M. auf 3,30 M. gekürzt worden war, den Restbetrag nachzuzahlen.

Gegen den Reichs-Militärstütz, vertreten durch die Intendantur des V. Armee-Korps in Posen, klagte der Fortwächter Meyer auf Gewährung einer Unfallrente, nachdem die genannte Intendantur seinen Anspruch abgelehnt hatte. Meyer war dadurch zu Schaden gekommen, daß sich sein Dienstgewehr vorzeitig, wahrcheinlich infolge einer Erschütterung entlud; es drangen ihm einige Schrotkörner in die Hand und ein Korn ins Auge. Er hatte angeblich fremde Hunde, die sich in der Fortifikation herumtrieben, erschießen wollen. Die Intendantur hatte nun angenommen, es gehöre nicht zu seinen Obliegenheiten. Das Schiedsgericht veranstaltete eine umfangreiche Beweishebung. Mehrere Fortwächter bestätigten, daß sich in der Nähe der Festung immer bissige Hunde aufhielten, die das Erdreich zertraten und sonstigen Schaden anrichteten. Ihrer Meinung nach sei es unter Umständen gefährlich, den Kampf mit ihnen aufzunehmen. Einer der vernommenen Postenoffiziere gab zu, dem Kläger einmal gesagt zu haben, er möge doch die Köter todtschießen. Ein anderer Zeuge findet es unbegreiflich, wie Meyer sein Mausergewehr habe mit Schrot laden können, und die Kommandantur des Forts erklärte es für pflichtwidrig, daß der Kläger sein Dienstgewehr zur Erschießung von Hunden verwenden wollte. Sie beruft sich auf die Dienstvorschrift, die folgendes vorschreibt: „Dem Fortwächter liegt ob die Bewachung des anvertrauten Werkes mit allem was darin ist. Zum Schutze seiner Person erhält der Wächter ein Gewehr und fünf Patronen. Von der Waffe darf er nur zur Vertheidigung gegen thätliche Angriffe Gebrauch machen.“ Das Schiedsgericht billigte jedoch dem Kläger die Rente zu, indem es der Uebersetzung Ausdruck gab, daß sich Meyer auf jeden Fall der Bewachung des ihm anvertrauten Zwischenwerks habe widmen wollen, als er verunglückte, und daß diese Absicht ihn zum Laden des Gewehres bestimmt habe. Das Vorliegen dieser Absicht sei aber entscheidend für die Frage, ob ihm die geforderte Rente zuzuflehen. Wenn er ungeschickt verfuhr und dienstwidrig handelte, komme dies hier nicht in Betracht. Das Reichs-Versicherungsamt, bei dem der Militärstütz Refurs einlegte, entschied in Uebereinstimmung mit dem Schiedsgericht zu Gunsten des Wächters.

## Vermischtes.

Aus Bremerhaven wird berichtet: Das elektrische Feuer des Rathesand-Leuchthurms wurde gestern in Betrieb gesetzt. Die Prüfung, welche die Sachverständigen in der letzten Nacht vornahm, ergab, wie es heißt, eine weitere Sichtbarkeit als das bisherige Petroleumfeuer. Die Zuführung des Stromes geschieht durch Hochseilabel von Mangerroog.

Zeit Sonntag herrscht in Klagenfurt ein anhaltendes Regenwetter, wodurch ein rapides Steigen aller Flüsse verursacht ist. Die Draubrücke bei Hohenburg ist gesperrt. Ein Theaterdirektor als Jenseit. In Gießen erschien folgender Anschlagzettel: Gießener Stadttheater. Heute Dienstag, den 18. Oktober 1896: „Statt „Grün Feigt“ „Der Dornenweg“. Ursache der Repertoire-Änderung: Ungenügen des Herrn des Fräulein (folgt der volle Name).

Aus Karlsruhe wird zu der Säbelaffäre des Lieutenants v. Bräsewih, der den Mechaniker Siebmann infolge eines Wirthshausstreites erstochen hat, gemeldet, daß der Offizier in Untersuchungshaft genommen worden ist. Die Section der Leiche Siebmann's ergab, daß der Stoß durch die rechte Seite in die Leber eingedrungen ist, die obere und hintere Magenwand, das Zwerchfell, beide Nieren, das untere Ende der Lunge und die linke Brustwand durchbohrt hat.

Eine Feuerbrunst in Paris zerstörte die Gummi- und Kautschukwaarenfabrik von François.

Aus Bordeaux wird wolkenbruchartiger Regen mit Hagelschlag gemeldet, der in den Weinbergen viel Schaden anrichtete. In St. Etienne, im Loire-Departement, ist Schnee gefallen und empfindliche Kälte eingetreten. Auch in Paris herrscht seit einigen Tagen kaltes, unfreundliches Wetter, wie man es im Oktober hier nicht gewöhnt ist. Hierunter leiden hauptsächlich die zu den Jarenfesten aus Afrika herübergekommenen Soldaten, die sich auch deshalb in ihre Heimath zurückbegeben, weil man ihnen für ihren Pariser Aufenthalt keine Soldderhöhung bewilligte.

Ueber die Folgen des Sturmes wird aus Osnabrück berichtet: Es fehlen im Ganzen 64 Fischerbarren; 17 erlitten bedeutende Havarie. Für die Familien der Verunglückten werden öffentliche Sammlungen veranstaltet.

Sturm an der italienischen Küste. Aus Triest meldet man: Hier herrschte gestern ein furchtbarer Sirocco, das Meer ist über die Ufer getreten und abends waren alle dem Hafen nahe gelegenen Stadttheile überschwemmt. In Venedig hat das Unwetter die ganze Stadt unter Wasser gesetzt. Die in den Lagunen befindlichen Fahrzeuge schweben in größter Gefahr. Auf dem Mattiasplatz wird der Verkehr durch Röhne vermittelt. Der Lloyd-Dampfer kann den Hafen nicht erreichen.

Das Anwachsen des Tiber dauerte infolge von Regengüssen Donnerstag fort; Stromab außerhalb der Porta San Paolo trat der Fluß über die Ufer; die innere Stadt blieb unverfehrt. Abends wurde das Wetter besser.

Erdbeben. Rom, 16. Oktober. Heute früh 7¼ Uhr wurde hier ein nur wenige Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt. Auch in Porto Maurizio, in Savona und auf hoher See wurde das Erdbeben bemerkt. — Athen, 16. Oktober. Gestern um Mitternacht wurde in Gargaliani und auf einer weiten Strecke der Westküste des Peloponnes ein starkes Erdbeben verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 16. Oktober. (B. S.) Der Betrieb der Südbahn auf der Strecke Silbiano-Jankina mußte unterbrochen werden, weil das Pustertal von großen Ueberschwemmungen heimgesucht worden ist.

Wien, 16. Oktober. (B. T. S.) Heute sind 600 Arbeiter der ersten österreichischen Jutespinnerei in Simmering in den Ausstand getreten.

Triest, 16. Oktober. (B. S.) Das Unwetter hält noch an. Zahlreiche Gebäude sind infolge der Unterpflung der Grundmauern dem Einsturze nahe. Im Stadtbezirk Scorcolla ist ein Haus bereits eingestürzt; die Bewohner desselben retteten sich noch rechtzeitig durch die Flucht. In der Umgegend von Gradiska und einem Theile von Friaul herrschen große Ueberschwemmungen. Die Flüsse Isonga und Forre sind aus ihren Ufern getreten. Das Hochwasser der Verja hat viele Gemeinden überschwemmt. Wenn der Regen noch länger anhält, wird der Schaden unberechenbar sein.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fünfter Verhandlungstag.

Sotha, Freitag, den 16. Oktober.

Vormittags-Sitzung. 9 1/2 Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.

Eine Reihe Begrüßungsreden und Telegramme sind eingelaufen. Ein Telegramm meldet den Sieg der Partei bei der Landtagswahl in Offenbach a. M. (Beifall.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 9

Frauenagitation.

Gleichzeitig zur Debatte gestellt werden die Anträge 40, 60, 61 und 110, die sämtlich genügende Unterstützung finden.

40. Parteigenossen des Kreises Maxen, Uhrweiler und Kochen, Daun-Zell: Es soll eine durchaus gemeinverständlich und volkstümlich gehaltene Frauenzeitung gegründet und von unseren Tagesblättern gegen eine Erhöhung des Abonnementspreises von 5 Pf. pro Monat als Sonntagsbeilage gebracht werden.

60. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um Frauenorganisationen ins Leben zu rufen.

61. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Da in den meisten Staaten Deutschlands die Vereinsgesetze es nicht gestatten, daß Frauen resp. Genossinnen sich aktiv an der politischen Bewegung beteiligen, so empfiehlt der Parteitag den Genossinnen, sich mehr als bisher an der gewerkschaftlichen Agitation zu beteiligen und den bestehenden Organisationen als Mitglieder beizutreten.

110. Der Parteitag empfiehlt den Genossen: In allen Orten, wo es zu ermöglichen, in öffentlichen Versammlungen die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen. Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen ist: Aufklärung unter den proletarischen Frauen in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht, Erziehung zum und Stärkung des Klassenbewußtseins zu schaffen und eine diesen Aufgaben entsprechende planmäßige Agitation zu betreiben.

Berichterstatterin Frau Jettin-Stuttgart: Durch die Forschungen von Bachofen, Morgan und anderen scheint es erwiesen, daß die soziale Unterdrückung der Frau mit der Entstehung des Privateigentums zusammenhängt. Der Gegensatz innerhalb der Familie zwischen dem Mann als Besitzer und der Frau als Nichtbesitzer wurde die Grundlage für die wirtschaftliche Abhängigkeit und die soziale Rechlosigkeit des weiblichen Geschlechts. In dieser sozialen Rechlosigkeit liegt nach Engels eine der ersten und ältesten Formen der Klassenherrschaft, er sagt: „In der Familie ist der Mann der Bourgeois, die Frau dagegen repräsentiert das Proletariat.“ Trotzdem konnte von einer Frauenfrage im modernen Sinne des Wortes nicht die Rede sein, erst die kapitalistische Produktionsweise hat gesellschaftliche Umwälzungen herbeigeführt, welche die moderne Frauenfrage entstehen ließ, sie schlug die alte Familienwirtschaft in Trümmer, die in der vor-kapitalistischen Zeit der großen Masse der Frauenwelt Lebensunterhalt und Lebensinhalt gewährt hatte. Wir dürfen freilich auf die alte hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frauen nicht jene Begriffe übertragen, die wir mit der Tätigkeit der Frau in unserer Zeit verbinden, den Begriff des Nützlichens und Kleintlichen. So lange die alte Familie noch bestand, fand die Frau in derselben einen Lebensinhalt durch produktive Tätigkeit und daher kam ihr ihre soziale Rechlosigkeit nicht zum Bewußtsein, wenn auch der Entwicklung ihrer Individualität enge Schranken gezogen waren. Die Zeit der Renaissance ist die Sturm- und Drangperiode des Erwachens der modernen Individualität, die sich nach den verschiedensten Richtungen voll und ganz ausleben kann. Da treten uns Individualitäten entgegen, riesengroß im Guten und Bösen, die die Sagen von Religion und Moral mit Füßen traten und Himmel und Hölle in gleicher Weise verachteten; wir finden Frauen als Mittelpunkt des gesellschaftlichen, des künstlerischen, des politischen Lebens. Und trotzdem nicht die Spur einer Frauenbewegung. Das ist um so charakteristischer, als zu jener Zeit die alte Familienwirtschaft zu zerbröckeln anfangt unter dem Einfluß der Arbeitsteilung. Tausende und Tausende von Frauen fanden ihren Lebensunterhalt und -inhalt nicht mehr in der Familie. Aber diese Frauenfrage, soweit davon die Rede sein konnte, wurde damals soviel wie möglich gelöst durch Klöster, Stifte und Ordensgemeinschaften. Die Maschinen, die moderne Produktionsweise grub dann aber nach und nach der eigenen Produktion im Haushalt den Boden ab, und nicht für Tausende, sondern für Millionen von Frauen entstand nun die Frage: wo nehmen wir den Lebensunterhalt her, wo finden wir einen ernsten Lebensinhalt, eine Weiblichkeit auch nach der gemüthlichen Seite. Millionen werden jetzt darauf verwiesen, Lebensunterhalt und Lebensinhalt draußen in der Gesellschaft zu finden. Da wird ihnen bewußt, daß die soziale Rechlosigkeit sich der Wahrung ihrer Interessen entgegenstellt, und von dem Augenblicke an ist die moderne Frauenfrage da. In welcher Weise die moderne Produktionsweise arbeitet, die Frauenfrage weiter zu verschärfen, dafür einige Zahlen. 1882 zählte man in Deutschland auf 28 Millionen Frauen 6 1/2 Millionen, die erwerbstätig waren; d. h. fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung konnte ihren Lebensunterhalt nicht mehr in der Familie finden. Nach der Volkszählung von 1895 hat in der Landwirtschaft im weitesten Sinne die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 1882 um mehr als 8 pCt. zugenommen, in der Landwirtschaft im engeren Sinne gleichfalls um 8 pCt., während gleichzeitig die Zahl der erwerbstätigen Männer um 2 bzw. 4 pCt. abgenommen hat. Auf dem Gebiet der Industrie und des Bergbaus haben die erwerbstätigen Frauen um 83 pCt. zugenommen, die Männer nur um 8 pCt.; im Handel die Zahl der Frauen sogar um mehr als 94 pCt., die der Männer nur um 88 pCt. Diese trockenen Zahlen sprechen weit beredter von der Dringlichkeit der Lösung der Frauenfrage, als wie es überschwingliche Deklamationen thun könnten.

Aber die Frauenfrage ist nur innerhalb jener Klassen der Gesellschaft vorhanden, welche selbst Produkte der kapitalistischen Produktionsweise sind. Wir finden deshalb keine Frauenfrage in den Kreisen der Bauernschaft mit ihrer, wenn auch schon stark eingeschränkten und durchgehenden Naturalwirtschaft. Wohl aber finden wir eine Frauenfrage innerhalb derjenigen Klassen der Gesellschaft, die die eigentlichen Kinder der modernen Produktionsweise sind. Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgertums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an. Wie ist die Frauenfrage bei den Frauen der oberen Zehntausend gestaltet? Die Frau der oberen Zehntausend kann vermöge ihres Besitzes ihre Individualität frei entfalten, sie kann leben, wie es ihren Neigungen entspricht. Als Ehefrau aber ist sie noch immer vom Manne abhängig. Die Geschlechtswirtschaft früherer Zeiten hat sich als Ueberbleibsel hinübergerettet ins Familienrecht, wo noch immer der Satz gilt: Und er soll dein Herr sein. Und

wie ist die Familie der oberen Zehntausend beschaffen, in der die Frau dem Manne rechtlich unterworfen ist. Schon bei ihrer Gründung entbehrt eine solche Familie der sittlichen Voraussetzung, nicht die Individualität, sondern das Geld entscheidet über ihre Schließung. Da heißt es: Was das Kapital zusammenfügt, das soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. (Bravo.) So gelten in der Heiratsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend. Dem entspricht auch die Art und Weise des Familienlebens. Da, wo die Frau nicht mehr zur Pflichterfüllung gezwungen ist, wälzt sie ihre Pflichten als Gattin, Mutter und Hausfrau auf bezahltes Mietspersonal ab. Wenn die Frauen jener Kreise den Wunsch hegen, ihrem Leben einen ernsten Inhalt zu geben, so müssen sie zunächst die Forderung der selbstständigen freien Verfügung über ihr Eigentum erheben. Diese Forderung steht deshalb im Mittelpunkt der Forderungen, welche die Frauenbewegung der oberen Zehntausend erhebt. Die Frauen der oberen Zehntausend kämpfen für die Verwirklichung dieser Forderung gegen die Männerwelt ihrer Klasse genau den nämlichen Kampf, den die Bourgeoisie gegen alle bevorrechtigten Stände gekämpft hat, einen Kampf um die Befreiung aller sozialen Unterschiede, welche auf dem Vermögensbesitz begründet sind. Daß es sich bei der Verwirklichung dieser Forderung nicht um die Rechte der Person handelt, beweist das Eintreten des Herrn v. Stumm im Reichstage dafür. Wann wäre Herr v. Stumm je eingetreten für die Rechte einer Person? Dieser Mann bedeutet in Deutschland mehr als eine Persönlichkeit, er ist das Fleisch und Blut gewordene Kapital (Sehr richtig!) und wenn er im billigen Wimmelschanz eines Freundes der Frauenrechte aufgetreten ist, so geschah es, weil er gezwungen war, vor der Bundeslade des Kapitals zu tanzen. Derselbe Herr v. Stumm ist ja jederzeit bereit, seinen Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen, sobald sie nicht nach seiner Pfeife tanzen, und er würde es mit wohlgefälligen Schmeuzeln begrüßen, wenn der Staat als Arbeitgeber die Professoren und Doktoren, die es wagen, in Sozialpolitik zu machen, den Brotkorb etwas höher hängt. Herr v. Stumm erstrebt nicht anderes, als eine Art Fideikommiss für das bewegliche Vermögen und mit weiblicher Erbfolge, denn es giebt auch Väter, die Vermögen erworben haben, aber in der Wahl ihrer Kinder nicht vorsichtig gewesen sind und nur Töchter als Erben haben. Das Kapital heiligt auch die niedere Weiblichkeit und befähigt sie, über ihr Vermögen verfügen zu können. Es ist das die letzte Stufe der Emanzipation des Privateigentums.

Wie zeigt sich nun die Frauenfrage in den Kleinbürgerlichen und mittelbürgerlichen Kreisen und innerhalb der bürgerlichen Intelligenz? Hier ist es nicht der Besitz, welcher die Familie auflöst, hier sind es wesentlich die Begleitererscheinungen der kapitalistischen Produktion. In dem Maße, wie diese ihren Triumphmarsch vollzieht, wird das mittlere und das kleine Bürgertum mehr und mehr zu grunde gerichtet. Innerhalb der bürgerlichen Intelligenz führt wieder ein anderer Umstand zur Verschlechterung der Lebensbedingungen: Das Kapital bedarf der intelligenten und wissenschaftlich geschulten Arbeitskräfte, es hat deshalb eine Ueberproduktion an Proletariatskräften der Kopf- und Handarbeit begünstigt und dazu beigetragen, daß die frühere angesehenere und einträglichere gesellschaftliche Stellung der Angehörigen liberaler Berufe mehr und mehr schwindet. In demselben Maße nimmt aber die Zahl der Geschlechtern immer mehr ab, denn während auf der einen Seite die materiellen Grundlagen verschlechtert sind, steigen auf der anderen Seite die Ansprüche des einzelnen an das Leben, und da überlegt es sich der Mann jener Kreise selbstverständlich zweimal und dreimal, ehe er sich zur Ehe entschließt. Die Altersgrenze für die Gründung einer eigenen Familie wird immer höher hinaufgeschraubt, und der Mann wird um so weniger zur Eheschließung gedrängt, als in unserer Zeit genug gesellschaftliche Einrichtungen dem Jageloh ein bebagliches Leben, auch ohne legitime Frau, ermöglichen. Die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft sorgt schon durch Hungerlöhne dafür, daß ein großes Angebot von Subsidiären der Nachschube nach denselben seitens der Männerwelt entspricht. So nimmt die Zahl der unverheirateten Frauen in mittelbürgerlichen Kreisen immer mehr zu. Die Frauen und Töchter jener Kreise werden in die Gesellschaft hinausgestoßen, um sich eine Existenz zu gründen, die ihnen nicht nur Brot verschafft, sondern auch ihren Geist zu befriedigen vermag. In diesen Kreisen ist die Frau dem Manne nicht gleichberechtigt als Besitzerin von Privatvermögen, wie in den höheren Kreisen, auch nicht gleichberechtigt als Proletarin, wie in den Proletariatskreisen, die Frau jener Kreise muß vielmehr ihre wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Mann erst erkämpfen, und sie kann das nur durch zwei Forderungen, durch die Forderung auf gleiche Berufsbildung und durch die Forderung auf gleiche Berufstätigkeit für beide Geschlechter. Dies bedeutet wirtschaftlich nichts anderes als die Verwirklichung der Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz zwischen Mann und Frau. Die Verwirklichung dieser Forderung entfesselt einen Interessenkampf zwischen den Frauen und Männern des Mittelbürgertums und der Intelligenz. Die Konkurrenz der Frauen in den liberalen Berufen ist die treibende Kraft für den Widerstand der Männer gegen die Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Es ist die reine Konkurrenzjagd; alle sonstigen Gründe, die gegen die geistige Frauenarbeit geltend gemacht werden, das kleinere Gehalt der Frau, ihr angeblicher natürlicher Beruf als Mutter sind nur Vorwände. Dieser Konkurrenzkampf drängt die Frau dieser Schichten dazu, politische Rechte zu verlangen, damit sie im politischen Kampfe alle Schranken niederreißen kann, die ihrer wirtschaftlichen Weiblichkeit noch entgegenstehen.

Ich habe hiermit nur das ursprüngliche rein wirtschaftliche Moment gezeichnet. Wir würden der bürgerlichen Frauenbewegung Unrecht thun, wenn wir sie nur auf rein wirtschaftliche Motive zurückführen wollten. Rein sie hat auch eine tiefere geistige und sittliche Seite. Die bürgerliche Frau verlangt nicht nur ihr eigenes Brot sondern sie will sich auch geistig ausleben und ihre Individualität entfalten. Gerade in diesen Schichten finden wir jene tragischen, psychologisch interessanten Novellen, wo die Frau es müde ist, als Puppe im Puppenhause zu leben, wo sie teilnehmen will an der Weiterentwicklung der modernen Kultur; und sowohl nach der wirtschaftlichen als nach der geistig-sittlichen Seite hin sind die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vollständig berechtigt. Für die proletarische Frau ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, unaufhörlich Rundschau zu halten nach den billigen Arbeitskräften, das die Frauenfrage geschaffen hat. Dieses Ausbeutungsbedürfnis hat eine reaktionäre, aber auch eine revolutionäre Seite: indem es die Gesellschaft umwandelt aus einer Gesellschaft von Arbeitshilfen und Arbeitsdröhnen in eine Gesellschaft von lauter Arbeitern. Dadurch ist auch die Frau des Proletariats einbezogen in den Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens unserer Zeit, ist sie in die Werkstatt, an die Maschine getrieben worden. Sie ist herabgesunken in das wirtschaftliche Leben, um dem Manne einige Dillie im Erwerb zu bringen, und die kapitalistische Produktionsweise verwandelt sie in eine Schmutzkonkurrenz; sie wolle Wohlstand in die Familie bringen, und als Folge zog eine größere Noth in die proletarische Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbstständig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte, und sie wurde ihren Kindern zum großen Teil entziffen. Sie wurde dem Manne als Arbeitskraft vollständig gleich: Die Maschine machte die Muskelkraft überflüssig, und überall konnte die Frauenarbeit sich mit den gleichen Ergebnissen für die Produktion betätigen wie die Männerarbeit. Und das

sie eine billige Arbeitskraft war und vor allen Dingen eine willige Arbeitskraft, die nur in den seltensten Fällen wagte zu läden wider den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung, so haben die Kapitalisten die Möglichkeit vervielfältigt, um die industrielle Frauenarbeit in der höchsten Stufe anwenden zu können. Die Frau des Proletariats hat infolge dessen ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit errungen, aber wahrhaftig! sie hat sie theuer erkauft und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen. Wenn im Zeitalter der Familie der Mann das Recht hatte — denken Sie an das bayerische Recht — gelegentlich mäßig die Frau mit der Peitsche zu züchtigen, so züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen. Damals wurde die Herrschaft des Mannes über die Frau gemildert durch die persönlichen Beziehungen, zwischen Arbeiter und Unternehmer aber giebt es jetzt nur ein Waarenverhältnis. Die Frau des Proletariats hat ihre wissenschaftliche Selbstständigkeit erlangt, aber weder als Mensch, noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr von ihrem Tische fallen läßt.

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Sie braucht nicht darum zu kämpfen, gegen die Männer ihrer Klasse die Schranken niederzureißen, die ihr bezüglich der freien Konkurrenz gezogen sind. Das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals und die Entwidlung der modernen Produktionsweise nahen ihr diesen Kampf vollkommen ab.

Umgekehrt, es gilt, neue Schranken zu errichten gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau, die Schranken, die ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiedergeben. Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats. Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft. Allerdings stimmt sie auch den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zu. Aber sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderung nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleich ausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann.

Die bürgerliche Gesellschaft sieht den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, das beweisen die Reformen, die auf dem Gebiet des Privat- wie des öffentlichen Rechtes in verschiedenen Staaten schon zu Gunsten der Frau eingeführt sind. Wenn es in Deutschland so besonders langsam mit diesen Reformen geht, so liegt die Ursache einmal in dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf in den liberalen Berufen, den die Männer fürchten, zumal es sicher ist, daß die Kopf-arbeiter immer mehr ins Lager der Sozialdemokratie abdrücken, und zweitens in der sehr langsamen und schwächlichen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die unter dem Banner der Klassenfurcht vor dem Proletariat ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht wird. Sie fürchtet, daß die Durchführung solcher Reformen nur der Sozialdemokratie Vorkuhle bringt. Je weniger eine bürgerliche Demokratie sich hypnotisieren läßt von dieser Furcht, desto bereit ist sie zu Reformen. Das sehen wir an England. England ist das einzige Land, das noch eine wirklich kraftvolle Bourgeoisie besitzt, während die deutsche Bourgeoisie in schlotternder Furcht vor dem Proletariat darauf verzichtet, auf politischem und sozialem Gebiete zu reformieren. Dazu tritt für Deutschland noch die weit verbreitete spießbürgerliche Auffassung; der Philisterjoch des Vormittags hängt dem deutschen Bürgerthum schwer im Nacken. Gewiß ist die Furcht der bürgerlichen Demokratie sehr kurzichtig. Wird den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt, so wird an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert. Die proletarische Frau geht ins Lager des Proletariats, die bürgerliche ins Lager des Bürgerthums. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch sozialistische Anläufe der bürgerlichen Frauenbewegung, die nur so lange auftreten, als sich die bürgerlichen Frauen als Unterdrückte fühlen.

Je weniger nun die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe begreift, desto mehr ist es Sache der Sozialdemokratie, für die politische Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Nicht um die schönen Augen eines Prinzipals stellen wir diese Forderung auf, sondern im Klasseninteresse des Proletariats. Je mehr die Frauenarbeit ihren verhängnisvollen Einfluß auf die Lebenshaltung der Männer ausübt, desto dringender wird die Nothwendigkeit, sie in den wirtschaftlichen Kampf einzubeziehen. Je mehr der politische Kampf eingreift in die Existenz jedes einzelnen, desto dringender wird die Nothwendigkeit, daß auch die Frau theilnimmt am politischen Kampfe. Das Sozialistengesetz hat tausenden von Frauen erst Klar gemacht, was die Worte Klassenrecht, Klassenstaat und Klassenregierung bedeuten, hat tausende von Frauen erst das Bedürfnis gelehrt, sich über die Macht auszusprechen, die so brutal in das Familienleben eingreift. Das Sozialistengesetz hat eine Arbeit geleistet, die hunderte von Agitatoren nicht zu leisten im Stande gewesen wären und wir sind dem Vater des Sozialistengesetzes, sowie allen Staatsorganen, die an seiner Durchführung theilgenommen, vom Minister bis zum Schuttmann herab, aufrichtig dankbar für ihre unfreiwillige agitatorische Thätigkeit. Und da wirkt man uns Sozialdemokraten Unanbathbar vor. (Weiterleit.)

Noch ein anderes Ereignis ist in betracht zu ziehen. Ich meine das Erscheinen von August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Es darf nicht nach seinen Vorzügen oder Mängeln bewertet werden, es muß beurtheilt werden nach der Zeit, in der es erschien. Und da war es mehr als ein Buch, es war ein Ereignis, eine That. (Sehr richtig.) Zum ersten Male wurde darin den Genossen klar gelegt, in welchem Zusammenhange die Frauenfrage mit der geschichtlichen Entwicklung steht, zum ersten Male erdachte aus diesem Buche der Ruf: Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir die Frauen als Mitkämpferinnen gewinnen. Wenn ich das anerkenne, so spreche ich nicht als Frau sondern als Parteigenossin.

Welch praktische Schlussfolgerungen haben wir nun für unsere Agitation unter den Frauen zu ziehen? Es kann nicht die Aufgabe des Parteitag's sein, ins einzelne gehende praktische Vorschläge zu machen, sondern nur die allgemeine Richtungslinie für die proletarische Frauenbewegung zu geben.

Und da muß der leitende Gedanke sein: Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben. Nicht die kleinsten Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen. (Sehr wahr.) Wir haben für die Agitation unter den Frauen keine Sonderaufgaben. Soweit für die Frauen innerhalb der heutigen Gesellschaft Reformen durchzuführen sind, werden sie in dem Minimumprogramm unserer Partei bereits gefordert.

Die Frauenagitation muß anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, die der Frau das Klassenbewußtsein wachzurufen und sie in den

Klassenkampf einzubeziehen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist äußerst erschwert. In den Jahren 92 bis 95 betrug die Zahl der in Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen gegen 7000. Rechnen wir noch die in Lokalvereinen organisierten Arbeiterinnen hinzu und vergleichen wir dann hiermit die Tatsache, daß allein 700 000 Arbeiterinnen in der Großindustrie tätig sind, so gewinnen wir ein Bild von der großen Arbeit, die wir hier noch zu leisten haben. Erhöht wird uns diese Arbeit dadurch, daß viele Frauen in der Hausindustrie tätig und deshalb schwer heranzuziehen sind. Dann haben wir auch noch mit der weitverbreiteten Anschauung der jungen Mädchen zu kämpfen, daß die industrielle Tätigkeit für sie vorübergehend ist und mit der Ehe aufhört. Vielen Frauen erwächst die doppelte Pflicht, sie müssen in der Fabrik und in der Familie tätig sein. Um so notwendiger ist für die Arbeiterinnen die Festlegung eines gesetzlichen Arbeitstages. Während in England alle darin übereinstimmen, daß die Befreiung der Hausindustrie, die Festlegung eines gesetzlichen Arbeitstages und die Herabsetzung höherer Löhne von der größten Bedeutung sind, um die Arbeiterin gewerkschaftlich zu organisieren, kommt in Deutschland noch die Handhabung unserer Vereins- und Versammlungsrechte hinzu. Die volle Koalitionsfreiheit, die von rechts her die Reichsregierung den Arbeiterinnen genähert, wird von links her durch landesgesetzliche Bestimmungen einzelner Bundesstaaten illusorisch gemacht. Darauf, wie in Sachsen das Vereinsrecht, soweit man dort überhaupt von einem Recht sprechen kann, gehandhabt wird, will ich nicht hinweisen, aber in den zwei größten Bundesstaaten, in Bayern und Preußen, werden die Vereinsgesetze so gehandhabt, daß den Frauen die Teilnahme an gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird. In Preußen hat in neuester Zeit besonders der Regierungsbereich des ewigen Bundesstaates liberalen Ministerpräsidenten Herrn von Bennigsen in der Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts das menschenmögliche geleistet. In Bayern sind die Frauen von allen öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen. Erklärte doch Herr von Feilitzsch in der Kammer ganz offen, daß bei der Handhabung des Vereinsgesetzes nicht nur der Wortlaut in Betracht kommt, sondern auch die Absicht des Gesetzgebers, und Herr von Feilitzsch befindet sich in der glücklichen Lage, genau zu wissen, welche Absicht die Gesetzgeber gehabt haben, die lange gestanden sind, ehe sich Bayern das Glück träumen ließ, eines Tages Herrn v. Feilitzsch seinen Polizeiminister nennen zu dürfen. Das wundert mich nicht, denn wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Befehl, und in unserem Zeitalter des Spiritismus hat eben Herr v. Feilitzsch seinen Amtsverständnis erhalten und auf dem Wege der vierten Dimension die Absicht der längst verstorbenen Gesetzgeber erkannt. (Heiterkeit.)

Dieser Stand der Dinge aber macht es den proletarischen Frauen nicht möglich, sich zusammen mit den Männern zu organisieren. Bis jetzt hatten sie einen Kampf gegen Polizeimacht und gegen Juristenweisheit zu führen und formell haben sie in diesem Kampf den Kürzeren gezogen. Aber in Wirklichkeit sind sie Sieger geblieben; denn alle jene Maßregeln, die angewendet sind, um die Organisation der proletarischen Frau zu zertrümmern, haben nur darauf hingewirkt, ihr Klassenbewußtsein immer mehr zu erwecken. Wenn wir danach streben, eine kräftige Frauenorganisation zu bekommen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, dann müssen wir zuerst für die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit sorgen, indem wir ankämpfen gegen die Hausindustrie, für kürzere Arbeitszeit eintreten und vor allen Dingen gegen das uns wendende, was die herrschenden Klassen das Vereinsrecht zu nennen belieben.

In welchen Formen die Frauenagitation sich zu bewegen hat, können wir auf diesem Parteitag nicht festlegen; wir haben erst zu lernen, wie wir unter den Frauen agitieren müssen. In der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist, wird vorgeschlagen, Vertrauenspersonen unter den Frauen zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Organisation unter den Frauen anzuregen, einheitlich und planmäßig zu gestalten. Der Vorschlag ist nicht neu; er ist im Prinzip auf dem Parteitag in Frankfurt angenommen und in einzelnen Gegenden bereits mit bestem Erfolg durchgeführt worden; es wird sich zeigen, daß derselbe, auf größerer Stufe durchgeführt, geeignet ist, die proletarische Frau in größerem Umfange zur proletarischen Bewegung heranzuziehen.

Aber nicht nur mündlich soll die Agitation betrieben werden. Eine große Zahl von Indifferenten kommt nicht in unsere Versammlungen, zahllose Gattinnen und Mütter können gar nicht in unsere Versammlungen kommen — es darf auch unmöglich die Aufgabe der sozialistischen Frauenagitation sein, die proletarische Frau ihren Pflichten als Mutter und Gattin zu entfremden; im Gegenteil, sie muß darauf wirken, daß sie diese Aufgabe besser erfüllt als bisher; und das im Interesse der Befreiung des Proletariats. Je besser die Verhältnisse in der Familie, die Wirklichkeit in ihrem Heim, um so kampffähiger wird sie. Je mehr sie die Erzieherin und Bildnerin ihrer Kinder sein kann, um so mehr kann sie sie aufklären, kann sie dafür sorgen, daß sie mit der gleichen Begeisterung und Opferfreudigkeit wie wir in Reich und Glied weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats; — wenn der Proletarier sagt: „mein Weib!“ — das er dann in Gedanken hinzusetzt: „die Genossin meiner Ideale, die Gefährtin meiner Kämpfe, die Bildnerin meiner Kinder zum Zukunftsstamme!“ So manche Mutter, so manche Gattin, die Mann und Kinder mit Klassenbewußtsein erfüllt, leistet genau so viel, wie die Genossinnen, die wir in unseren Versammlungen sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn daher der Berg nicht zu Muhammed kommt, muß Muhammed zum Berg gehen: Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation bringen. Und dazu schlage ich Ihnen vor die Verteilung von Flugblättern; nicht von traditionellen Flugblättern, die auf einer Quartseite das ganze sozialistische Programm zusammenfassen, die ganze Wissenschaft unserer Jahrhunderte geben, — nein, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache. Und die Frage der technischen Herstellung der Flugblätter darf uns auch nicht gleichgültig sein; nicht das traditionelle schlechteste Papier und schlechtesten Druck. Das muß die proletarische Frau, die nicht den Respekt vor dem gedruckten Wort hat, wie der Proletarier einfach zusammen und wirft es weg —, sondern, wie es die amerikanischen und englischen Temperenzler thun, kleine Büchlein, von 4 bis 6 Seiten Inhalt, deren Ausstattung nett ist. Denn soweit ist auch die Proletarierin Frau, daß sie sagt: ach, das Dingelchen ist so nett, das muß ich aufheben! (Heiterkeit und Zurufe) — ich bin ja auch eine Frau! (Heiterkeit.) Und wir müssen die Sache, auf die es ankommt, mit großen, fetten Buchstaben drucken; dann wird sie nicht vom Lesen abgeschreckt, ihre geistige Aufmerksamkeit wird sofort auf einen Nagel aufgehängt.

Den Plan, eine besondere Frauenzeitung zu gründen, kann ich nicht befürworten, weil ich persönliche Erfahrungen gemacht habe — nicht etwa als Redaktrice der „Gleichheit“ — die ich nicht für die Massen der Frauen bestimmt, sondern für die Vorgesetzten — aber als Vertheilerin von Literatur unter den Arbeiterinnen. Angeregt durch das Vorgehen der Frau Guaud-Rühne habe ich wochenlang Zeitungen unter den Arbeiterinnen einer bestimmten Fabrik verteilt und habe mich überzeugt, daß sie sich aus dem Inhalt nicht das aneignen, was ausflüßend, sondern einzig und allein, was unterhaltend und amüsant ist. Deshalb würden sich die großen Opfer, die eine billige Zeitung erfordert, nicht lohnen.

Aber wir müssen auch eine Reihe von Broschüren schaffen, die der Frau den Sozialismus näher bringen in ihrer Eigenschaft als Proletarierin, als Gattin, als Mutter. Wir haben,

ausgenommen die kräftige Broschüre der Frau Popp, keine einzige, die den Anforderungen genügt. Auch unsere Tagespresse muß mehr als bisher thun. Einige Tageszeitungen haben ja den Versuch gemacht, durch die Ausgabe einer besonderen Frauenpost die Frauen aufzuklären; die „Magdeburger Volksstimme“ ist mit gutem Beispiel vorangegangen, und Genosse Goldstein in Zwickau ist mit Geschick und Erfolg in diesen Bahnen weitergegangen. Aber bisher hat die Tagespresse sich angelegen sein lassen, vor allem die proletarische Frau als Abonnetzentin zu gewinnen, man hat ihrer Unausgesprochenheit, ihrem schlechten, ungebildeten Geschmack geschmeichelt, statt sie aufzuklären.

Ich wiederhole, das sind nur Anregungen, die ich Ihrer Begutachtung unterbreite. Die Frauenagitation ist schwer, ist mühsam, erfordert große Hingabe und große Opfer, aber diese Opfer werden belohnt werden und müssen gebracht werden. Denn wie das Proletariat seine Befreiung nur erlangen kann, wenn es zusammenkämpft ohne Unterschied der Nationalität, ohne Unterschied des Berufs, so kann es seine Befreiung auch nur erlangen, wenn es zusammensteht ohne Unterschied des Geschlechts. Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft.

Erst die sozialistische Gesellschaft löst den Konflikt, der heutigen Tags geistigt wird durch die Berufstätigkeit der Frau. Wenn die Familie als wirtschaftliche Einheit verschwindet und an ihre Stelle die Familie als stiftliche Einheit tritt, wird die Frau als gleichberechtigte, gleich schaffende und gleich strebende, mit dem Manne vorwärtschreitende Gefährtin ihre Individualität als Mensch zusammen ausleben, gleichzeitig aber auch ihre Aufgabe als Gattin und Mutter im höchsten Maße erfüllen können. In der Gesellschaft des Neuhellenismus wird es ihr auch möglich sein, ihre Individualität zu einem harmonischen Kunstganzen zu gestalten, ihr Leben zu einem Kunstwerk zu gestalten; und diese Gesellschaft wird sich auf dem ganzen Erdball gestalten, sie wird sich nicht aufbauen auf der Sklaverei von Menschen; sie hat zur Voraussetzung die Sklaverei von Stahl und Eisen, die Leistungen von der menschlichen Erkenntnis gebändigter Naturkraft und die Sozialdemokraten schreiten vorwärts; aber erst wenn die Masse der Frauen zu Ihnen hält, können Sie sagen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall und Händelklatschen.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen: „Der Parteitag wolle beschließen, die Rede der Frau Jettin wird gedruckt und als Broschüre unentgeltlich verbreitet.“ Dieser Antrag ist zugleich eine Rechtfertigung für mich, daß ich der Referentin über die Redezeit hinaus Raum gewährt habe. (Beifall.)

Herr v. Wöhring: Wie der Sozialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat, so ist die deutsche Arbeiterbewegung von der Wissenschaft zur That übergegangen. Wir dürfen uns heute nicht mehr, wie es Genosse Wurm gestern gehalten hat, auf den Boden der Theorie stellen, wir müssen den Boden der That betreten. Es giebt auch innerhalb der Frauenfrage, um die bisher die Partei wie die Kasse um den heißen Brei herum gegangen ist, genug zu thun. Mit den Ausführungen der Referentin bin ich nicht ganz einverstanden; es ist nicht richtig, daß es früher keine Frauenbewegung gegeben hat; das beweisen die Werke von Plato und Aristophanes, denn ein Dichter kann sich den Stoff nicht aus der Luft greifen, es müssen tatsächliche Unterlagen vorhanden sein. Auch im Mittelalter gab es eine Frauenbewegung, ebenso am Ausgang des vorigen Jahrhunderts, wie aus dem Buch von Hippel über die bürgerliche Stellung der Frau hervorgeht. Die Referentin hat auf Herrn v. Stumm hingewiesen, aber es giebt auch innerhalb unserer Partei Personen, für die der Beifall und nicht die Person der Frau maßgebend ist. Genosse Schoenlant wird es mir verzeihen, wenn ich ihn hier ein bißchen anzapfe, er kann am besten einen Ruff vertragen. (Heiterkeit.) Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb im vorigen Jahre, daß in einer Zeit, wo der Beifall gilt und wo die Person an sich nichts bedeutet, es auch der Frau möglich ist, ihre Gleichberechtigung zu beweisen. Das ist nichts weiter als ein Aufwärmen des alten Märchens von der Inferiorität der Frau. (Schoenlant: Wo hat denn das gestanden? Heiterkeit.) Natürlich, Genosse Schoenlant ist ein ganz unschuldiges Wüchlein (Große Heiterkeit), er weiß von gar nichts, obgleich ich ihm einen ziemlich langen Artikel dagegen geschrieben habe. Schoenlant soll uns hier Rede stehen für Dugende in der Partei, die es nicht besser machen. Ich bin im Gegensatz zu der Referentin der Ansicht, daß wir in vielen Punkten mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen können, da wir unter den proletarischen Frauen keinen Ueberfluß an Intelligenz haben. Ich weiß sehr wohl, daß ich als Referent vor Ihnen stehe. Sie sagen, warum kommen die bürgerlichen Frauen nicht zu uns? Ja, da denken Sie nicht an Ihr eigenes Motto, daß die Verhältnisse die Menschen bestimmen. Es kann eben nicht jeder wie er will. Wir können mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen in der Forderung des Stimmrechts, in der Forderung nach weiblichen Fabrikinspektoren, und auch das Verbot der Kinderarbeit könnten wir durch bürgerliche Frauenrechtler propagieren.

Dertel (Münster): In bezug auf die Handhabung des Vereinsgesetzes herrscht in Bayern vollständige Anarchie; das bayerische Ministerium ist ein Musterbild reaktionärer Strömungen, es schließt die Frauen nicht nur vom politischen, sondern auch vom gewerkschaftlichen Leben aus und überläßt es den unteren Organen, das Vereinsgesetz auszulagern, wie sie wollen. In Münsterberg, S. W. durften die Frauen nicht einer Sitzung beiwohnen, in der über den Konfessionsarbeiter-Streit gesprochen wurde, während dies in Bärth gestattet war. Unser Ministerium des Innern wird kaum zu Änderungen geneigt sein; die Partei ist sogar als ein über ganz Deutschland verbreiteter Verein durch obertrichterliches Erkenntnis erklärt worden so daß jede Versammlung als Vereinsführung betrachtet wird. Die beiden ersten Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine sind bei uns geschlossen worden, obwohl derselbe Richter es nicht verschmähte, bei einer Bismarckfeier vor Männern und Frauen eine hochpolitische Rede zu halten. Der einzige Ort, wo die Frauen politische Reden hören können, ist der bayerische Landtag. Wir sind auf die Agitation durch Broschüren angewiesen und hoffen, daß wir damit die Bewegung fördern.

Schredt (Mielefeld): Die Frauenagitation muß nach zwei Richtungen betrieben werden, einmal müssen wir die gewerblich tätigen Frauen den Gewerkschaften zuführen und zweitens müssen wir unsere Agitation auf die Familie ausdehnen. Gerade die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind dazu geeignet, bisher hatten wir keine Zeit dazu, weil wir die Männer den Gewerkschaften zuführen mußten. Den Antrag auf Gründung einer Frauenzeitung halte ich für unannehmbar, weil den Parteiblättern dadurch eine große Last auferlegt wird. Wir sollten statt dessen lieber die Frauen den Gewerkschaften zuführen und sie in diesen Kämpfen auch gleichzeitig politisch bilden. Dann wird die Frau im Klassenkampf mehr als bisher ihre Schuldigkeit thun können.

Herr v. Greiffenberg: Es ist richtig, daß die bürgerlichen Frauen auch Forderungen stellen, die wir ebenfalls erheben, aber wir Proletarierinnen gehen weiter, wir verlangen die politische Gleichberechtigung und deshalb können wir nicht mit den bürgerlichen Frauen zusammengehen. Wir Proletarierinnen haben so viel zu thun, um die Frauen aufzuklären, wir müssen in diesem Kampfe von den Männern unterstützt werden. Man sollte die Arbeiterinnen vor allem, wie es der Antrag 81 will, den gewerkschaftlichen Organisationen zuführen. Auch der Antrag 110, betreffend die Wahl einer Vertrauensperson für die Frauen, ist von großer Wichtigkeit, hingegen halte ich die Gründung einer Frauenzeitung wegen der zu hohen Kosten nicht für nötig. Unsere Parteiblätter sind ebenso gut für die Frauen wie für die Männer bestimmt, und wenn diese die Frauen darüber aufklären, daß sie

mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen haben, so wird es um unsere Sache besser stehen. Wenn die Frau erst ihre Klassenlage begriffen hat, wird sie den Reim des Sozialismus schon in die Herzen der Kinder legen und so für uns agitieren.

Grashof (Berlin): Ich empfehle Ihnen dringend die Annahme des Berliner Antrages, der den Frauen den Anschluß an gewerkschaftliche Organisationen empfiehlt. Der Antrag, der die Wahl von Vertrauenspersonen will, kann nach den Erfahrungen im Prozeß Auer gefährlich werden, die Vertrauensleute könnten als Verein erklärt werden, und deshalb muß man vorsichtig sein.

Herr v. Eichhorn (Dresden): Die Frauenbewegung konnte bisher noch nicht mehr erreichen, weil wir es mit zwei Gegnern zu thun haben, mit den Männern und mit dem Kapital. Ein Anschluß an die bürgerliche Frauenbewegung hat keinen Zweck, denn diese Frauen würden uns doch nur ins Schlepptau nehmen, solange wir ihrem Gedankengang folgen, dann aber sofort umschwenken. Die Gründung einer eigenen Frauenzeitung hat keinen Zweck, die „Gleichheit“ ist vollkommen ausreichend; ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen, obgleich das für uns in Sachsen nicht nötig ist, da wir ja dort politische Versammlungen betreiben können. Ganz unannehmbar ist der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, denn eine einheitliche Organisation ist doch nicht möglich. Mit der Resolution Jettin bin ich einverstanden, nur bitte ich unter Punkt 7 auch eine kräftige Agitation gegen die Gesinde-Ordnung einzuschalten. Flugblätter, wie sie die Referentin vorschlägt, halte ich für wünschenswert, aber wir können die Parteiliste nicht mit den Kosten belasten. Auch die einzelnen Städte sollten zur Deduktion der Kosten beitragen. Es würde sich ferner empfehlen, wenn die Parteiblätter von Zeit zu Zeit Leitartikel bringen, die sich mit der Frauenfrage beschäftigen.

Singer macht darauf aufmerksam, daß der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über Arbeiterinnen-Organisationen zu setzen, nicht mit zur Debatte steht.

Fräulein Waader: Genossin Löwenberg meint, es fehlt uns an Agitatoren, daher brauchen wir die bürgerlichen Frauen. Da meine ich, lassen wir lieber die Versammlungen ausfallen. Und ich meine, auch Genossin Löwenberg thut am besten, ihre Agitation vorläufig auch noch anzusehen (Sehr richtig!), bis sie zu anderen Anschauungen kommt. Denn jetzt ist sie nach ihren Äußerungen offenbar noch viel zu sehr mit den bürgerlichen Kreisen verwaschen. Genossin ist es nicht leicht, geschulte Agitatoren zu erziehen; aber die Bekanntschaft und Vertrautheit mit den Verhältnissen der proletarischen Frauen erhebt das einigermaßen. (Sehr richtig!) Gewiß fehlt es an geschulten Agitatoren, aber an Agitatoren fehlt es ebenso gut auch den Männern. (Sehr richtig!) Ich finde nicht wie Genossin Löwenberg, daß Genossin Jettin sich in Phantasien ergangen, sondern daß sie sich durchaus auf den Boden der Thatfachen gestellt hat. (Sehr richtig!) Es wäre der Genossin Löwenberg sehr dienlich, wenn sie von Frau Jettin lernen würde.

Was die Anträge anlangt, so spreche auch ich mich gegen die Gründung einer Frauenzeitung aus. Für die proletarischen Frauen ist das gesprochene Wort die Hauptsache. Wirken wir durch weibliche Vertrauenspersonen, gründen wir auch, wo es möglich ist, Frauenvereine, und agitieren wir durch Flugblätter und Broschüren, wie sie Frau Jettin vorgeschlagen hat. Das wird uns vorwärts bringen in der Frauenbewegung und wird die Frauen auch mehr in die gewerkschaftliche Bewegung hineinziehen. Sollte sich das Eine oder das Andere nicht bewähren, nun, wir haben ja im nächsten Jahre wieder einen Parteitag. (Bravo!)

Herr v. Meder (Leipzig): Herr v. Wöhring ist nicht aus dem Proletariat herausgewachsen, sonst hätte sie derartige, ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen empfehlende Äußerungen nicht thun können. Wir müssen mit den Proletariern Hand in Hand kämpfen, nicht aber mit denen, mit denen wir nichts gemein haben. Sorgen wir dafür, daß die Männer zusammen mit den Frauen in Arbeiter-Bildungsvereinen Belehrung finden, um dann als Agitatoren ins Land hinauszugehen. Die Frauen brauchen sich durchaus nicht zu geniren. (Beifall.)

Herr v. Vogel (Nehschlau): Wie verschiedene Vordrucker, so muß auch ich mich gegen den Antrag auf Herausgabe einer Frauenzeitung erklären, wir können die Proletarier, die jeden Feintrieb zusammenhalten müssen, nicht zwingen, noch eine Extrazeitung zu unterhalten. Wir haben in Sachsen schon den Versuch gemacht, unserem Blatte wöchentlich eine Frauenzeitung beizugeben.

Herr v. Käbler (Hamburg): Viele Genossen behandeln die Frauenfrage so scherzhaft, daß man sich wirklich fragen muß: Sind das Parteigenossen, die für gleiches Recht eintreten? In vielen Orten lassen die Männer die Frauen überhaupt nicht ankommen, sie klären die Frauen nicht einmal auf, sie sagen einfach: „Das kümmert Euch nichts, davon versteht Ihr nichts.“ Und damit sind unsere Genossen fertig. (Widerpruch.) Es ist dringend nötig, in energischerer Weise als bisher die Frauenagitation zu betreiben. Eine Extra-Frauenzeitung ist dazu nicht nötig, wir haben ja die „Gleichheit“, die diesen Zweck voll auf erfüllt. Bedenken Sie also den Antrag ab! Die Bildung von Frauenvereinen ist nur da möglich, wo die männlichen Genossen dem Verein ihre Hilfe zusichern. Im übrigen müssen die Frauen zu den Gewerkschaftsbewegungen herangezogen werden. Ich hätte gewünscht, daß Herr v. Wöhring ihre Rede nicht gehalten hätte, es klang etwas Epikurismus hindurch, und das ist in unserer Partei nicht angebracht, für uns kommt es auf das Prinzip und nicht auf die Person an. (Beifall.) Wir können doch nicht alle eine Klara Jettin sein, es muß auch untergeordnete Wesen geben. (Heiterkeit.) Die bürgerlichen Frauen, die für ihre Klasse kämpfen, kämpfen nicht für das Proletariat. Wir gehören zum Proletariat, wir wollen dazu gehören und mit unseren Männern Schulter an Schulter kämpfen. Deshalb haben wir die Resolution betreffend die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen eingebracht. Wir haben diese Einrichtung in Schleswig-Holstein bereits getroffen und sie hat sich bewährt. (Lebhafte Beifall.)

Herr v. Er: In der Regel zähle ich ja nicht bei der Frauenfrage zu den Hedern (Heiterkeit), und auch heute hätte ich mich nicht in die Diskussion gemischt, wenn ich nicht zu dem Antrag 110 eine Deklaration abzugeben hätte. Eine solche Deklaration ist notwendig, damit nicht später Mißverständnisse entstehen. Gerade in bezug auf die Frauenagitation ist möglichste Klarheit erwünscht, und bei aller Hochachtung vor unseren Genossinnen weiß ich doch, daß Mißverständnisse bei ihnen nicht ausgeschlossen sind. Der Antrag 110 entspricht ganz und gar meiner Auffassung. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß bei aller Gemeinsamkeit der Interessen es doch notwendig ist, den eigenartigen Charakter der Frauenbewegung nicht zu übersehen. Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist ja nichts Abgesondertes von der allgemeinen Bewegung, aber sie hat doch ihre natürlichen, selbständigen Gesichtspunkte und hat Einrichtungen und Maßnahmen nötig, die am besten von den Trägerinnen der Frauenagitation ergriffen werden. Eines aber muß zu diesem Antrage klar ausgesprochen werden und ich thue es im Auftrag der Antragsteller. Wenn in dem Antrage gesagt wird: Der Parteitag empfiehlt den Genossen... die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen vorzunehmen — so will ich hier konstatieren, daß es sich bei diesen Vertrauenspersonen nicht um Vertrauenspersonen im Sinne des § 3 unseres Organisationsstatutes handelt. (Aufsetzige Zustimmung.) Weibliche Vertrauenspersonen können nicht als gleichberechtigter Faktor in Verbindung mit unserem Vertrauensmannskörper treten. Wir müssen mit der Gefahr rechnen, daß unser Ver-

Frauenbewegung nur giebt im Anschluß an die geschichtliche Entwicklung und daß es deshalb eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung giebt, die nicht mehr Gemeinames haben als wie die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir weisen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht etwa deshalb zurück, weil wir das Bischen nicht wollen, sondern weil Sie das Mehr nicht wollen, was gerade den wesentlichen Inhalt unserer Forderungen ausmacht, nicht bloß mit Rücksicht auf unsere Zukunftsorderungen, sondern auch mit Rücksicht auf die recht minimalen Forderungen, die wir jetzt auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Der Fortbildungsunterricht zum Beispiel ist illusorisch, wenn die Proletarierkinder gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt erwerbsfähig sein müssen: Wir fordern nicht nur das Brot des Geistes, sondern auch das Brot des Körpers. Und es wäre thöricht, wenn wir, hinter denen die komplette soziale Macht der Sozialdemokratie steht, und den bürgerlichen Frauen, hinter denen keine soziale Macht steht, anschlössen wollten. Und noch eins trennt uns: die Taktik. Verlangt man, daß die Klassenbewußten Arbeiterinnen mit Petitionen an den Thron des Kaisers und an die Regierungen gehen? Wir sollen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für uns agitieren lassen, weil wir keine geschulten Agitatorinnen haben, sagt Genossin Löwenberg. Auf jedem Parteitag wird geklagt über den Mangel an Agitatoren. Wenden wir uns etwa deshalb an Eugen Richter und Genossen? (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was man verlangt, sondern zu welchem Zweck man es verlangt. Wenn die bürgerlichen Frauen Forderungen erheben, thun sie es nicht, um das Proletariat wehrfähiger zu machen für den Befreiungskampf, sondern sie thun es, getrieben von dem bösen Gewissen der Bourgeoisie, um mit ihren Forderungen dem Proletariat den Mund zu stopfen. Wir aber wollen, daß in der Stunde, wo am Ende der kapitalistischen Entwicklung die bürgerliche Gesellschaft in sich selbst zusammenbricht, der Proletarier nicht dasieht, wie der Sklave, der die Kette bricht, sondern als eine Körperlich, geistig und sittlich vollkommene Persönlichkeit. Und von diesem Standpunkt aus ist zwischen proletarischer und bürgerlicher Gesellschaft keine Gemeinschaft möglich. Mit guten Absichten, mit schönen Gefühlen hat man noch keine neue Gesellschaft gemindert; sie erweisen sich als brüchiger Schiefer, welcher zerfällt, wenn die wirtschaftlichen Thatfachen, die Selbstinteressen an sie herantreten. Nur die klare Erkenntnis ist der Granit, auf welchen das Proletariat rechnen kann, um die Kirche der Zukunft darauf zu bauen. (Stürmischer Beifall und Handclatschen.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag, das Zetlin'sche Referat drucken und als besondere Beilage verbreiten zu lassen — die unentgeltliche Verteilung ist getrieben — wird angenommen.

Die Resolution: Die moderne Frauenfrage ist das Ergebnis der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen Umwälzungen. Sie tritt deshalb in den verschiedenen Klassen auf, die der modernen Gesellschaft eigentümlich sind, nimmt aber in jeder derselben eine andere Form an.

Zu der Klasse der oberen Hunderttausend ist die Frau als Besitzerin eigenen Vermögens ökonomisch vom Manne unabhängig, aber als Ehefrau ist sie rechtlich ihm noch vielfach unterworfen und kann in der Regel nicht frei über ihren Besitz verfügen. Der Besitz führt in dieser Klasse zur Selbstehe und zu ihrem Gegenstand dem Ehebruch; er fördert die Auflösung des Familienlebens und entbehrt die Frau ihren Pflichten als Gattin und Mutter. Im Vordergrund der Forderungen, welche die Frauen dieser Klasse stellen, steht die rechtliche Sicherung des Vermögensbesitzes und das freie Verfügungsrecht darüber für das weibliche Geschlecht. Der Emanzipationskampf dieser Frauenklasse ist ein Kampf für die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, die nicht auf dem Vermögensbesitz beruhen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet die letzte Stufe der Emanzipation des Privatbesitzes.

In der kleinen und mittleren Bourgeoisie, sowie in der bürgerlichen „Intelligenz“ wird die Familie durch wesentliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion zerlegt. Es wächst die Zahl der ehelosen Frauen, die dadurch auf eigenen Verdienst angewiesen werden; es wächst die Zahl der Familien, denen der Erwerb des Mannes nicht genügt. Die weiblichen Angehörigen dieser Schichten werden zur Erwerbsarbeit auf dem Gebiete der liberalen Berufe gedrängt. Im Vordergrund ihrer Forderungen steht deshalb das Recht auf gleiche Berufstätigkeit und Berufsbildung für beide Geschlechter, für völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten. Der Kampf der Frauen für diese Forderungen ist ein wirtschaftlicher Interessenkampf zwischen Männern und Frauen jener Schichten. Und da jeder wirtschaftliche Interessenkampf ein politischer wird, drängt er die Frauen auch zur Forderung der politischen Gleichstellung der Geschlechter. Erst durch die Verwirklichung dieser Forderungen erriingt die Klein- und Mittelbürgerin die volle Gleichstellung mit dem Manne.

Im Proletariat ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, das die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt und die Familie zerstört. Durch ihre Erwerbsarbeit wird die proletarische Frau dem Manne ihrer Klasse wirtschaftlich gleichgestellt. Aber diese Gleichstellung bedeutet, daß sie, wie der Proletarier, nur härter als er, vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Das nächste Ziel dieses Kampfes ist die Errichtung von Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sein Endziel ist die politische Herrschaft des Proletariats zum Zweck der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Verheerung der kapitalistischen Gesellschaft.

Als Kämpferin in diesem Klassenkampf bedarf die Proletarierin ebenso der rechtlichen und politischen Gleichstellung mit dem Manne, als die Klein- und Mittelbürgerin und die Frau der bürgerlichen Intelligenz. Als selbständige Arbeiterin bedarf sie ebenso der freien Verfügung über ihr Einkommen (Lohn) und ihre Person als die Frau der großen Bourgeoisie. Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechtes.

Die Agitation unter den proletarischen Frauen muß daher in erster Linie sozialistische Agitation sein. Ihre Hauptaufgabe ist, die proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu wecken und für den Klassenkampf zu gewinnen. Die Arbeiterin muß aus einer Schmutzkonturenin des Mannes zu dessen Kampfgenossin, aus einer hemmenden zu einer treibenden und thätigen Kraft im Klassenkampf werden. Die proletarische Frauenagitation muß sich also streng im Rahmen der allgemeinen Arbeiterbewegung halten und muß an alle Fragen anknüpfen, die für die Arbeiterklasse jeweilig von besonderer Wichtigkeit sind. Soweit bestimmte dringende Aufgaben nicht vorliegen, ist in der Agitation für Reformen einzutreten, die im Interesse der Proletarierin als Arbeiterin und Frau liegen. Insbesondere ist zu agitieren: 1. für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterinnenrechtes, namentlich für Einführung des gesetzlichen Achtstundentages zunächst wenigstens für die weiblichen Arbeiter. 2. für Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. 3. für aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe-Schiedsgerichten. 4. für gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechtes. 5. für volle politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, speziell für unbeschränktes Vereins-, Ver-

Sammlungs- und Koalitionsrecht. 6. für gleiche Bildung und freie Berufstätigkeit der beiden Geschlechter. 7. für die private rechtliche Gleichstellung der Geschlechter.

Hand in Hand mit der mündlichen muß die schriftliche Agitation unter den proletarischen Frauen betrieben werden. Als vorzüglichstes Mittel, Anregung und Ausklärung unter die Massen der noch indifferenten Proletarierinnen zu tragen, empfiehlt sich die periodische Verbreitung von Flugblättern, die bestimmte, praktische Fragen behandeln. Zur weiteren Belehrung und Schulung sind besonders Broschüren geeignet, die der Proletarierin den Sozialismus näher bringen und zwar als Arbeiterin, als Frau und vor allem auch als Mutter. Die sozialdemokratische Presse muß systematisch für die wirtschaftliche und politische Ausklärung der proletarischen Frauen wirken.

Die Anträge 40 und 60 werden abgelehnt. Die Anträge 61 und 110 werden angenommen. Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: Das Proportional- Wahlssystem.

Ein Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusehen, wird von Schöpslin begründet, von Bär-Grefeld mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß gerade über diesen Punkt unseres Programms große Unklarheit unter den Genossen im Lande herrscht.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entwickelt sich über diese Angelegenheit. Bunte und Boigt-Berlin treten für die Beseitigung der Proportionalwahl ein. Förster-Hamburg: Eine eingehende Erörterung dieses Punktes ist doch nicht möglich. Es sei denn, daß alle übrigen Anträge wieder en masse der Parteileitung überwiesen werden. Es ist aber besser, sie endlich einmal gründlich zu beraten. Wenn unsere Genossen nur in der Frage der Proportionalwahl unklar sind, so läßt sich das noch ertragen. Die Proportionalwahl ist doch schließlich nur eine akademische Frage. (Beifall.)

Der Antrag auf Absehung des Punktes der Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen. Es folgt Punkt 10: Anträge zum Parteiprogramm.

Zur Debatte gestellt werden die Anträge: 15. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Das Proportionalwahlrecht ist im Programm zu belassen und möglichst näher zu bestimmen.

16. Die Parteigenossen Müller, Hansen und Schröder in Flensburg: Dem Punkt 6, Absatz 2 des Programms ist eine präzisere Fassung zu geben, die jedes Mißverständnis ausschließt.

17. Genosse Hahn in Offenbach: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in Zukunft für die Reichstags-Wahlen das Proportional-Wahlrecht und zwar in folgender Weise: Eintheilung Deutschlands in einen Wahlkreis. Beseitigung der Personenwahl. Abgabe der Stimmzettel, versehen mit der politischen Anschauung, Abstimmung an einem geschützten Ruheort. In bezug auf die Vertreter, Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien. Entschädigung für die von der Partei bestimmten Vertreter.

Antrag 16 findet nicht die genügende Unterstützung. Der Antrag 15 wird zurückgezogen. Der Antrag 17 wird durch den Beschluß, die Proportionalwahl nicht zu besprechen, für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 11: Sonstige Anträge. Singer: Der Parteitag ist damit einverstanden, daß wir diese Anträge in drei Kategorien teilen.

Die erste betrifft den Ort, wo der nächste Parteitag tagen soll, die zweite seine Tagesordnung, die dritte umfaßt verschiedenartige Anträge. Ueber den Ort des nächsten Parteitages wird schriftlich abgestimmt werden.

Mit der Frage des Ortes des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge: 18. Parteigenossen des 1. und 8. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg stattfinden zu lassen.

19. Parteigenossen in Darmstadt: Den nächsten Parteitag in Darmstadt stattfinden zu lassen.

20. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt stattfinden zu lassen.

21. Parteigenossen in Weiden: Den nächsten Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

22. Parteigenossen in Bochum: Den nächsten Parteitag in Bochum stattfinden zu lassen.

23. Parteigenossen in Karlsruhe: Den nächsten Parteitag in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

Und Antrag 106, der als Ort des Parteitages Mainz vorschlägt.

Von diesen Anträgen finden nur die Anträge 18, 21 und 106 die genügende Unterstützung, während der Antrag 23, der für den nächsten Parteitag Karlsruhe vorschlägt, zurückgezogen ist. Es handelt sich also darum, ob der Parteitag in Hamburg, Hannover oder Mainz abgehalten werden soll.

Mollenbuhrt tritt für Hamburg ein. Es sei schon oft der Wunsch laut geworden, einen Parteitag in Hamburg abzuhalten, aber stets habe man eingewandt, daß Hamburg zu weit von dem Mittelpunkt Deutschlands entfernt sei. Die Strecke von Hamburg bis zu nächsten Grenze betragen aber nur 152 Kilometer, während z. B. Mainz 212 Kilometer von der russischen Grenze entfernt sei. Die Hamburger hätten mit Rücksicht auf die Thätigkeit der dortigen Genossen einen Anspruch darauf, einmal den Parteitag bei sich zu sehen. Nachdem wiederholt nahe an der Grenze Parteitage stattgefunden, sei es eine Zurücksetzung, wollte man jetzt nicht nach Hamburg gehen, das ja von überall her leicht zu erreichen sei. In Hamburg seien die Delegierten auch sicher, daß sie nicht erst eine Landreise zum Parteilokal zu machen hätten. (Heiterkeit.)

David spricht den Wunsch aus, den Parteitag in Mainz abzuhalten. Hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß dadurch in agitatorischer Beziehung etwas erreicht wird.

Wichle vertritt den Antrag, den Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

Hömelburg tritt für Hamburg ein. Alle Vorzüge Hamburgs könne er nicht schildern, sonst würde ja Hamburg sofort einstimmig gewählt werden. (Heiterkeit.)

Hülle-Erfurt weist darauf hin, daß die von Mollenbuhrt aufgestellte Berechnung der Entfernung Hamburgs falsch sei, daß zwischen liege die Ostsee, die bis zum nächsten Jahre noch nicht bediebt sein würde. (Heiterkeit.) Auch die Wohnungsverhältnisse Hamburgs seien schlecht. Er empfehle Mainz. Im vorigen Jahre hätten sich ja die Hamburger selbst dagegen gesträubt, daß in Hamburg der Parteitag abgehalten werde. Man habe dann damals auf die schlechten Saalverhältnisse aufmerksam gemacht. Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Während der Abstimmung, die eine schriftliche ist, wird in die Beratung der Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages eingetreten.

Singer: Ich hätte gegen die Beratung dieser Anträge ja an sich nichts einzuwenden, aber gegenüber den vielen Schwirrigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Referenten für die Feststellung der Tagesordnung herausstellen und bei der Wichtigkeit der Punkte schlage ich Ihnen vor, Sie überweisen sämtliche Anträge dem geschäftsführenden Ausschuss. Diesem Antrage entsprechend wird beschlossen.

Es folgen verschiedene Anträge. Den Antrag 90, betreffend die Errichtung eines Bureaus zur Erhebung von Rath in Reichsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten, begründet Emel mit dem Hinweis auf die hinlänglich bekannten Verhältnisse im Gebiet des Königs Stumm. Die Rechtsanwälte und Richter ständen dort unter dem geistigen

Frauenbewegung nur giebt im Anschluß an die geschichtliche Entwicklung und daß es deshalb eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung giebt, die nicht mehr Gemeinames haben als wie die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir weisen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht etwa deshalb zurück, weil wir das Bischen nicht wollen, sondern weil Sie das Mehr nicht wollen, was gerade den wesentlichen Inhalt unserer Forderungen ausmacht, nicht bloß mit Rücksicht auf unsere Zukunftsorderungen, sondern auch mit Rücksicht auf die recht minimalen Forderungen, die wir jetzt auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Der Fortbildungsunterricht zum Beispiel ist illusorisch, wenn die Proletarierkinder gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt erwerbsfähig sein müssen: Wir fordern nicht nur das Brot des Geistes, sondern auch das Brot des Körpers. Und es wäre thöricht, wenn wir, hinter denen die komplette soziale Macht der Sozialdemokratie steht, und den bürgerlichen Frauen, hinter denen keine soziale Macht steht, anschlössen wollten. Und noch eins trennt uns: die Taktik. Verlangt man, daß die Klassenbewußten Arbeiterinnen mit Petitionen an den Thron des Kaisers und an die Regierungen gehen? Wir sollen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für uns agitieren lassen, weil wir keine geschulten Agitatorinnen haben, sagt Genossin Löwenberg. Auf jedem Parteitag wird geklagt über den Mangel an Agitatoren. Wenden wir uns etwa deshalb an Eugen Richter und Genossen? (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was man verlangt, sondern zu welchem Zweck man es verlangt. Wenn die bürgerlichen Frauen Forderungen erheben, thun sie es nicht, um das Proletariat wehrfähiger zu machen für den Befreiungskampf, sondern sie thun es, getrieben von dem bösen Gewissen der Bourgeoisie, um mit ihren Forderungen dem Proletariat den Mund zu stopfen. Wir aber wollen, daß in der Stunde, wo am Ende der kapitalistischen Entwicklung die bürgerliche Gesellschaft in sich selbst zusammenbricht, der Proletarier nicht dasieht, wie der Sklave, der die Kette bricht, sondern als eine Körperlich, geistig und sittlich vollkommene Persönlichkeit. Und von diesem Standpunkt aus ist zwischen proletarischer und bürgerlicher Gesellschaft keine Gemeinschaft möglich. Mit guten Absichten, mit schönen Gefühlen hat man noch keine neue Gesellschaft gemindert; sie erweisen sich als brüchiger Schiefer, welcher zerfällt, wenn die wirtschaftlichen Thatfachen, die Selbstinteressen an sie herantreten. Nur die klare Erkenntnis ist der Granit, auf welchen das Proletariat rechnen kann, um die Kirche der Zukunft darauf zu bauen. (Stürmischer Beifall und Handclatschen.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag, das Zetlin'sche Referat drucken und als besondere Beilage verbreiten zu lassen — die unentgeltliche Verteilung ist getrieben — wird angenommen.

Die Resolution: Die moderne Frauenfrage ist das Ergebnis der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen Umwälzungen. Sie tritt deshalb in den verschiedenen Klassen auf, die der modernen Gesellschaft eigentümlich sind, nimmt aber in jeder derselben eine andere Form an.

Zu der Klasse der oberen Hunderttausend ist die Frau als Besitzerin eigenen Vermögens ökonomisch vom Manne unabhängig, aber als Ehefrau ist sie rechtlich ihm noch vielfach unterworfen und kann in der Regel nicht frei über ihren Besitz verfügen. Der Besitz führt in dieser Klasse zur Selbstehe und zu ihrem Gegenstand dem Ehebruch; er fördert die Auflösung des Familienlebens und entbehrt die Frau ihren Pflichten als Gattin und Mutter. Im Vordergrund der Forderungen, welche die Frauen dieser Klasse stellen, steht die rechtliche Sicherung des Vermögensbesitzes und das freie Verfügungsrecht darüber für das weibliche Geschlecht. Der Emanzipationskampf dieser Frauenklasse ist ein Kampf für die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, die nicht auf dem Vermögensbesitz beruhen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet die letzte Stufe der Emanzipation des Privatbesitzes.

In der kleinen und mittleren Bourgeoisie, sowie in der bürgerlichen „Intelligenz“ wird die Familie durch wesentliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion zerlegt. Es wächst die Zahl der ehelosen Frauen, die dadurch auf eigenen Verdienst angewiesen werden; es wächst die Zahl der Familien, denen der Erwerb des Mannes nicht genügt. Die weiblichen Angehörigen dieser Schichten werden zur Erwerbsarbeit auf dem Gebiete der liberalen Berufe gedrängt. Im Vordergrund ihrer Forderungen steht deshalb das Recht auf gleiche Berufstätigkeit und Berufsbildung für beide Geschlechter, für völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten. Der Kampf der Frauen für diese Forderungen ist ein wirtschaftlicher Interessenkampf zwischen Männern und Frauen jener Schichten. Und da jeder wirtschaftliche Interessenkampf ein politischer wird, drängt er die Frauen auch zur Forderung der politischen Gleichstellung der Geschlechter. Erst durch die Verwirklichung dieser Forderungen erriingt die Klein- und Mittelbürgerin die volle Gleichstellung mit dem Manne.

Im Proletariat ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, das die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt und die Familie zerstört. Durch ihre Erwerbsarbeit wird die proletarische Frau dem Manne ihrer Klasse wirtschaftlich gleichgestellt. Aber diese Gleichstellung bedeutet, daß sie, wie der Proletarier, nur härter als er, vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Das nächste Ziel dieses Kampfes ist die Errichtung von Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sein Endziel ist die politische Herrschaft des Proletariats zum Zweck der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Verheerung der kapitalistischen Gesellschaft.

Als Kämpferin in diesem Klassenkampf bedarf die Proletarierin ebenso der rechtlichen und politischen Gleichstellung mit dem Manne, als die Klein- und Mittelbürgerin und die Frau der bürgerlichen Intelligenz. Als selbständige Arbeiterin bedarf sie ebenso der freien Verfügung über ihr Einkommen (Lohn) und ihre Person als die Frau der großen Bourgeoisie. Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechtes.

Die Agitation unter den proletarischen Frauen muß daher in erster Linie sozialistische Agitation sein. Ihre Hauptaufgabe ist, die proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu wecken und für den Klassenkampf zu gewinnen. Die Arbeiterin muß aus einer Schmutzkonturenin des Mannes zu dessen Kampfgenossin, aus einer hemmenden zu einer treibenden und thätigen Kraft im Klassenkampf werden. Die proletarische Frauenagitation muß sich also streng im Rahmen der allgemeinen Arbeiterbewegung halten und muß an alle Fragen anknüpfen, die für die Arbeiterklasse jeweilig von besonderer Wichtigkeit sind. Soweit bestimmte dringende Aufgaben nicht vorliegen, ist in der Agitation für Reformen einzutreten, die im Interesse der Proletarierin als Arbeiterin und Frau liegen. Insbesondere ist zu agitieren: 1. für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterinnenrechtes, namentlich für Einführung des gesetzlichen Achtstundentages zunächst wenigstens für die weiblichen Arbeiter. 2. für Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. 3. für aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe-Schiedsgerichten. 4. für gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechtes. 5. für volle politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, speziell für unbeschränktes Vereins-, Ver-

Sammlungs- und Koalitionsrecht. 6. für gleiche Bildung und freie Berufstätigkeit der beiden Geschlechter. 7. für die private rechtliche Gleichstellung der Geschlechter.

Hand in Hand mit der mündlichen muß die schriftliche Agitation unter den proletarischen Frauen betrieben werden. Als vorzüglichstes Mittel, Anregung und Ausklärung unter die Massen der noch indifferenten Proletarierinnen zu tragen, empfiehlt sich die periodische Verbreitung von Flugblättern, die bestimmte, praktische Fragen behandeln. Zur weiteren Belehrung und Schulung sind besonders Broschüren geeignet, die der Proletarierin den Sozialismus näher bringen und zwar als Arbeiterin, als Frau und vor allem auch als Mutter. Die sozialdemokratische Presse muß systematisch für die wirtschaftliche und politische Ausklärung der proletarischen Frauen wirken.

Die Anträge 40 und 60 werden abgelehnt. Die Anträge 61 und 110 werden angenommen. Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: Das Proportional- Wahlssystem.

Ein Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusehen, wird von Schöpslin begründet, von Bär-Grefeld mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß gerade über diesen Punkt unseres Programms große Unklarheit unter den Genossen im Lande herrscht.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entwickelt sich über diese Angelegenheit. Bunte und Boigt-Berlin treten für die Beseitigung der Proportionalwahl ein. Förster-Hamburg: Eine eingehende Erörterung dieses Punktes ist doch nicht möglich. Es sei denn, daß alle übrigen Anträge wieder en masse der Parteileitung überwiesen werden. Es ist aber besser, sie endlich einmal gründlich zu beraten. Wenn unsere Genossen nur in der Frage der Proportionalwahl unklar sind, so läßt sich das noch ertragen. Die Proportionalwahl ist doch schließlich nur eine akademische Frage. (Beifall.)

Der Antrag auf Absehung des Punktes der Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen. Es folgt Punkt 10: Anträge zum Parteiprogramm.

Zur Debatte gestellt werden die Anträge: 15. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Das Proportionalwahlrecht ist im Programm zu belassen und möglichst näher zu bestimmen.

16. Die Parteigenossen Müller, Hansen und Schröder in Flensburg: Dem Punkt 6, Absatz 2 des Programms ist eine präzisere Fassung zu geben, die jedes Mißverständnis ausschließt.

17. Genosse Hahn in Offenbach: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in Zukunft für die Reichstags-Wahlen das Proportional-Wahlrecht und zwar in folgender Weise: Eintheilung Deutschlands in einen Wahlkreis. Beseitigung der Personenwahl. Abgabe der Stimmzettel, versehen mit der politischen Anschauung, Abstimmung an einem geschützten Ruheort. In bezug auf die Vertreter, Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien. Entschädigung für die von der Partei bestimmten Vertreter.

Antrag 16 findet nicht die genügende Unterstützung. Der Antrag 15 wird zurückgezogen. Der Antrag 17 wird durch den Beschluß, die Proportionalwahl nicht zu besprechen, für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 11: Sonstige Anträge. Singer: Der Parteitag ist damit einverstanden, daß wir diese Anträge in drei Kategorien teilen.

Die erste betrifft den Ort, wo der nächste Parteitag tagen soll, die zweite seine Tagesordnung, die dritte umfaßt verschiedenartige Anträge. Ueber den Ort des nächsten Parteitages wird schriftlich abgestimmt werden.

Mit der Frage des Ortes des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge: 18. Parteigenossen des 1. und 8. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg stattfinden zu lassen.

19. Parteigenossen in Darmstadt: Den nächsten Parteitag in Darmstadt stattfinden zu lassen.

20. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt stattfinden zu lassen.

21. Parteigenossen in Weiden: Den nächsten Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

22. Parteigenossen in Bochum: Den nächsten Parteitag in Bochum stattfinden zu lassen.

23. Parteigenossen in Karlsruhe: Den nächsten Parteitag in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

Und Antrag 106, der als Ort des Parteitages Mainz vorschlägt.

Von diesen Anträgen finden nur die Anträge 18, 21 und 106 die genügende Unterstützung, während der Antrag 23, der für den nächsten Parteitag Karlsruhe vorschlägt, zurückgezogen ist. Es handelt sich also darum, ob der Parteitag in Hamburg, Hannover oder Mainz abgehalten werden soll.

Mollenbuhrt tritt für Hamburg ein. Es sei schon oft der Wunsch laut geworden, einen Parteitag in Hamburg abzuhalten, aber stets habe man eingewandt, daß Hamburg zu weit von dem Mittelpunkt Deutschlands entfernt sei. Die Strecke von Hamburg bis zu nächsten Grenze betragen aber nur 152 Kilometer, während z. B. Mainz 212 Kilometer von der russischen Grenze entfernt sei. Die Hamburger hätten mit Rücksicht auf die Thätigkeit der dortigen Genossen einen Anspruch darauf, einmal den Parteitag bei sich zu sehen. Nachdem wiederholt nahe an der Grenze Parteitage stattgefunden, sei es eine Zurücksetzung, wollte man jetzt nicht nach Hamburg gehen, das ja von überall her leicht zu erreichen sei. In Hamburg seien die Delegierten auch sicher, daß sie nicht erst eine Landreise zum Parteilokal zu machen hätten. (Heiterkeit.)

David spricht den Wunsch aus, den Parteitag in Mainz abzuhalten. Hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß dadurch in agitatorischer Beziehung etwas erreicht wird.

Wichle vertritt den Antrag, den Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

Hömelburg tritt für Hamburg ein. Alle Vorzüge Hamburgs könne er nicht schildern, sonst würde ja Hamburg sofort einstimmig gewählt werden. (Heiterkeit.)

Hülle-Erfurt weist darauf hin, daß die von Mollenbuhrt aufgestellte Berechnung der Entfernung Hamburgs falsch sei, daß zwischen liege die Ostsee, die bis zum nächsten Jahre noch nicht bediebt sein würde. (Heiterkeit.) Auch die Wohnungsverhältnisse Hamburgs seien schlecht. Er empfehle Mainz. Im vorigen Jahre hätten sich ja die Hamburger selbst dagegen gesträubt, daß in Hamburg der Parteitag abgehalten werde. Man habe dann damals auf die schlechten Saalverhältnisse aufmerksam gemacht. Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Während der Abstimmung, die eine schriftliche ist, wird in die Beratung der Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages eingetreten.

Singer: Ich hätte gegen die Beratung dieser Anträge ja an sich nichts einzuwenden, aber gegenüber den vielen Schwirrigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Referenten für die Feststellung der Tagesordnung herausstellen und bei der Wichtigkeit der Punkte schlage ich Ihnen vor, Sie überweisen sämtliche Anträge dem geschäftsführenden Ausschuss. Diesem Antrage entsprechend wird beschlossen.

Es folgen verschiedene Anträge. Den Antrag 90, betreffend die Errichtung eines Bureaus zur Erhebung von Rath in Reichsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten, begründet Emel mit dem Hinweis auf die hinlänglich bekannten Verhältnisse im Gebiet des Königs Stumm. Die Rechtsanwälte und Richter ständen dort unter dem geistigen

Einfluss des Fabrikdirektors, mit dem sie im Kasino verkehrten. Nicht einmal die Bergarbeiter fanden Schutz und deshalb habe schon der katholische Volksverein und die christlich-soziale Partei ein Rechtsbureau errichtet. Das Bureau der christlich-sozialen Partei sei für die Partei bereits weggegangen. Ein solches Bureau würde der Partei zum Vorteil gereichen.

**F a u n t u c h:** Ich meine, daß der Parteitag sich mit derartigen Fragen überhaupt nicht beschäftigen solle. (Sehr richtig!) Was dem Saargebiet recht ist, ist in anderen Kreisen, namentlich Ost- und Westpreußen, billig. Um all diese Wünsche zu befriedigen, würden aber unsere Mittel nicht ausreichen. (Sehr richtig!) Ein Rechtsbureau, das nicht in allen Fragen des Rechts und des öffentlichen Lebens sichere und prompte Antwort zu erteilen vermag, wird eher schaden als nützen.

**L e g i e n:** Ueber die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit eines solchen Rechtsbureau und Auskunfts-bureaus dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen. Ich bin gegen den Antrag, weil gerade im Saarrevier bei einem wöchentlichen Beitrag von 1 Pf. die Arbeiter ein solches Institut selbst erhalten können. Die Partei als solche kann dafür nicht eintreten.

Der Antrag wird abgelehnt.

**Antrag 62 (Wormen) lautet:** Das Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage nach dem Parteitag der sächsischen Genossen muß als ein Verstoß gegen die Disziplin der Partei und deshalb als tadelnswürdig bezeichnet werden.

**Antrag 63 von Parteigenossen des 16. sächsischen Wahlkreises lautet:** Der Parteitag wolle die Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens in bezug auf die Wahlrechtsfrage und die Mandatsniederlegung nach der Landesversammlung das Mißfallen der Partei aussprechen.

Zur Begründung der Anträge spricht:

**M e l n e r - C h e m n i t z:** Es wurde uns nahe gelegt, diese Anträge zurückzugeben und der nächsten sächsischen Landesversammlung die Entscheidung zu unterbreiten. Wir konnten diesem Verlangen jedoch nicht nachkommen, denn wir sind Beauftragte unserer Genossen und haben deren Aufträge auszuführen. Der Redner giebt eine Darlegung des Streites. Die Landesversammlung der sächsischen Genossen in Dresden hat sich mit überwiegender Majorität dahin entschieden, daß die Mandate beizubehalten sind und daß sich die Genossen an den künftigen Wahlen zu beteiligen haben. Nun haben die Leipziger Genossen ihre Landtags-Abgeordneten Pinau und Goldstein trotz des Beschlusses der Landesversammlung aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Pinau ist dieser Aufforderung nachgegeben, Goldstein nicht, weil sein Mandat in nächster Zeit abläuft. Die Leipziger Genossen haben ferner beschloffen, sich an den Landtagswahlen nicht mehr zu beteiligen. Diese Vorgänge dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Wir gerathen auf eine schiefe Ebene, wenn wir das demokratische Prinzip durchbrechen. Mit der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Partei ist es sonst vorbei. (Zustimmung.)

**G e r i c h:** Ich bitte beide Anträge abzulehnen, da wir die Erledigung dieser Angelegenheit den sächsischen Parteigenossen selbst überlassen können.

**S c h o e n l a n t:** Ich kann mich dem nur anschließen und empfehle ihnen das auch. (Heiterkeit.)

**G e y e r:** Auch ich meine, wir brauchen den Parteitag nicht zu behelligen; wir sind in Sachen selbst Manns genug und werden selbst bei uns die Disziplin aufrechterhalten. (Bravo!) Wir haben bis zu den nächsten Wahlen noch eine Landesversammlung und wir sind davon überzeugt, daß die Leipziger Genossen sich den Beschlüssen derselben fügen werden. Mit Rücksicht auf diese Motivierung bitte ich Sie, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Die Anträge 62 und 63 werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. **Antrag 64 der Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises:** „Die Parteileitung wird beauftragt, alle drei Monate von den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte Bericht darüber einzufordern, welche Schritte in bezug auf Agitation unter den ländlichen Arbeitern resp. gegen die Besinde-Ordnung gethan worden sind“ — wird nicht begründet.

**W e i m d - G o s l a r** bittet um Annahme des Antrages im Interesse der Förderung der Agitation unter den Landleuten. **G e r i c h** hält den Antrag für überflüssig, da bereits der Antrag 107 vorliegt, wonach die Vertrauensleute jährlich einmal Bericht an den Parteivorstand zu senden haben.

Die Diskussion über Antrag 107 wird hiermit verbunden. **G e w e h r - E l d e r f e l d** begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Parteileitung Klage geführt habe, daß die Berichte zu mangelhaft eingeleitet seien.

Ohne Debatte wird Antrag 63 abgelehnt, Antrag 107 wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind sämtliche Anträge erledigt.

Als Sitz des geschäftsführenden Ausschusses wird einstimmig Hamburg bestimmt. Nach dreiviertelstündiger Pause wird Bericht der Beschwerekommission entgegengenommen.

**W i o s** berichtet über die Prüfung der Beschwerdeschrift der Frau Gubela in Berlin. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die sich sechszwanzigmal seit 1889/90 hingezogen hat. Alle Instanzen haben sich mit dieser hochwichtigen Angelegenheit (Heiterkeit) schon beschäftigen müssen. Die Beschwerdekommision beantragt, daß der Parteitag über diese historische Sache (Heiterkeit) zur Tagesordnung übergeht. (Beifall.)

Die Beschwerdeschrift der Frau Gubela wird durch Tagesordnung erledigt.

**G e r h a r d t** berichtet über die beiden anderen Beschwerden, die die Fälle Pistorius und Kießling in Braunschweig betreffen. Die Zerrwürnisse in Braunschweig schädigen nicht nur die dortige Organisation, sondern auch das Partei-Organ. Ein Schiedsgericht im Mai d. J. hat bereits Pistorius aus der Partei ausgeschlossen und Kießling für unfähig erklärt, ferner ein Partei-Amt zu bekleiden. Beide waren jahrelang Freunde und haben ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan. Aber andere Richtungen immer vereint nach Kräften angereizt. Im Frühjahr geriethen sie in Streit, Pistorius theilte dem Redakteur Jaech mit, daß Kießling sich in dem unseligen Bierbockst von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover durch die Summe von 800 Mark hat bestechen lassen. Jaech beging dann die Taktlosigkeit, die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Unser eigenes Parteiorgan wählte diesen Schmutz auf, während die gegnerische Presse viel milder darüber urtheilte, so daß man den Anschein gewann, als ob sich das Parteiorgan mit Behagen in diesem Schmutz bade. Das Schiedsgericht, das dann eingesetzt wurde, hat sich in etwa vier Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Es konnte nicht festgestellt werden, daß sich Kießling durch 800 M. habe bestechen lassen, wohl aber wurde erwiesen, daß Pistorius von dem Brauereibesitzer Kellermann in Hannover 500 M. erhalten hat. Hieron gab er 300 M. an Kießling als Entschädigung für Arbeitsleistungen, da Kießling das hannoversche Bier eingeführt und verschleht hatte. Sonderbarerweise hat Pistorius von den 500 M. 200 M. für sich behalten, die er dann verrechnet hat. Es war eine sehr unnoble Handlungsweise von Pistorius, daß er zwei Jahre lang über diese Vorkommnisse schwieg und erst dann damit herandrückte, als er sich mit Kießling verfeindet hatte. Gegen Kießling muß ferner der Vorwurf erhoben werden, daß er, ohne einen Schiedspruch abzuwarten, sich mittels der Faust Recht verschaffte, er, der kräftigere gegen den schwächeren Mann. Wir sprechen unser Bedauern um so mehr über diesen Fall aus, als Pistorius sowohl wie Kießling alte und erprobte Parteigenossen waren. Von beiden hat besonders Kießling seine Pflicht während des Sozialistengesetzes in vollem Umfange gethan. Um so bedauerlicher ist es, daß sie hierbei ihre persönlichen Interessen über das Parteiinteresse stellten! Es war für uns unter diesen Umständen die Entscheidung über das Vorgehen Kießling's sehr

schwer. Unsere Aufgabe war, möglichst zu vermitteln. Wir hoffen, daß es noch gelingt, den Frieden wieder herzustellen. Wir sind daher zu folgendem Beschluß gekommen:

Die Reuener-Kommission erklärt gegenüber der Beschwerde von Pistorius wegen seines Anschlusses an der Partei: Die gegen Pistorius angeführten Thatsachen sind an sich kein völlig genügender Grund, denselben aus der Partei auszuschließen. Dagegen herrscht unter den Braunschweiger Genossen schon seit längerer Zeit eine erklärliche Erbitterung gegen Pistorius, welche dieser durch unaufhörliche Reibereien und Intriguen hervorgerufen hatte. Das Bestreben, die Partei vor weiteren Schädigungen seitens Pistorius zu bewahren, hat zu dessen Ausschließung geführt.

Den Fall Kießling anlangend, erklärt die Kommission: „Die gegen Kießling angeführten Thatsachen reichen gleichfalls nicht aus, die gegen ihn getroffenen Maßregeln zu begründen, auch hat in gar keiner Weise erwiesen werden können, daß Kießling während des Braunschweiger Bierbockstoffs sich unläuterer Handlungen schuldig gemacht hat. Der Beschluß gegen Kießling entsprang vielmehr der Entrüstung über seine den Parteifrieden immer wieder störende Thätigkeit, zu welcher er ganz besonders die ihm übertragenen Ehrenämter ausgenutzt hat. Da nun die Braunschweiger Beschlüsse mit überwältigender Majorität gefaßt worden sind, so befürchtet die Kommission von der sofortigen Aufhebung derselben, daß ein neuer großer Zwiespalt unter den Braunschweiger Arbeitern entstehen würde. Die Kommission hält es für besser, vorläufig abzuwarten, bis eine größere Klärung der Parteiverhältnisse eingetreten ist und giebt den Betreffenden anheim, sich von neuem an den Parteitag zu wenden.“ Wir haben damit freilich keine der beiden streitenden Parteien befriedigt, aber wir haben den ausgeschlossenen die Möglichkeit gewährt, daß ihnen, wenn sie wieder mitarbeiten wollen, die Thür offen steht. Ich bitte Sie, dem Beschluß beizutreten und nicht zugleich an die Braunschweiger Genossen die Bitte, die Streitigkeiten, an denen doch nur unsere Gegner Freude haben, aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

**J a e c h s - B r a u n s c h w e i g:** Gegen den vom Berichterstatter gegen mich erhobenen Vorwurf muß ich mich entschieden verwehren. Ich war es gerade, der die Angelegenheit zuerst im Innern der Partei erledigt wissen wollte. Aber es lag ein Beschluß des Arbeitervereins vor, die Sachen sofort, womöglich in der nächsten Woche vor eine Generalversammlung zu bringen. Ich habe vorgeschlagen, eine Kommission zur Prüfung der Beschwerden gegen Kießling zu wählen und das Material betr. die Verdächtigungen und Verleumdungen des Pistorius den Parteigenossen in meinem Blatte unterbreitet. Ich hielt dies für ebenso nützlich, als wenn die Angelegenheit nachher den Parteitag beschäftigen würde. Würde ich heute in einer ähnlichen Situation sein, so kann ich allerdings versichern, einen ähnlichen Artikel würde ich nicht veröffentlicht. (Beifall.) Wenn man aber so ganz frisch in einen solchen Degenkessel wie Braunschweig kommt, so wirkt das auf die Nerven.

Der Antrag der Kommission wird ohne Debatte angenommen.

Da die Mandatsprüfungs-Kommission noch nicht mit der Zusammenstellung des Resultats fertig ist, verlagert der Vorsitzende die Sitzung auf kurze Zeit. Nach der Pause erfolgt die Verkündung des Wahlergebnisses.

Zum Ort für den nächsten Parteitag ist Hamburg mit 114 Stimmen gewählt. Mainz erhielt 50 und Hannover 17 Stimmen.

Zu Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses werden gewählt Fröster, Mollenbuhr, Pfannkuch, Gerich und Könen, die 194, 194, 193, 191 und 160 Stimmen von 194 abgegebenen erhielten. Zu Kontrollleuten sind gewählt: Meister (mit 159 von 188 gültigen Stimmen), Frau Zeilke (118), Raden (109), Klees (94), Dübber (91), Meyner (84) und Dertel (76). Damit ist die Tagesordnung erledigt.

**V or s i t z e n d e r S i n g e r:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir stehen am Schluß unserer diesjährigen Arbeiten. Wir werden nicht von hier scheiden wollen, ohne den Gothaer Genossen unseren besten Dank auszusprechen, die, soweit es ihnen bei den mangelhaften Verhältnissen möglich war, alles aufgebieten haben, um uns den Parteitag so angenehm als möglich zu machen. (Bravo!) Sollte unseren Gothaer Genossen eine oder die andere Aeußerung zu Ohren gekommen sein über manche Unannehmlichkeiten, so wissen sie, daß sich solche Aeußerungen nicht gegen sie richten. Noch kann sich die größte politische Partei Deutschlands gegenüber der Bourgeoisie die Lokale, in denen sie tagen will, nicht selbst wählen, und so mußten wir dem Vorstoß der Gothaer Genossen folgen. Aber wir haben es nicht zu bereuen gehabt, denn die Gothaer haben alles aufgebieten, um uns diese Möglichkeit vergessen zu lassen. (Bravo!)

Unser Tagesordnung gemäß bezogen sich unsere Arbeiten hauptsächlich auf die inneren Angelegenheiten der Partei, wenn die gegnerische Presse geäußert hat, daß auf diesem Kongress keine großen Fragen zur Entscheidung kommen würden, so können wir ihr nicht ganz recht geben. Aber das wollen wir doch hervorheben, daß unser Weg zum Kongress gleichzeitig ein Siegeszug für die Partei gewesen ist. (Bravo.) Wir haben die Nachrichten von den Siegen unserer Genossen in Gotha und Hessen erhalten und so wie diese Siege ein freudiger Willkommensgruß für den Kongress gewesen sind, so ist die Thätigkeit unseres Parteitages selbst dazu angethan, die Partei in ihrem unaufhaltsamen Vormarsch zu kräftigen und zu stärken. (Bravo.)

Ohne Ueberhebung können wir sagen, daß uns der Verlauf des Kongresses vollkommen befriedigt. Auch da, wo es sich um erregte Auseinandersetzungen gehandelt hat, trat immer der ruhige, würdige und sachliche Ton zu tage, der sich von persönlichen Verlegungen fernhält. (Sehr richtig!) Das, was unseren Gegnern angeblich zum Gaudium gereicht, die Offenheit und Deutlichkeit, mit der wir uns ausgesprochen pflegen, das ist gerade die Stärke unserer Partei, das glänzendste Zeugnis für unsere Geschlossenheit und Einigkeit. (Bravo.) Dinge, die dem einen oder anderen unangenehm klingen, sind nicht imstande, auch nur ein Atom von der Partei abzusprennen. (Bravo.)

Drei Fragen waren es, mit denen wir uns hauptsächlich zu beschäftigen hatten. Die Frauenfrage, bei der die Sozialdemokratie durch die Diskussion und die Annahme der Resolution sich entschlossen hat, auch diesen dreifachen, vom Kapital, vom Gesetz und vom Mann geknechteten Bürgerinnen die Befreiung aus ihrem Joch zu verschaffen. Auch hier hat sich gezeigt, daß nur die Sozialdemokratie im Stande ist, alle auf die Frauenbewegung bezüglichen Fragen ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Nur mit und durch den Sozialismus wird es gelingen, auch die Frau zu befreien, ebenso wie wir im Kampfe stets für die Befreiung des ganzen Proletariats eintreten. (Beifalliger Beifall.)

Die zweite Debatte, die über die „Neue Welt“, hat die Arbeiterklasse auf der Höhe der geistigen Entwicklung gezeigt. (Beifalliger Beifall.) Mitten im tiefsten Elend, ausgebeutet vom Kapital, entrechtet von der bürgerlichen Gesellschaft, strebt die deutsche Arbeiterklasse nach geistiger Nahrung und will den höchsten Idealen des Menschenlebens, der Kunst, entgegengehen. Welche Partei kann sich außer der unserigen noch eine solche Diskussion leisten? Welcher Partei ist die Kunst noch ein Leitstern für die Bahn, die sie in Zukunft zu wandeln hat? (Beifalliger Beifall.)

Und die dritte Frage, die uns beschäftigt hat, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation, die Frage der Agitation, auch sie gehört zu den großen Fragen, die hier wiederum auf neue die Geschlossenheit der Sozialdemokratie gezeigt haben, nicht abzuweichen von dem Wege, den sie nach dieser Richtung hin in so erfreulicher Weise beschritten hat.

Auch dieser Kongress hat in der markantesten Weise zum Ausdruck gebracht, daß jene Faktionen der bürgerlichen Presse von einer Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung nicht als ein Hirngespinnst, bloß ein Phantom sind. (Bravo!) Die Sozialdemokratie weiß, daß die Gewerkschaftsbewegung von der allergrößten Bedeutung ist. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzogen, und die Gewerkschaften liefern die Rekruten, sie liefern die Soldaten für die politische Partei.

Und wenn wir nach Lage der Verhältnisse, gezwungen durch die gesetzlichen Bestimmungen, auch getrennt marschieren, das eine steht fest, in der Stunde des Kampfes werden die Gewerkschaften und die Partei stets vereint schlagen. (Beifalliger Beifall.)

So meine ich, dürfen wir befriedigt von unseren Arbeiten in die Heimath zurückkehren. Wir thun das in der Absicht, allüberall die Fahne der Sozialdemokratie hochzuhalten, sie da, wo es noch nicht der Fall ist, zu entrollen. Felt in diesem Entschluß bringen wir, wie wir es immer thun, als Beschluß unserer Arbeiten und als Versprechen für den weiteren Kampf unserer Partei der deutschen Sozialdemokratie ein Hoch aus. Die deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch! hoch! hoch!

Mit Begeisterung stimmt der Parteitag dreimal in dem Ruf ein.

Die Anwesenden erheben sich und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarckhalse.

Um 5<sup>1/4</sup> Uhr erklärt Singer den Parteitag für geschlossen.

**B e r i c h t i g u n g.** Meine Aeußerung über die Versammlungs-Berichterstatter des „Vorwärts“ ist in dem Bericht unseres Blattes falsch wiedergegeben. Daß unsere Berichterstattung eine mangelhafte sei, war von einem früheren Redner gesagt worden. Ich erklärte in bezug auf diese frühere Aeußerung: Die Thatsache habe darin ihren Grund, daß wir die gesuchten bürgerlichen Berichterstatter für die sozialistischen Blätter nicht gebrauchen können und uns aus den Reihen der noch ungeschulten Arbeiter die Berichterstatter herausnehmen und heranziehen müssen. Gotha-Siebleben, den 16. Oktober 1896.

W. Siebleben.

## Geriichts-Beifung.

Der Präsident des Kammergerichts zu Berlin, Dreukmann, hat am Freitag sein 50 jähriges Dienstjubiläum gefeiert.

**Wegen Bedrohung mit einem Verbrechen** wurde Freitag gegen unseren Parteigenossen, den Schankwirth **L e o p o l d M e y n e r**, vor dem Berliner Schöffengericht verhandelt. Meyner hat von dem Barbier Müller einen Keller abgemietet, in dem er seinen Biervorrath hält. Am 7. Juli d. J. verlangte der Klempnermeister Wagner als Hauswirth von dem Meyner den Schlüssel des Kellers, um nachzusehen, ob die Wasserleitung in Ordnung sei. Meyner verweigerte den Schlüssel, nahm aber den Botten des Wagner mit in den Keller und zeigte ihm, daß die Wasserleitung in Ordnung sei. Erwa eine halbe Stunde später hörte Meyner, daß der Wagner seinen Keller habe aufbrechen lassen und dabei sei, den Wasserhahn abzuschrauben. Er eilte in den Keller, fand die Thür geöffnet und den Wagner mit seinem Lehrling darin beschäftigt, den Wasserhahn abzuschrauben. Meyner forderte den Wagner wiederholt auf, sofort den Keller zu verlassen. Wagner ließ aber Meyner zurück und brauchte Schimpfworte gegen ihn, auch sagte er in die Tasche und sagte, er habe einen Revolver und ließe sich gar nichts befahlen. Meyner griff darauf nach einer gefüllten Weisbierkule und drohte den Wagner damit zu schlagen.

Meyner machte hierauf gegen Wagner Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Bedrohung. Der Staatsanwalt lehnte es ab, gegen Wagner vorzugehen, erhob aber gegen Meyner Anzeige wegen Bedrohung des Wagner mit dem Verbrechen des Todtschlags.

Nachdem in der getrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht der Sachverhalt, wie oben angegeben, durch die Zeugenaussagen festgestellt war, beantragte der Staatsanwalt selbst Freisprechung. Sein Verteidiger Rechtsanwalt **H e r z f e l d** schloß sich dem an, beantragte aber auch, dem Angeklagten die Kosten der Verteidigung zu ersehen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, lehnte aber den Antrag auf Erfaz der Verteidigungskosten ab.

**Wegen versuchter Nöthigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung** hatte sich Freitag der Arbeiter **P a d j e r z y n s k i** vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu verantworten. Padjertzynski war früher Postbote bei der Privatpost gewesen und hatte sich dem am 5. Juni d. J. ausgebrochenen Streik angeschlossen. Der Streik bewirkte bekanntlich die Erreichung kürzerer Arbeitszeit. Am 6. Juni stand der Angeklagte mit seinem damaligen Kollegen **G i e s e** an der Ecke der Papestrasse und Gerichstraße, als der Privatpostbote **Robert Krause**, der nach Ausbruch des Streiks von der Privatpost neu angestellt war, auf seinem Bestellwege vorbeikommt. Obwohl sich die Parteien nicht kannten, reichte Krause den beiden die Hand zum Gruß. Der Angeklagte stieß sie jedoch mit den Worten zurück: „Gehe ich Dir die Hand gebe, lieber schlage ich Dir in die Br...“ dabei soll er den Krause mit der Hand beinahe getroffen haben. Nach der Behauptung des Zeugen soll der Angeklagte dann noch geäußert haben: „Du Streikbrecher, Du Lump, Du mußt man die Knochen im Leibe zerbrechen. Wenn Du Nachmittag noch einmal die Tour gehst, dann schlagen wir Dich trumm und lahm.“ Der Zeuge Krause will dann in große Angst gerathen sein, deshalb habe er schließlich, um zu beschwichtigen, gesagt: „Am besten wär's, wenn ich auch aufhörte.“ Der Angeklagte lachte höhnisch und sah ihn (den Zeugen) „drohend und wild“ an. Krause erzählte den angeblichen Vorfall sofort im Bureau mit so lauter Stimme, daß ihn der Vorsteher hören mußte, und wollte die Nachmittags-Tour nicht machen, erklärte aber dann wieder, es wäre nicht halb so schlimm gewesen, wie er es darstellte. Der Angeklagte behauptete ganz entschieden seine Unschuld; auch sein Kollege **G i e s e** bezeugte, daß Angeklagter die inkriminierten Worte nicht gebraucht habe; er hätte es hören müssen, wenn sie gefallen wären, weil er direkt neben dem Angeklagten stand; nur die Worte beim Handreichen ließ dieser fallen. Er selbst giebt zu, daß er im Scherz „Streikbrecher“ gesagt habe. Man könne ihn doch nicht auf das Zeugnis eines Menschen verurtheilen, der unter seinem Eide nicht bei der Wahrheit bleibe. Krause habe nämlich behauptet, er sehe noch in Diensten der Privatpost; thatsächlich sei er jedoch von dieser Gesellschaft entlassen worden; er habe nämlich den bekannten Diamanten-Diebstahl beim Glasermeister **A d l e r** ausgeführt und sei deshalb zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Auf das Zeugnis eines solchen Mannes könne er nicht verurtheilt werden, das Vertrauen habe er zu seinen Richtern. Das Urtheil lautete auf einen Monat Gefängnis, der Staatsanwalt hatte sogar 6 Wochen Gefängnis beantragt.

**Aus Liegnitz** wird berichtet: Der frühere Pfarrer **Z h i e r g a r d** aus Siegersdorf im Kreise Bunzlau wurde von der hiesigen Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt wegen eines Sittlichkeitsvergehens, das er im März dieses Jahres in seiner Kirche verübt hat. Das Dienstmädchen des Kantors in Siegersdorf war am 25. März mit der Reinigung der Kirche beschäftigt gewesen. Der Pastor war hinzugekommen und hatte dann in der Sakristei einen unzüchtlichen Angriff auf das Mädchen gemacht. Die Folge war seine alsbaldige Anwesenheit und die demnächstige Verurtheilung. Der in den dreißiger Jahren stehende Mann war damals Wittwer und im Begriff gewesen, sich wieder zu verheirathen.

### Kokales.

**Achtung, 2. Wahlfreis!** Am Sonntag, den 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, findet bei Zubeil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung statt, auf welche die Parteigenossen und Genossen hiermit hingewiesen werden. Näheres besagt die Annonce in der Sonntagsnummer.

#### Die Vertrauensperson.

**Begabte, aber arme Gemeindefürer** können in Berlin, wenn sie schon mit 12 Jahren die 1. Klasse durchgemacht haben, zu weiterer Ausbildung freien Unterricht auf einer höheren Lehranstalt der Stadt erhalten. In den Realschulen können sie gleich in Quarta unter ungefähr ebenso alten und ebenso unterrichteten Schülern anfangen, auf Gymnasien und Realgymnasien aber — wo der fremdsprachliche Unterricht schon in der untersten Klasse beginnt, müssen sie erst nochmal nach Sexta zu meist neunjährigen Knaben, über die sie in den anderen Fächern längst hinaus sind. Ueber diese Einrichtung, die oft eine rasche Verbummelung und baldigen Wiederantritt der nicht genügend angeregten ehemaligen Volksschüler bewirkt, wird in der bürgerlichen Presse wieder einmal diskutiert. In der „Voss. Ztg.“ wird gefordert, entweder für ältere Schüler ein besonderes Gymnasium mit kürzerem Kursus zu schaffen und diesem die Freischüler aus Volksschulen zu überweisen, oder durch private Vorbereitung im Latein einen Eintritt mindestens gleich in Quarta zu ermöglichen. Die „Voss. Ztg.“ befürchtet von dem besonderen Gymnasium eine Verewigung der Absonderung der Gemeindefürer von den „höheren“ Schülern und eine Steigerung der sozialen Gegensätze, will es aber akzeptieren, falls es, ebenso wie aller anderen Schulen, mit der Gemeindefürer als gemeinsamer Grundlage organisch verbunden und der Besuch der Gemeindefürer als allgemeine Volksschule — wenn wir recht verstanden haben — obligatorisch wird. Die in der „Voss. Ztg.“ gemachten Vorschläge beweisen der „Voss. Ztg.“ beide, daß die Systemlosigkeit unseres Schulwesens so wie jetzt nicht fortbestehen kann. Uns beweisen die Vorschläge der „Voss. Ztg.“ wie der „Voss. Ztg.“ aus, daß die Schulfrage von der bürgerlichen Gesellschaft niemals gelöst werden kann und vielleicht nicht einmal richtig erkannt wird. Die schlimmste „Systemlosigkeit“ unseres Schulwesens — und volkswirtschaftlich zugleich eine Verschwendung ohne gleichen — besteht doch wohl darin, daß heute begabte Kinder armer Eltern mit wenigen Ausnahmen in den Volksschulen verkrüppeln müssen, während unbegabte Kinder reicher Eltern, ebenfalls mit wenigen Ausnahmen, mit Hilfe von Hauslehrern u. s. w. durch die höheren Schulen durchgedrückt werden können. Allerdings sieht auch der Verfasser der Note in der „Voss. Ztg.“ ein, daß arme Leute ihre Söhne nicht bis zum 18. oder 21. Jahre erhalten können, und weist darauf hin, daß zum Teil deshalb die Freistellen nicht in vollem Umfange beansprucht werden. Aber obwohl es ihm „aus vielen Gründen erwünscht“ wäre, „daß die wirklichen Talente aus ärmeren Familien der Zugang zu den höheren Lehranstalten nicht nur eröffnet, sondern auch erleichtert wird“, wagt er sich doch nicht hinaus über das besondere Gymnasium, das das Grundübel natürlich nicht beseitigen könnte. Die „Voss. Ztg.“ geht auf den Kernpunkt, die wirtschaftliche Lage der Eltern, überhaupt nicht ein, so daß nicht zu sehen ist, wie es erreicht werden soll, daß nicht bloß jeder die gemeinsame Elementarschule besuchen muß, sondern auch jeder, sofern er befähigt ist, die höheren Stufen des Schulsystems besuchen kann. Gegenüber dieser letzteren Frage erkennt die Streiterin darüber, ob das Bourgeoiskind die Volksschule oder eine besondere Vorstufe besuchen soll, ob das mit einer Freistelle beglückte Proletarierkind erst nach Sexta oder gleich nach Quarta oder auf eine besondere Schule kommen soll, sehr nebensächlich. Die Zahl dieser Ausgewählten ist garnicht einmal so groß, daß der Berliner Stadtverwaltung die Schaffung einer besonderen Schule lobnend erscheinen könnte. Angaben über die Uebernahme von Gemeindefürern als Freischüler sind uns bis 1893/94 bekannt. Von Oktober 1876 bis März 1894 wurden nur 474 übernommen, speziell 1889/90: 14, 90/91: 16, 91/92: 18, 92/93: 18, 93/94: 7. Nach Abzug der Wiederaufgenommene — nebenbei bemerkt: von 243 bis März 1890 Ausgeschiedene gingen nur 46 mit Militärszeugnis, 24 aus oberen Klassen, 84 mit Abiturientenzeugnis ab! — blieben im März 1890: 177, 1891: 140, 1892: 133, 1893: 180, 1894: 109. Der Ausgewählten sind also immer weniger geworden. Die Frage, wie dem Talent der Weg zu höherer Ausbildung zu sichern ist, kann mit solchen und ähnlichen, der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem Kram passenden Mitteln nicht gelöst werden.

Diese Frage, die den eigentlichen Kern der Schulfrage bildet, kann nur gelöst werden von der Arbeiterklasse, nur durch Umgestaltung der Gesellschaft in sozialistischem Sinne.

**Die authentische Feststellung des richtigen Familiennamens** macht einem Arbeiter große Schwierigkeiten, der bis zu seiner Militärzeit — ebenso wie seine Geschwister — den Namen Mehler, genannt Schrader führte. Von da an wurde ihm der Gebrauch des Namens Schrader untersagt und er nunmehr Mehler geschrieben. Ein behufs seiner handelsmäßlichen Vereinfachung von Pfarramt seines Geburtsortes angestellter Taufschreiber nennt ihn Mehler, welche Schreibart nun natürlich in die Register des Standesamts überging. Sein erster Sohn wurde wieder als Mehler, der zweite dagegen mit dem Namen Mehler eingetragen. Um Gewißheit über die richtige Schreibart seines Namens zu erhalten, wandte sich der Mann wiederum an das Pfarramt seiner Heimath und erhielt daraus den Bescheid, daß aus dem Taufschein seines Vaters hervorgehe, er heiße Mehler. Der Wittwar schien immer größer zu werden. Daher wandte sich der Mann behufs Richtigstellung seines Namens an das Kultusministerium, welches die Angelegenheit der Regierung zu Pragdeburg übergab. Diese ertheilte dem Gesuchsteller den Bescheid, daß sich bezüglich seines Familiennamens nichts sicheres feststellen lasse. Aufcheinend heiße er Mehler. Er wisse aber, da er auf den Namen Mehler getauft sei, auch ferner diesen Namen führen, falls er nicht beim Polizei-Präsidium von Berlin um Namensänderung vorstellig werde. Der Mann that das letztere, vom Polizei-Präsidium wurde ihm jedoch gerathen, sich an das Konsistorium der Provinz Brandenburg um Aenderung des Namens seines ersten Sohnes — der als Mehler in den Registern des Standesamts steht — zu wenden. Vom Konsistorium erhielt er dagegen den Bescheid, daß seinem Antrage nicht stattgegeben werden könne, denn es sei nicht erwiesen, daß sein richtiger Familienname Mehler sei, um so weniger, da seine sämtlichen Geschwister den Namen Mehler führen. Die Konfusion ist also noch nicht entwirrt, und der Mann mit dem zweifelhaften Namen hat die Wahl, geht auf behördliche Dokumente, sich nach Belieben Mehler, genannt Schrader, Mehler, Mehler oder Mehler zu nennen, während sein erster Sohn Mehler, der zweite aber Mehler heißt.

**Berliner Droschkentufcher am Zoologischen Garten.** In einem hiesigen Blatte lesen wir: Einem Boykott des Bahnhofes Zoologischer Garten seitens der Berliner Droschkentufcher wird jetzt ernstlich das Wort geredet. Veranlassung zu diesem eigenartigen Vorgehen ist die nicht gerade freundliche Behandlung, welcher die den Bahnhof anfangenden Berliner Droschkentufcher von jeher seitens Charlottenburger Polizeibeamten ausgesetzt sind. Ist es doch erst kürzlich vorgekommen, daß zehn am Bahnhof haltende Berliner Droschken Knall und Fall fortgesetzt wurden und die Kutscher ihre abgegebene Blechmarken zurück erhielten. Die dort herrschenden seitlichen Verhältnisse finden jetzt ihre Klärung in einem Antwortschreiben der Polizeidirektion an Charlottenburg auf eine an sie ergangene Beschwerde bezüglich des vorerwähnten Falles. In dem Schreiben wird nämlich dargelegt, daß der betreffende Polizeibeamte berechtigt war, die Berliner Droschken vom Halteplatz Bahnhof Zoologischer Garten fortzuweisen, da nach der Halteplatzliste nur 2 bis 26 Charlottenburger Droschken dort halten dürfen! Und dann heißt es wörtlich weiter: „Wenn trotzdem die Berliner Droschken nicht immer fortgewiesen werden, weil häufig die Charlottenburger Droschken nicht in genügender Zahl vorhanden sind, so berechtigt das noch keinen Berliner Droschkentufcher zu der Forderung, auf dem Halteplatz verbleiben zu werden.“ Die Berliner Droschkentufcher sind nun aber nicht willens, sich als Nothhelfer gebrauchen zu lassen und sich weiterhin der Gefahr auszusetzen, nach dem jeweiligen Ermessen eines Charlottenburger Polizeibeamten fortgesetzt zu werden; sie verlangen vielmehr gleiches Recht für alle, und darum wird jetzt energisch einem Boykott das Wort geredet, um das Publikum zu Beschwerden zu veranlassen und auf diese Weise die Polizeidirektion von Charlottenburg zur bedingungslosen Anerkennung der Berliner Droschkentufcher zu bewegen.

**Das Stundbild der heiligen Gertraud** auf der Gertraudenbrücke wird eine kleine Veränderung erfahren. Der Granitsockel wird um einige Zentimeter verringert, wodurch das Stundbild dem Beschauer näher gerückt wird. Außerdem soll die Verankerung mehr befestigt werden. Zu dem Zwecke ist gestern ein Gerüst auf der Brücke errichtet.

**Vergiftung durch Gänsefleisch?** Vor einigen Tagen erkrankte die in der Markussstraße wohnende Wittwe Sch., deren

Mutter und ihre beiden vier resp. sechs Jahre alten Kinder unter verdächtigen Erscheinungen. Der hinzugerufene Arzt, Herr Dr. Sternberg, konstatierte Vergiftung, welche vermuthlich durch den Genuß von Gänsefleisch hervorgerufen worden ist. Diese Annahme, daß das Fleisch der Gans vollständig mit Gift durchsetzt sei, hat eine recht bedauerliche Bestätigung gefunden. Die Aufwärterin der Frau Sch., sowie ein bei ihr in der Schneiderwerkstatt beschäftigter junger Mann hatten trotz des Verbotes sowohl seitens des Arztes als auch der Frau Sch. vorgestern von der fraglichen Gans gegessen und zwar die Aufwärterin von dem Rücken und der junge Mann von der Brust. Beide erkrankten wenige Stunden später außerordentlich schwer, ebenfalls unter Vergiftungsercheinungen. Alle sechs Personen befinden sich zur Zeit außer Lebensgefahr und die zuerst erkrankten wenige Mitglieder der Familie Sch. dürften bald wieder hergestellt sein. Die Reste der fraglichen Gans, die weder im Geschmack noch im Geruch auch nur im geringsten auffällig war, werden zur Untersuchung dem Reichs-Gesundheitsamt überwiesen werden.

**Das Einschreiten der Polizei** wurde Freitag Morgen durch einen sonderbaren Vorgang in dem Hause Fiontschirch, 50 veranlaßt. Dort hatte der Barbier Gustav Werner, der vorgestern aus der Gegend von Jossen nach Berlin zugereist ist, bei seinem zukünftigen Schwager, dem Schuhmachermeister H. übernachtet. Werner leidet zuweilen an der merkwürdigen Einbildung, daß man ihm gewisse Stoffe, die er selbst nicht genauer kennt, ins Wasser mische, um ihn zu Grunde zu richten. Da nun gestern Morgen Werner einen Eimer mit Wasser nahm, um damit zur Polizei zu gehen, und H. versuchte, ihm den Eimer wieder wegzunehmen, so entstand ein großer Lärm und Zusammenlauf im Hause, bis ein Schuhmann kam und Werner, den Hausbewohner mittlerweile in Gewahrsam genommen hatten, mit seinem Eimer mit zur Revierwache nahm. Dort mit seinem Verlangen abgewiesen, ging der Barbier nach der Charitee, um hier das Wasser auf die geheimnißvolle Mischung untersuchen zu lassen. Da er auch hier nichts ausrichtete, brach er mit dem Eimer zum Polizeipräsidium auf, das sich seiner wohl wird angenommen haben, nachdem er die Wohnung seines Schwagers hat verlassen müssen und so obdachlos geworden ist.

**Zu dem Ueberfall** auf den praktischen Arzt Dr. med. Eckert wird noch gemeldet: Herr Dr. E. war, als er die Sanitätswache aufsuchte, noch bei voller Befinnung, verweigerte jedoch auffälligerweise sowohl über seine Personalien als auch über die Ursache der Verletzungen jegliche Auskunft, so daß anzunehmen, daß Herr Dr. E. die Messerhelden nicht ganz unbekannt seien. Die Verletzungen, welche derselbe erlitten, sind furchtbar und werden ihn für die Dauer seines Lebens entstellen. Eine Schnittwunde erstreckt sich von der Schläfe aus über den Hals und die Schulter hinweg bis nahezu zur Hüfte. Durch dieselbe war die große Schlagader freigelegt und wäre die Wunde um ein Paar Zentimeter tödtlich gewesen. Durch eine Schnittverletzung am linken Handgelenk sind die sämtlichen Sehnen und Arterien desselben bis zur Pulsader durchschnitten, so daß die Hand nur lose am Fleisch herumterhing. Die übrigen Verletzungen am Hinterkopf erwiesen sich als weniger bedenklich. Herr Dr. E., der allerdings durch enormen Blutverlust stark geschwächt war, befindet sich — wie wir hören — zur Zeit nicht mehr in direkter Lebensgefahr.

**Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt** worden ist die Leiche des 47jährigen Schlägters August Schröder aus der Hufschmiedstraße 2. Schröder wurde gestern Nachmittag in seiner Wohnung von Krämpfen befallen und starb abends gegen 8 Uhr unter Vergiftungsercheinungen.

**Der Gefangene**, welcher sich vorgestern Vormittag im Moabitler Untersuchungsgefängnis dadurch das Leben nahm, daß er sich aus der vierten Etage über die Barriere der Rotunde schwang und hinabstürzte, war ein 64jähriger Mann von außerordentlichem Verstande, der tags zuvor wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an seiner eigenen Tochter, zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt worden war. Der Mann ist direkt mit dem Kopfe auf den harten Asphaltboden geschlagen, so daß der Schädel in mehreren Stücken auseinanderplatze und das Gehirn aus dem Pfriese lag. Derartige Selbstmorde sind schon wiederholt vorgekommen. Erst in der vorigen Woche stürzte sich ein 13jähriger Knabe aus der dritten Etage über die Barriere der Rotunde, doch kam er unversehrt davon, nur klagte er ein wenig über eine leichte Verstauchung des rechten Fußes. Die Gefängnisverwaltung wird sich nun wohl oder übel einmal entschließen müssen, die niedrige Barriere der Rotunde durch ein höheres Gitter gesicherter zu machen, oder in den höheren Etagen Fallnetze anzubringen, denn

### Rienzi.

#### Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.  
Ehe dieser furchtbare Vers zu Ende war, verließ Adrian, der wohl fühlte, daß unter solchen Orgien ihm keine Wahrscheinlichkeit für erfolgreiche Nachforschungen blühe, das entheiligte Gemach und floh, kaum Athem schöpfend, so groß war das Entsetzen, das ihn erfaßt hatte, bis er wieder in dem Hofe unter dem heißen, ungesunden, drückenden Sonnenlichte stand, das für die Szene, welche es beleuchtete, eine geeignete Atmosphäre schien. Gleichwohl beschloß er, den Ort nicht zu verlassen, ohne noch weitere Nachforschungen angestellt zu haben, und während er nachdenkend und ungeschlüssig außerhalb des Hofes stand, erblickte er ganz nahe eine kleine Kapelle, durch deren hohe Fenster schwach und durch das Tageslicht gedämpft, der Schein von Kerzen schimmerte. Er wandte sich gegen die Thür, trat ein und sah neben dem Allerheiligsten eine einzige Nonne knieend beten. Auf einem langen Tisch, an dessen Enden die Wachskerzen standen, deren Schein ihn herbeigezogen hatte, erblickte er in mehreren offenen Särgen die kaum erkennbaren Züge der Leichen, die sie enthielten. Adrian, durch die Heiligkeit und tiefe Trauer des Ortes ergrißen, und gerührt durch den Anblick jener einsamen und sich selbst aufopfernden Wächterin der Todten, kniete nieder und richtete inbrünstige Gebete zum Himmel. Als er sich, etwas erleichtert von den Gefühlen, die sein Herz bedrängten, wieder erhob, richtete sich auch die Nonne auf und erschrak, als sie ihn bemerkte. „Unglücklicher Mann“, sagte sie, mit einer schwachen und feierlichen Stimme, welche wie die eines Geistes erklang, „wie kommst Du hierher? Siehst Du nicht die Leichen, die ein Opfer der Pest geworden sind? Du atmest Luft, die den Tod in sich trägt! Fort von hier, und suche in dieser Verwüstung Dir einen Ort, an den der schreckliche Gast noch nicht gelangt ist!“  
„Die Gefahr erschreckt mich nicht“, erwiderte Adrian, „denn ich suche ein Wesen, dessen Leben mir theurer ist als mein eigenes.“

„Ich vernehme aus Deinen Worten, daß Du eben erst nach Florenz gekommen bist. Hier verläßt der Sohn seinen Vater und die Mutter ihr Kind. Wenn das Leben am hoffnungslosesten ist, dann klammern sich diese Wärmer eines Tages an dasselbe, als sei es das ewige Heil der Unsterblichkeit. Nur für mich hat der Tod keine Schrecken mehr. Lange von der Welt getrennt, seh' ich alle meine Schwestern sterben, die heiligen Häuser entweicht, die Kläre Gottes umgestürzt, und es liegt mir wenig daran, ob ich die letzte bin, welche die Pest verschont.“

Die Nonne hielt einige Augenblicke inne, und als sie das gesunde und kräftige Aussehen Adrian's bemerkte, seufzte sie tief und sagte: „Fremdling, warum fliehst Du nicht? Du könntest ebenso gut in die gefüllten Grabgewölbe und in die faulende Verderbnis des Todes treten, als in der Stadt ein lebendiges Wesen, das Du suchst, auffinden.“

„Heilige Schwester“, erwiderte der Römer, „ich bitte Dich, beantworte mir noch eine Frage. Du bist, wie mich dünkt, von der Schwärmerei dieses entweihten Klosters, sage mir, weißt Du vielleicht, ob Irene di Gabriini?“ Die Schwester des ehemaligen Tribunen Roms, welche sich bei der Abtiffin hier aufhielt, noch unter den Lebenden ist?“  
„Bist Du ihr Bruder?“ fragte die Nonne.  
„Ich bin ihr Verlobter“, erwiderte Adrian traurig.  
„O, Fleisch, Fleisch, wie bist Du mächtig selbst unter den Triumph und in dem Spital der Verderbnis!“ sagte die Nonne. „Eitler Mann, denke nicht an solche irdische Verbindungen, schließe Deinen Frieden mit dem Himmel, denn Deine Tage sind sicherlich gezählt!“

„Weib!“ rief Adrian ungeduldig, „zürne nicht über eine Verbindung, deren Heiligkeit Du nicht würdigen kannst. Ich frage Dich nochmals bei Deiner eigenen Goffnung auf Gnade und Barmherzigkeit, lebt Irene noch?“ Die Nonne erschrak über die Heftigkeit des jungen Mannes, und nach einem Augenblick, der den Liebenden eine qualvolle Ewigkeit zu sein schien, erwiderte sie: „Das Mädchen, von dem Du sprichst, starb nicht, wie“  
\*) Der Familienname Rienzi's war Gabriini.

so viele unserer Schwestern. Als die wenigen, die noch von der Seuche verschont worden waren, sich zerstreuten, verließ sie das Kloster, ich weiß aber nicht, wohin sie sich begeben haben mag, sie hatte Freunde in Florenz, ihre Namen sind mir jedoch unbekannt.“

„Gott segne Dich, heilige Schwester, Gott segne Dich! Seit wie lange verließ sie das Kloster?“  
„Seit vier Tagen haufen die Räuber und Bösewichter in dem Hause der heiligen Maria“, erwiderte die Nonne seufzend.

„Vier Tage? Und weiter kannst Du mir keinen Aufschluß geben?“  
„Nein, — doch bleibe, junger Mann,“ und die Nonne trat näher zu ihm und flüsterte ihm in das Ohr: „Frage die Becchini.“

Adrian trat erschrocken zurück, bekreuzte sich und verließ schnell das Kloster, ohne zu antworten. Er bestieg sein Pferd und ritt in das Innere der Stadt zurück. Wirthshäuser und Herbergen gab es nicht mehr, aber die Paläste der Bestorbenen standen den Lebenden offen. Er trat in einen derselben, ein fürstliches und prächtiges Gebäude. In den Ställen fand er noch Futter in den Krippen, aber die Pferde, deren Besiß zu jenen Zeiten in den italienischen Städten ein Beweis sowohl von Rang, als von Reichthum war, waren mit ihren Herren verschwunden. Der edle Ritter übernahm das Amt eines Stallknechts, zäumte das Pferd ab, band es an die Krippe, und als das ermüdete Thier, der Schrecknisse, die es umgeben, sich unbewußt, begierig über das Futter herfiel, wendete Adrian sich ab und murmelte: „Trenne Thier, möge die Pest Dich verschonen, und Du deinen Herrn mit einem leichten Herzen von hier forttragen.“ Eine geräumige Halle, mit Waffen und Bannern behangen, eine

\*) Dem gewöhnlichen Gebrauch in Florenz gemäß wurden die Leichen auf Todtenbahnen, durch Bürger von gleichem Range mit den Verstorbenen begleitet, nach ihren Ruhestätten gebracht, aber während der Pest konnten nur Menschen von dem niedrigen Pöbel durch ungehörige Belohnungen verlockt werden, die Todten zu behatten. Diese nannte man Becchini.

sonst kann es eines schönen Tages geschehen, daß ein mißliebiger Aufseher ganz unversehens über die Barriere fliegt und mit zerflatterten Gliedern unten liegen bleibt.

Die unglückliche Liebe hat sich Donnerstag Abend kurz nach 10 Uhr die 23jährige Schneiderin Marie Rothenburg in ihrer Wohnung Kiebitzstraße 11 erschossen. Sie war von ihrem Bräutigam verlassen worden. Die Kugel war in das Herz eingedrungen und hatte alsbald den Tod herbeigeführt.

### Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen von Tempelhof, Mariendorf und Umgegend! Wie schon früher, so bringen wir auch jetzt wieder den Parteigenossen die für unsere Ortschaften in betracht kommende politische Organisation in Erinnerung. Es genügt nicht, daß man bei der Wahl seine Stimme abgibt; Pflicht eines jeden Klassenbewußten Proletariats ist es, der Organisation anzugehören und für sie zu wirken. Die Gelegenheit dazu bietet der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend. Da es Aufgabe des Vereins ist, seine Mitglieder in politischer und wissenschaftlicher Beziehung zu belehren, so sollte es Pflicht eines jeden Genossen sein, sich dem Verein anzuschließen. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. bei Teutschbein in Marienfelde, die Lesesitzungen jeden Dienstag nach dem 1. und 15. bei Gerth in Tempelhof, Dorfstr. 10, statt. Am 18. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, ist Generalversammlung. Beitrittserklärungen nehmen zu jeder Zeit entgegen: für Tempelhof: die Genossen A. Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17, und A. Müller, Berlinerstr. 41; für Mariendorf: die Genossen Alph. Seeger, Adlerstr. 12, und G. Schneider, Bergstr. 19. Der Vorstand.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Ausstellung so schreibt die „National-Zeitung“, ist nicht ohne einen guten Witz zu Ende gegangen. Und der bei diesem Anlaß einen außergewöhnlichen Humor entwickelt hat, ist niemand geringeres als der Herr Amtsvorsteher von Treptow. Man hätte ihm das in der That nicht zugehört. Also am Donnerstag, während der Arbeitsauskunft sich zum letzten Scherzen Gange rüstete, zu der Schlußfeier, nach welcher unmittelbar die Hallen geschlossen werden sollten, und während draußen sich hunderte von Arbeitern sammelten, mit Art und Hammer des Rufes harrend, der an sie ergehen würde, um das Zerstückungswerk zu beginnen, traf ein amtliches Schreiben ein, schwerwiegenden Inhalts. Wer erräth wohl, was darin stand. Es wurde im Laufe der Ausstellung manches Räthsel aufgegeben, das schwer zu lösen war, beispielsweise die Gewichtsangabe des großen Schokoladenbroses von André Marguin und es haben sich einige Hunderttausend damit beschäftigt. Schwer wie die Aufgabe war, werden wohl doch einige sie annähernd gelöst haben. Immerhin war dies Räthsel ein Kinderpiel gegen die Frage: „Was mag der Amtsvorsteher von Treptow dem Arbeitsauskunft am Donnerstag noch mitgeteilt haben?“ Man darf darauf wetten, niemand erräth es. Und deshalb sei es gesagt: es traf die offizielle Bauerlaubnis für eine große Anzahl der Gebäude ein, darunter so umfangreicher Bauten, wie das Wohnfabrik- und Schulgebäude u. a. Wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, daß wir scherzen. Die offizielle Bauerlaubnis ist thatsächlich eben erst eingelaufen. Wenn man aber fragt, warum das wohl so sein mag, so können wir mit Hamlet antworten: „Es giebt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als eure Schulweisheit sich träumen läßt.“ Vielleicht weiß es Herr Hoffmann in Treptow selbst nicht.

Kommerzienrath Kühnemann, der auch bei Eröffnung der Ausstellung eine Rede gehalten hat, welche die alte Erfahrung bestätigt, daß Leute, die nach unten hin die Faust nicht so sehr zeigen können, nach oben hin den Rücken krumm halten, Kommerzienrath Kühnemann also sprach auch bei der Schlußfeier einige Worte, die nach der „National-Zeitung“ wie folgt ausklangen:

„So ist das vorherrschende Gefühl bei uns heute — in der Stunde des Schlusses dieses großen Werkes — das des Dankes und der Verehrung; es drängt uns zunächst dem ersten Ausdruck zu geben. Dank empfinden wir und sprechen ihn freudig aus vor allem jenem Sproß unseres erhabenen Herrscherhauses, der mit dem erlauchtem Namen der Hohenzollern unserer Ausstellung den Stempel königlicher Huld aufdrückte. Vater des Volkes, Schirmherrscher des Friedens, Förderer der heimischen Gewerbe waren Brandenburger Kurfürsten, Preussens Könige durch Jahrhunderte fleißig. Und wenn wiederum einer dieses edlen Stammes in so nahe Beziehung mit dem Bürgerfleiß des Landes trat, so empfinden wir solches mit aufrichtiger, in uns allen Dank als verstärktes Zeichen gesegneten, glücklichen Zusammenwirkens. Zum Ausdruck dessen, was wir stolz empfinden, erschalle

breite marmorne Treppe, deren Wände mit Gemälden in den glänzendsten Farben und harten Umrissen jener Zeit bedeckt waren, führten in große Säle und in Zimmer, in dem sammt'ne und in Gold gestickte Kleider umher lagen, die aber einsam und öde wie das Grab waren, und der Fremdling war Herr aller dieser Pracht! Er warf sich auf ein Ruhebett, denn er hatte mehrere Tage unausgesetzt zu Pferde zugebracht und war körperlich und geistig müde und erschöpft, aber er konnte keine Ruhe finden. Ungebuld, Besorgniß, Hoffnung und Furcht nagten an seinem Herzen und regten ihn fieberhaft auf, und nach einem kurzen und erfolglosen Versuch, seine eignen Gedanken zu beruhigen, stand er auf und ging durch die Zimmer in einer Hoffnung, die nur der Zufall erfüllen konnte.

Er sah wohl, daß er seinen Zufluchtsort in einer fürstlichen Wohnung gewählt hatte, und der ihn umgebende Glanz überstrahlte bei weitem die barbarische und rohe Pracht der weniger zivilisirten und nicht so reichen Römer. Hier lag die Laute, die vielleicht noch vor kurzem berührt worden war, das vergoldete und mit illuminierten Bildern gezierte Manuscript, dort waren Sessel und Stühle zusammengerückt, als habe eben erst eine Gesellschaft sie verlassen.

„Und dieselbe vernichtende Krankheit“, dachte Adrian, „läßt vielleicht auch bald den unwillkommenen Gast eben so verschwinden, als den früheren Besitzer.“

Endlich trat er in einen Salon, in dem ein Tisch noch mit Weinschalen, gläsernen Bechern, mit verblühten Blumen und halb verfaulten Früchten und Speisen bedeckt war. Auf der einen Seite führte eine Flügelthür eine breite Treppe hinab in einen kleinen Garten, in dem ein Springbrunnen seinen lebendigen Strahl noch emporschleuderte, das einzige lebendig Erscheinende außer dem Fremdling. Auf den Stufen lag ein rothsammetner Mantel und neben ihm der Handschuh einer Dame. Diese Reliquien schienen dem Herzen des Liebenden die letzte Huldigung und das letzte Liebeswort eines Liebenden anzudeuten. Er seufzte laut, und da er fühlte, daß er aller seiner Kraft bedürfen würde, so kehrte er in das Bankettzimmer zurück und füllte einen der Becher aus einer halb geleerten, mit Hyperwein gefüllten Flasche. Der Trunk erfrischte und belebte ihn. „Zieh“, sagte er, „wieder zu einem andern Geschäft! Ich will meine Nachforschungen fortsetzen,“ als er plötzlich

daher der Ruf: „Der hohe Protektor dieses großen Werkes Se. I. H. Prinz Friedrich Leopold lebe hoch — hoch — hoch!“

Auf den rauhen Boden nächtlicher Wirklichkeit führte Herr Goldberger die Aussteller mit der folgenden verückerten Wille zurück:

Der weite Rahmen, das eigentliche Gelände erzwangen wachsende Auswendungen. Daß der Garantiefonds in immerhin mäßigen Grenzen nicht unbeansprucht bleibt, kann den Erfolg unseres Werkes nicht beeinträchtigen.“

Der gegenwärtige Handelsminister Bresseld, sowie der frühere, Herr v. Verlepsch, hielten Reden, die ein öffentliches Interesse nicht haben.

Nachbenannten Gewerbetreibenden ist in Anerkennung ihrer Leistungen die von König Friedrich Wilhelm IV. gestiftete Medaille mit der Umschrift „Für gewerbliche Leistungen“ in Gold verliehen worden: 1. den Teppichfabrikanten Emil Beder und Hofbauer, 2. den Gobelinfabrikanten Wilhelm Zisch u. Co., 3. dem Kaufmann und Fabrikanten J. A. Heese, 4. der Firma Rudolf Bergog, 5. der Schuhwaarenfabrik von Oppermann u. Co., 6. dem Granitwerke von Kessel u. Köhl, 7. den Strichwebern P. Bimmel u. Co., 8. dem Möbelfabrikanten G. Pohl, sämtlich in Berlin, 9. der Deutschen Glasmosaik-Anstalt Puhl u. Wagner in Rixdorf, 10. der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaaren und Zinkguss vormals J. G. Spinn u. Sohn in Berlin, 11. der Aktiengesellschaft vormals H. Gladenbeck u. Sohn, Bildgießerei in Friedrichshagen bei Berlin, 12. der Stahlwaarenfabrik J. A. Hendels in Solingen, 13. der Firma Schulz u. Goldschmidt, Kunstschmiede- und Eisenkonstruktionswerkstatt in Berlin, 14. den Goldschmieden D. Vollgold u. Sohn in Berlin, 15. der Aktiengesellschaft für Anilinsofifikation in Berlin, 16. der Fabrik chemischer Produkte Kunheim u. Co. in Berlin, 17. den Seifen- und Parfümerie-Fabrikanten Treu u. Runglich in Berlin, 18. den Schokoladenfabrikanten Theodor Hildebrand u. Sohn in Berlin, 19. den Tabak- und Zigarren-Fabrikanten Loeser u. Wolff in Elbing, 20. dem Flügel- und Pianofortefabrikanten C. Beckstein in Berlin, 21. der Maschinenbauanstalt Aktiengesellschaft H. F. Gerdert in Friedrichshagen bei Berlin, 22. der Maschinenfabrik C. P. P. Fleck Söhne in Berlin, 23. der Maschinenbauanstalt, Eisengießerei und Kesselschmiede von C. Hoppe in Berlin, 24. der Maschinenfabrik und Eisengießerei von C. Hummel in Berlin, 25. der Maschinen- und Waffensabrik Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Ko. in Berlin, 26. dem Maschinenfabrikanten C. Schluders in Berlin, 27. der Maschinenfabrik und Kesselschmiede von R. Wolf in Magdeburg-Buckau und 28. der Optischen Anstalt von C. P. Götz in Schöneberg bei Berlin. Die von der Kaiserin verliehenen goldenen und silbernen Portraitmedaillen entfielen auf: Gruppe III, goldene Medaille: Regierungsbaumeister A. Slaps; silberne Medaille: Deutsche Vinoleumfabrik in Köpenick — C. G. Schuppmann — Kesting u. Thomas — A. u. D. Mack. Gruppe XI, goldene Medaille: H. Vian, Voflieferant; silberne Medaille: Götter u. Döring — C. Seppers — C. Leng. — P. Hartwig. Gruppe XIII, goldene Medaille: Rietschel u. Henneberg; silberne Medaille: G. Wittmann — Börner u. Herzberg — Elster — David Grove — Richard Goede. Gruppe XVIII, goldene Medaille: Verein für häusliche Gesundheitspflege; silberne Medaille: Zentralverein für Arbeitsnachweis — Kuratorium der Unfall-Station — Berliner Vaugenoffensicht — Verein für Volksbäder — Zentral-Bauverein — F. u. A. Lautenschläger.

Angaben über den Besuch der Ausstellung und ihrer einzelnen Veranstaltungen veröffentlicht ein hiesiges Lokalblatt: Die Hauptausstellung selbst wurde demnach besucht von etwa 3 500 000 zahlenden Personen. Da die Ausstellung während 168 Tagen geöffnet war, ergibt das einen Durchschnittsbesuch von etwa 20 800 Personen täglich. Kairo hatte 2 000 000, Alt-Berlin 1 700 000 Besucher aufzuweisen. Die elektrische Rundbahn von Gebärd-Raglo ist von 2 500 000 Personen benutzt worden, zu ihrer Beförderung wurden rund 40 000 Füge zu einem, zwei und mitunter auch drei Wagen abgelassen. Die Stufenbahn hat bei 141 Betriebsstagen zu zehn Stunden 960 000 Karten verausgabt. Die Marine-Schauspiele veranstalteten vor 1 600 000 Besuchern etwa 850 Vorstellungen; das Kaiserschiff wies 800 000 Gäste auf. Der Pavillon des Vereins für Feuerbestattung ist von 1 000 000 Personen aufgesucht worden. In der Sanitätswache der Ausstellung sind 2943 Erkrankungsfälle aller Art behandelt. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der in den Fischer'schen Stehbirnen verkauften Würstchen sich auf eine halbe Million beläuft; A. Hester hat in der Ausstellung etwa 100 000 Pfund Fleisch zu Wurst verarbeitet, was einem Material von 180 Rindern, 800 Schweinen oder 1200 Kälbern entspricht. Als Beifrost sind 7000 Brote und 70 Zentner Mostschick verbraucht worden.

Der letzte Abend in der Gewerbe-Ausstellung rief bei Ausstellern und Pächtern allgemeine Mißstimmung hervor, da

schwere Tritte in den benachbarten Zimmern hörte, sie näherten sich und Adrian sah zwei große Männer von abschreckendem Aussehen eintreten. Sie waren in lange schwarze Gewänder gekleidet, ihre Arme waren entblößt, und sie trugen unförmliche schwarze Masken, die bis zur Brust hinabfielen und nur in drei kleinen runden Öffnungen dem Licht und der Luft Zugang gewährten. Der Colonna zog sein Schwert halb aus der Scheide, denn die Erscheinung dieser wilden Gäste schien ihm seine Sicherheit zu gefährden.

„O“, sagte der eine, „der Palast hat heute einen neuen Bewohner bekommen. Fürchte uns nicht, Fremdling, jetzt ist Platz und Reichthum genug für alle Menschen in Florenz! Aber sie! da steht ja noch ein silberner Becher, wie kommt das?“

Mit diesen Worten ergriff der Mann den Becher, aus dem Adrian eben getrunken hatte, und steckte ihn in den Busen. Er wendete sich darauf wieder gegen den Ritter, dessen Hand noch an dem Griff des Schwertes haftete und sagte mit einem Lachen, das durch die Maske gedämpft und entstellt wurde: „O Signor, wir sind keine Rehlabschneider, der Unsichtbare erspart uns die Mühe! Wir sind ehrliche Leute, öffentliche Beamte, und kommen bloß, um zu sehen, ob heute Nacht die Karre hier anhalten soll.“

„Ihr seid also —“

„Beccini.“

Adrian schanderte. Der Beccini fuhr fort: „Und werdet Ihr Euch in diesem Hause aufhalten, so lange Ihr in Florenz bleibt, Signor?“

„Ja, wenn der rechtmäßige Herr es nicht in Anspruch nimmt.“

„Ha! ha! der rechtmäßige Herr? Der Palast ist jetzt unser aller Eigenthum. Seit der letzten Woche haben hier drei verschiedene vornehme Herrschaften gehaust, und ich habe sie alle weggeholt — alle. Es ist ein sehr angenehmes Haus und für uns eine gute Rundschast! Seid Ihr allein?“

„Bis jetzt, ja!“

„Beigt uns, wo Ihr schlaft, damit wir wissen, wo wir Euch holen sollen. Ihr werdet uns, wie ich sehe, in den ersten drei Tagen wohl noch nicht nötig haben.“

(Fortsetzung folgt.)

das erwartete große Schlusgeschäft vollkommen ausblieb. Das hohe Entree von 2 M. ließ nur verhältnismäßig wenige Besucher erscheinen, wiewohl die Dauerarten fast sämmtlich vertreten waren. Das Publikum zog sich größtentheils bereits um 7 Uhr zurück, so daß der Park zur frühen Abendstunde fast wie ausgestorben erschien. Nur in einzelnen Restaurants fanden noch Hochfestsfeier statt, welche sich die Angestellten in der Ausstellung einander gaben. Die meisten Etablissements schlossen in der Zeit von 8—9 Uhr. Besondere Mißstimmung verursachte es, daß bei dem hohen Entree die Sonder-Ausstellungen extra Eintrittsgeld erhoben. So kam es, daß die Kolonial-Ausstellung und Alt-Berlin im Laufe des Tages wohl von je kaum 1000 Personen besucht wurden. Pferdebahn und Stadtbahn fuhren nach 9 Uhr fast stets leer und gegen 11 Uhr mochte wohl der letzte Besucher die Ausstellung verlassen haben. Von den Pächtern wurden noch am Abend alle Vorbereitungen getroffen, daß am folgenden Morgen bereits mit der Ausfuhr der Ausstellungsgegenstände begonnen werden konnte.

Die Ausstellung und ihr Protektor. Die „National-Zeitung“ schreibt scherzhaft über die Schlußfeier der Gewerbe-Ausstellung: „Dem Hofe war niemand anwesend. Der Protektor der Ausstellung, Prinz Friedrich Leopold, welcher während der ganzen Dauer ihr oberhaupt ferngeblieben war, ließ sich auch diesmal durch einen Adjutanten vertreten.“ Es wäre zuviel verlangt, wenn man vom Bürgerthum erwarten wollte, daß es aus dieser Thatsache die entsprechenden Lehren zieht.

Auch die Volks-Badeanstalt der Gewerbe-Ausstellung soll den Besuchern des Treptower Parks erhalten bleiben; wenigstens hat die Direktion derselben jetzt, nachdem der Magistrat den Abbruch aller Ausstellungsbauten beschlossen hat, ein auf die Erhaltung der Anstalt abzielendes Gesuch eingereicht.

Die Unfallstation auf der Ausstellung ist mit dem heutigen Tage aufgehoben worden. Die Sanitätswache, die noch bis zum Abriß der Bauten bestehen bleibt, hat ihre Dienstzeit auf die Tagesstunden von 8 bis 6 1/2 Uhr verlegt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich noch kurz vor Schluß der Ausstellung in der Maschinenhalle. Eine in der Petroleumbrennerfabrik von Otto Müller beschäftigte Arbeiterin gerieth mit dem Zeigefinger der linken Hand unter die Stange und erlitt dadurch eine vollständige Zerkümmung des Fingers. Nach Auflegung eines Rothverbandes wurde das Mädchen per Droschke nach dem Krankenhaus Bethanien überführt. — Außer diesem Fall wurden noch zehn weitere Personen am letzten Ausstellungstage von der Sanitätswache behandelt.

### Geriichts-Beifung.

Gegen den Bankier Gustav Moser aus Berlin, Bellevuestraße 9, ist nunmehr doch Anklage wegen schuldiger Forderung erhoben worden. Herr M. hat am 8. Februar in der Bernauer Stadtkasse, deren Jagd er gepachtet hatte, den Förster Konrad von Hortschhaus „Waldater“ erschossen. Durch einen unglücklichen Zufall ging Moser's Gewehr beim Laden bzw. Zuschlagen los und die Ladung traf den so Schritt entfernt stehenden Förster Konrad so unglücklich in die Brust, daß nach einigen Minuten der Tod des Angefallenen eintrat. Der unglückliche Schütze wollte sich aus Verzweiflung selbst erschießen, wurde aber durch seine Jagdfreunde davon abgehalten, doch stellte er sich sofort dem Gericht. Die erste Strafkammer am Landgericht II hat es im Monat August abgelehnt, die von der Staatsanwaltschaft beantragte Erhebung der Anklage zu beschließen, die Staatsanwaltschaft hat aber hiergegen Beschwerde eingelegt und das Kammergericht hat nunmehr die Erhebung der Anklage angeordnet.

Die Zahl der Rechtsanwälte. Bei dem Landgericht I in Berlin sind jetzt 540, bei dem Landgericht II 119 Rechtsanwälte beschäftigt. Rechnet man die 72 bei dem Kammergericht fungirenden Rechtsanwälte hinzu, so ergibt sich die achtbare Zahl von 731 Vertretern dieser Berufs-kategorie für Berlin und Vororte.

Der Spaziergang der Junungsbrüder. Aus Dresden berichtet man uns: In aller Erinnerung haben gewiß noch die Sozialistenverurtheilungen wegen des Spazierengehens am 1. Mai 1894. Wir verwiesen damals darauf, daß die „Unzüge“ nur den Sozialdemokraten gegenüber verboten seien, während andere ruhig umherziehen können. Keumüthig büßen wir, dem heute sind einmal „gute Deutsche“, keine Rothen“, verurtheilt worden. — An einem schönen Sonntag hat die wohlgenährte Junung der Nadeberger Fleischermeister eine Partie in den idyllischen Urtwälder Grund unternommen. Eine Musikkapelle erheiterte die Gemüther und befriedigte ihr Kunstgenußbedürfnis. Doch das Anglist kommt wie der Blitz, in diesem Falle in der Gestalt des Forstgehilfen Hensel. Dieser stellte zunächst fest, daß der Veranstalter des Zuges ein gewisser Herr Moritz Hugo Tauchnitz, seines Zeichens ein Fleischermeister aus Nadeberg, war. Dieser hatte dem Beamten im Eifer begegnet: „Wir sind gute Deutsche, wir sind keine Rothen“. Darob die anderen im Chöre: „Jawohl, wir sind keine Rothen“. Inzesh der gestrenge Beamte ließ sich jedenfalls, von dem Grundjah „Wleches Recht für alle“ ausgehend, nicht abhalten, seines Amtes auch hier zu walten. Da rief ein Wegger ihm zu: „Sie mit Ihrem abgelebten Gesicht und Ihrem elenden verbleichten Mittel werden das Kraut auch nicht fett machen!“ — Der Beamte wollte den Namen dieses Beleidigers feststellen und fragte zu diesem Zwecke den Tauchnitz. Dieser verweigerte die Namensnennung und beging dadurch nach Ansicht der Anklage-Behörde eine Begünstigung. Da die Anklage auch auf dem Rückwege durch die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt den „verbotenen Umgang“ sorgfältig hatten, so stand die Strafsache vor dem hiesigen Schöffengericht an. Amtsrichter Dr. Ginsberg verhandelte am 14. Oktober gegen Tauchnitz wegen Vergehens gegen § 13 des Vereinsgesetzes und wegen Begünstigung und gegen den unterdessen ermittelten Fleischermeister Schode wegen Beleidigung. Wir wollen bemerken, daß auch hier Herr Ginsberg dieselbe Ausnahme machte, die er sonst mit Herren „besseren Standes“ in der Regel zu machen pflegt, nämlich daß die „Herren“ Angeklagten, denen Vergehen zur Last gelegt wurden, sich auf Stühle vor den Nichterlich setzen durften, während „gewöhnliche“ Angeklagte auf die Anklagebank müssen. Doch dies nur nebenbei. Die Angeklagten berufen sich wiederholt vor Gericht darauf, daß sie wohlgefinte, gute Staatsbürger, die ein ganzen Hausen Steuern bezahlen, und vor allen Dingen „keine Rothen“ seien. — Gegen den Forstgehilfen Hensel, der als Zeuge fungierte, wurden die „Wohlgefinten“ oft in einer Weise ausfällig, daß sie der Forstgehende warnen mußte. Sie sagten, sie hätten ihn für einen albernem Bauernburschen gehalten. Vors.: „Nun, er hatte sich doch legitimirt.“ Angell.: „So nen Wisch kann jeder zeigen.“ Vors.: „Nun ja, da hat er Ihnen doch den Wisch gezeigt.“ Jetzt fangen die Herren vom Hof wacker an darüber zu schimpfen, daß man in Sachen nicht einmal spazieren gehen könnte. — Tauchnitz wird nach einstündiger Verhandlung wegen Vergehens gegen § 13 des Vereinsgesetzes zu — 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis und wegen Begünstigung zu 25 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis und Schoder wegen Beamtenbeleidigung zu 150 M. Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis verurtheilt. Aus der Begründung, die sich im wesentlichen auf die gegen uns getrossenen Entschädigungen des Oberlandesgerichts stützt, hören wir heraus, daß das Urtheil nicht einstimmig gefaßt worden.“ Schwerlich werden die bürgerlichen Kreise aus diesem Fall die Nothwendigkeit erkennen, daß die Vereinsgesetze, nach denen man schodweise Sozialdemokraten und gar selten auch einmal einige Gutgefinte verurtheilt, einer freudlichen Umgestaltung mehr wie dringend bedürfen.



## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Henke, Raunynstraße 27:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1896. 2. Vortrag des Herrn Dr. Jösi über: Die Erforschung des Nordpols. Diskussion. 3. Antrag des Vorstandes und der Delegierten-Versammlung, betreffend Aenderung des Sammelwesens. 4. Verschiedenes. 141/3  
Mitgliedsbuch legitimiert. Im Interesse der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreichen Besuch  
Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

# Metallarbeiter.

Sonnabend, den 17., Sonntag, den 18. und Montag, den 19. Oktober 1896:

## 3 große öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen.

Referent in allen Versammlungen ist der frühere langjährige Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands, Landtags-Abgeordneter **Martin Segitz.**

### Berlin-Zentrum, Süden und Osten

am Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27e.  
Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Organisation der Unternehmer und was lehrt uns dieselbe?“ 2. Diskussion. 113/9

### Berlin Nord

am Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.  
Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Entwicklung der deutschen Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiterschaft.“ 2. Diskussion.

### Berlin-Moabit und Charlottenburg

am Montag, 19. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Kronenbrauerei (gr. Saal), Alt-Moabit 48-49.  
Tagesordnung: 1. Vortrag über „Unternehmer- und Arbeiterverbände.“ 2. Diskussion.

Pflicht aller in der Metallindustrie Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen. Die Agitationskommission des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

## Leder- und Galanterie-Arbeiter (Vorlesefeuille).

Dienstag, 20. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Henke, Raunynstraße 27:

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung der Lohnkommission. 2. Vortrag des Herrn Adolf Hoffmann über: Die zehn Gebote und die bestehende Klasse. 3. Verschiedenes. 952b  
Um zahlreiches Erscheinen bittet der wichtigen Tagesordnung halber **Die Lohnkommission.**

Ein jeder Kollege hat die Pflicht, die Sperre über folgende Werkstuden zu beachten: Heymann, Dresdenerstr. 82/83, Loth & Weinland, Dresdenerstr. 88/89, Krausemann, Adalberstr. 55, Bornemann, Schmidstr. 15.

## Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, 19. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

### Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Errichtung eines ständigen Bureaus. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Verschiedenes. 23/8  
Mitgliedsbuch legitimiert. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — Gleichzeitig wird um die Abrechnung der noch ausstehenden Sanssouci-Billets ersucht.  
Der Vorstand.

## Verein d. Maschinisten, Heizer u. Berufsg. Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Oranienstr. 51:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: 189/2  
1. Vortrag über die erste Hilfe bei Unglücksfällen mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufs. Referent: Dr. med. Friedeberg. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

### Sie wundern sich wohl

über die schöne weiße Wäsche Ihrer Nachbarin? Machen Sie auch einen Versuch mit dem echten

### Dr. Thompson's Seifenpulver

und Sie werden dasselbe von Ihrer Wäsche sagen können! Sie ersparen dabei viel Mühe, Zeit und Geld und werden die Stoffe mehr schonen als bei jeder anderen Waschmethode. Nur echt mit der Schwanmarke „Schwan“.

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonialwaaren-Handlungen.

**Achtung! Kein Laden.**  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 50231\*  
H. F. Dinslage,  
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Empfehle den Genossen mein  
**Weiß- und Vairischbier-Lokal.**  
Vereinszimmer mit Piano noch einige Tage frei. 959b  
Fr. Voigt,  
Fehrbellinerstr. 34, parterre.

## Arbeiter-Bildungs-Schule.

Der für das Winterhalbjahr geplante

### Fortschrittscursus

in

### Rede-Uebung

wird morgen, Sonntag, den 18. Oktober, vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale der **Nordschule**, Brunnenstr. 25, eröffnet. Die Leitung hat wieder Herr Heinrich Schulz übernommen.

1. Vortrag des Mitgliedes Herrn Oswald Lochmann (Drechsler) über: Die Entstehung der modernen Gesellschaftsklassen. Diskussion.  
Zur Teilnahme am Unterricht sind alle früheren Teilnehmer am Unterrichtsfach „Rede-Uebung“ berechtigt; als Gäste sind ausserdem die übrigen Mitglieder der Schule sehr willkommen.  
Der Vorstand.

### Kranken-Unterstützungs-

### n. Begräbnis-Verein der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, Langestr. 65:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 30/1  
2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

### Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise (Süd-Osten).

### Todes-Anzeige.

Am 15. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager ein treues Mitglied unseres Vereins, der Arbeiter

### Karl Hoppe

an der Profetierkrankheit.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus „Am Urban“, nach dem Emmaus-Kirchhof statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
242/2 Der Vorstand.

### Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

### Carl Ullrich

(Berlühof)

aus dem Leben geschieden ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Oktober, nachmittags 2<sup>1/4</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Brieg aus statt. 69/2  
Der Vorstand.

### Männer-Gesangverein Lorbeerkrantz,

gegr. 1879.

### Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 15. Oktober, starb unser Ehrenmitglied und langjähriger Vorsitzender, der Gastwirth

### Carl Ullrich

in Berlühof. 958b

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Oktober, nachmittags 2<sup>1/4</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Brieg aus statt.

### Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten sage ich meinen besten Dank für die so rege Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes. Ww. Kalanta.

Die Beleidigung, die ich gegen den **Klatsch Eintracht** ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre sämtliche Mitglieder des Klubs für ehrenhaft. 955b  
Ferdinand Graube, Restaurateur, Sauerstr. 50.

## W. Winkler

Gerichtstr. 18, früher Reinickendorferstr. 2g.  
Uhren- u. Goldwaaren-Verkauf. Reparaturen.

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 8243b  
**Barnimstr. 45.**  
Kassanien-Allee 101.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Genth-Strasse 2.

Soeben ist erschienen:

## Frauenfrage und Sozialdemokratie.

Reden

anlässlich des Internationalen Frauenkongresses zu Berlin.

Von Lily Braun-Gizycki.

Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Bei Partienbezug für Agitationszwecke hoher Rabatt.

Diese Schrift widerlegt in knapper, klarer und schöner Darstellung die in der bürgerlichen Frauenwelt gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterinnenbewegung herrschenden Vorurtheile und eignet sich somit ganz besonders zur Agitation für die sozialistische Frauenbewegung. 233/4

## Belle-Alliance-Theater.

Morgen Sonntag, den 18. Oktober, nachmitt. 3 Uhr:

### Volksvorstellung

unter Regie von **Julius Türk.**

Zum ersten Male:

## Die Komödie der Liebe.

Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von Philipp Schweitzer. Schwanbild: Hedwig Margot; Fräulein Skare: Ely Krudt; Falk: Heinrich Frey als Gast (Stadttheater in Halle); Goldstadt: Wilhelm Ruff; Lind: Rich. Jürgas (Singspiel-Theater); Stüber: Rich. Jaffé. Unter freundl. Mitwirkung eines Gesangsquartetts.  
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben. 228/8

## Bildungsverein „Mehr Licht“

(früher Ethische Gesellschaft).

Heute, Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Schweihergarten (am Königsthor) unser diesjähriges

## Stiftungs-Fest

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Fensfelder“ statt, bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, Festrede, gehalten von Herrn Dr. Jösi; Theater-Vorstellung und Gall.

Zur Aufführung gelangt:

**Entehrt! oder: Auf die Prämisse kommt's an!**

(Regie: Herr Paul Stempel.)

Entrees für Damen 30 Pf., für Herrn 50 Pf. inkl. Lang. Billets sind bei den Mitgliedern zu haben. 55/5

## Verband der Möbelpolirer.

Heute Abend in Keller's Festsälen, Kopenstr. 29:

## XI. Stiftungsfest.

Das Konzert wird von Zivil-Verfassungsmustern ausgeführt. Auftreten der Gesellschaft **Styzelewicz**. Zur Aufführung gelangt: Ein Zimmer zu vermieten oder: Für immer kurirt. — Prolog, gesprochen von Fräulein Fräulein. — Festrede, gehalten vom Kollegen G. Heuter. Zum Schluss: Das lebende Bild „Der Sieg der Freiheit“, ausgeführt von Mitgliedern des Verbandes unter gütiger Mitwirkung des Karthaus'schen Gesangsvereins. Während der Vorstellung im Speisesaal, nach der Vorstellung in beiden Sälen Lang. **Zusatz 8<sup>1/2</sup> Uhr.** Billets, Damen 30 Pf., Herren 50 Pf., sind in den Zahlstellen und bei **Kircken**, Kopenstr. 29, zu haben. 145/8  
Mitglieder (siehe § 8 des Statuts) haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches freien Eintritt.

Montag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Andreasstraße 26:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das antike und moderne Proletariat. Referent: Kollege **Händel**. 2. Diskussion. 3. Die Lohnverhältnisse bei dem Polizeimeister **Gehrhart** des Tischlermeisters Kluge, Fenchstr. 32. 4. Verschiedenes.  
Die Kollegen, welche die Sondervorstellung am 8. November, Vormittag 9 Uhr in der **Krania**, Taubenstraße, besuchen wollen, werden ersucht, recht bald sich mit **Billets à 60 Pf.** zu versehen, dieselben sind vom Montag ab in den Zahlstellen und bei den bekannten Kollegen zu haben. 145/8  
Der Vorstand.

## Verband aller im Handels- und Transportgewerbe besch. Hilfsarbeiter.

Sonnabend, den 17. Oktober 1896:

## Fünftes Stiftungsfest

verbunden mit

## Konzert, Festrede, Prolog, Gesang und Humoristischen Vorträgen

in der **Brauerei Friedrichshain**, Am Königsthor.

Während der Pausen: Auftreten des Berliner Original-Volkshumoristen **H. Lewandowsky** sowie der **Geschwister Grossely**. — Die Gesangsstücke werden vom Gesangs-„**Sanges-Club**“ (Mitgl. d. Arb.-Sängerb.) ausgeführt. Die Konzerte- und Ballmusik wird von der **Freien Vereinigung der Zivil-Verfassungsmuster** unter Leitung des Herrn **Raabs** ausgeführt.

Von 11 Uhr ab: **Großer Ball.**

Eröffnung 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 9 Uhr.  
Fest-Zeitung mit Programm am Eingang gratis.  
Billets sind im Bureau, Kommandantenstr. 25 1, in den Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. 75/6  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinen, Nervödten bei Befehl unsonst.  
**Gudiel**, Sauerstr. 2, Gassestr. 12 Steglitzerstr. 71, 1.

**Achtung!**  
**Johannisthal**, Lüdner's, Kurhaus, Kaiser Wilhelmstraße 6.  
Empf. meinen gr. schatt. Garten, Saal, Vereins-, Regelbahn, Billard, Sommerwohnung u. Ausspannung. [58448\*

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Buchbinder!** Der Streik in Berlin ist am Donnerstag, den 8. d. M., in der öffentlichen Versammlung bei Koller für beendet erklärt worden. Wir ersuchen nunmehr sämtliche Kollegen, die noch im Besitz von Sammelbüchern sind, schleunigst mit uns abzurechnen, damit wir baldigst die Abrechnung geben können. Die Lohnkommission. J. A.: Alb. Bergmann, Annenstr. 16.

**Die streikenden Steinseher und Kammer in Hamburg** appellieren hiermit noch einmal und dringend an das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter, sie in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, da sie sonst gezwungen sind, den Kampf wegen Mangels an Unterstützung aufzugeben. Es mag noch einmal bemerkt sein, daß sämtliche Streikende, 400 an der Zahl, organisiert sind und daß die Hamburger Steinseher-Organisation das Rückgrad des Steinseherverbandes ist. Die Adresse für Sendungen ist: Chr. Wiese, Hamburg, Niedereinstr. 50. Sammelbücher werden auf Wunsch durch den Vorstandsvorsitzenden geschickt. (Adresse: A. Knoll, Berlin NW., Waldenstr. 18.)

**Die Hamburger Schauerleute** (Stückgutarbeiter) beauftragen eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfs betreffend die Lohnverhältnisse, Regelung der Abenddrotspausen und des Durcharbeitens während der Kirchzeit an Sonntagen. Das Hauptgewicht wird auf die letzten beiden Punkte gelegt.

**Zu dem Urtheil**, das gegen die Altonaer Boykottkommission in Sachen des Mohr'schen Margarineboykotts vom Landgericht gefällt worden ist, bemerkt das „Hamburger Echo“: Alle drei Angeklagte sind schuldig befunden. Seine wurde zu drei Monaten und Herz und Stabbert zu je vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Die Urtheilsbegründung war sehr kurz. Es wurde nur gesagt, daß die Angeklagten durch den Hinweis auf die Folgen des Boykotts versucht hätten, den Forderungen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen, worin das Vergehen der verurteilten Erpressung zu erblicken sei. Deshalb das Strafmaß für Seine und seine Mitangeklagten so verschieden gewählt wurde, darüber wurde kein Wort geäußert. Sicherlich wird gegen das dem Ausbeuterheim Freunde berechnete Urtheil das Rechtsmittel der Revision eingelegt werden.

**Der Vorstand des Buchbinderverbandes** schreibt am Sonnabend, den 8. Dezember d. J. eine außerordentliche Urabstimmung aus, um die Frage zu entscheiden, ob die laut Statut im Januar nächsten Jahres vorzunehmende ordentliche Urabstimmung ausfallen und an ihrer Stelle ein Verbandstag abgehalten werden soll. Wird die Frage verneint, so findet die ordentliche Urabstimmung Sonnabend, den 23. Januar nächsten Jahres statt, wird sie bejaht, so wird der Verbandstag Sonntag, den 24. Januar und folgende Tage abgehalten werden können. Als Ort der Abhaltung des Verbandstages ist vorläufig Halle a. S. anzuordnen. In der Buchbinderorganisation ist den Mitgliedern das Recht gegeben, alle den Verband interessirenden Angelegenheiten im Wege der Urabstimmung zu regeln; eine solche Urabstimmung muß alle zwei Jahre im Januar vorgenommen werden; außer dieser Zeit dann, wenn ein Fünftel der Mitglieder es verlangt. Ferner kann der Ausschuss jederzeit eine außerordentliche Urabstimmung vornehmen, der Vorstand aber nur dann, wenn der Ausschuss zustimmt.

**Der Brauch, die Sperre über einen Ort zu verhängen**, wird im „Bauhändler“ abfällig beurtheilt. Er sagt: „Solche ewige Sperrezeiten sind thatsächlich ganz wirkungslos. Da sie höchstens von organisierten Kollegen beachtet werden, bewirken sie eine Ansammlung nichtorganisierter Kollegen an dem gesperrten Orte. Man kann höchstens vor Zugang nach den Orten warnen, weil dort nichts zu holen ist.“

**In Lübeck** legten auf dem Thiel'schen Emaillierwerk sämtliche Schlosser und Dreher wegen Entlassung eines Kameraden die Arbeit nieder. Wenn es nicht noch zum Frieden kommt, so werden infolge dieses Ausfalls die übrigen Arbeiter des Werkes gezwungen sein, ebenfalls zu streiken.

**Eine Konferenz der Lederarbeiter Schleswig-Vollsteins**, die in Elmshorn tagte, beschloß die Einsetzung eines Agitationskomitees für diese Provinz, das in Elmshorn seinen Sitz haben soll.

**Das Solinger Gewerkschaftskartell** hat mit sieben gegen drei Stimmen einen Antrag abgelehnt, worin gesagt war, daß die Geschäftsleitung der „Bergischen Arbeiterstimme“ sich betreffs der Einstellung von nicht dem Verbandsangehörigen Sehern in keiner Zwangslage befinden habe. Dagegen wurde folgende Resolution angenommen: „Das Gewerkschaftskartell erwartet, daß das jetzige Personal der „Berg. Arbeiterstimme“

sich dem deutschen Buchdruckerverband anschließt und daß die Leitung der „Berg. Arbeiterstimme“ dafür sorgt, daß von Anfang des nächsten Monats ab nur organisierte Buchdrucker dort beschäftigt werden.“

**In Düsseldorf** stellten 8 Tischler der Firma Valentin Benzen wegen Lohnminderungen die Arbeit ein.

**Unter den Bergleuten Sachsen**, deren Landesverband bekanntlich wegen angeblicher Gesetzwidrigkeiten aufgelöst wurde, ist eine Bewegung im Gange, um sich in Masse dem Deutschen Bergarbeiter-Verband, und zwar als Einzelmitglieder, anzuschließen. Die Bergleute des Plauen'schen Grundes bei Dresden haben schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt, die in den übrigen sächsischen Revieren werden ihnen voraussichtlich folgen.

**Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler zc.** (C. S.) hält am 28. Dezember und folgende Tage in Koburg ihre 14. Generalversammlung ab.

**Die Verwaltung der Porzellanfabrik in Triptis i. Th.** theilt in einem „vertraulichen“ Zirkular, das im Gehilfenorgan „Die Rheinische“ veröffentlicht wird, über den Stand des Streiks mit, daß 21 der Ausständigen bedingungslos zur Arbeit zurückgekehrt seien, 79 Mann aber den Streik fortsetzen. In dem Zirkular werden die Porzellanfabrikanten himmels hoch gebeten, die Streikenden nicht zu beschäftigen, was „leider“ trotz der versandten schwarzen Listen schon geschehen sei.

**Die Magistratspraktikanten Wiens** erörterten in einer gut besuchten Versammlung die Nothwendigkeit der Besserung ihrer Lage. Der Versammlung wohnten die Reichsraths-Abgeordneten Bernerstorffer, Pattai und Polzhofer bei. Aspirant Sebold schilderte die Verhältnisse in der städtischen Buchhaltung, wobei er u. a. die jämmerlichen Anwartschaftsverhältnisse ans Licht zog und Abschaffung der tageweisen Beschäftigung verlangte. Andere Redner sprachen über die ebenso traurigen Verhältnisse des Steueramts, der Veterinärabtheilung zc. Mitgetheilt wurde dabei, daß die thierärztlichen Praktikanten eine 12-14stündige Arbeitszeit haben! Bernerstorffer führte in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede aus: Auch Sie, meine Herren, kann nur das Zauberwort Solidarität zum Siege führen, und wenn Sie einig sein werden, dann müssen Ihre Wünsche erhört werden, dann werden Sie siegen! Die Versammlung stimmte schließlich einstimmig den von den Einberufern für die einzelnen Verwaltungszweige gemachten Verbesserungsansuchen zu und bestimmte, daß diese Vorschläge den kompetenten Faktoren mit der Bitte unterbreitet werden sollen, sie zur Grundlage einer baldigen durchgreifenden und besseren Regulierung der Verhältnisse der städtischen Praktikanten zu machen.

**Arbeitsverhältnisse in Sibirien.** Die Arbeiter des Bergwerks Malomaski, die einen Tagelohn von nur 30 bis 40 Kopelken bekamen und infolge dieses geringen Lohnes in große Schulden gerathen waren, verließen ihre Arbeit und gingen nach Nerchinsk, um dort beim Bau der Eisenbahn, wo die Arbeitsbedingungen relativ besser sind, Arbeit zu bekommen. Von ihren früheren Arbeitgebern verfolgt, wurden sie in Nerchinsk zuerst von der Polizei verhaftet, dann auf Befehl des Staatsanwalts wieder auf freien Fuß gesetzt und schließlich auf Befehl des Chefs der Bergpolizei wiederum verhaftet und sehen gegenwärtig im Gefängnis einer Gerichtsverhandlung entgegen.

**Ein Fischereibesitzer in Tomsk** ließ sich 200 Fische von der Wolga kommen. Diese, sehr unzufrieden mit der schlechten Nahrung und den schlechten Fischereigeräthen, womit sie arbeiten mußten, stellten die Arbeit ein. Die Behörden sahen sich auch hier veranlaßt, gegen die streikenden Arbeiter einzuschreiten.

## Soziales.

**Zur Schulbildung der Rekruten in Preußen.** Im Erziehungsjahre 1895/96 sind bei den Landkrieger und der Marine im ganzen 151 468 Mannschaften eingestellt worden, unter denen sich 348 oder 0,22 v. H. (gegen 248 v. H. im Jahre 1877/78) ohne Schulbildung befanden. Für die einzelnen Provinzen stellt sich das Verhältniß der Analphabeten folgendermaßen: Rheinprovinz, Hohenzollern und Schleswig-Vollstein 0,00, Hessen-Nassau 0,01, Westfalen 0,02, Sachsen 0,04, Pommern, Hannover 0,05, Brandenburg 0,13, Schlesien 0,26, Westpreußen 0,66, Ostpreußen 0,74, Posen 0,93.

**Über 10 000 Weber** sind, wie im „Textilarbeiter“ berichtet wird, in Breslau und Umgegend augenblicklich ohne Beschäftigung. Das Elend ist groß.

**Der Baseler Kantondrath** hat infolge eines Antrages unserer Genossen die Monatslöhne der ungelerten Bauamtsarbeiter von 100-120 Fr. auf 110-130 Fr. erhöht.

**Aufführung seines Erstlings** plaudert, ging den paprizierten „Vochsprängen“ voraus.

**Im Schiller-Theater** wird heute zum ersten Male „Mänchhausen“, Lustspiel in 1 Akt von Manuel Schüster und Martin Flesch, und „Der Zeriffene“, Pöffe in 3 Akten von Johann Nestor, gegeben. Morgen, Sonntag, kommt nachmittags 3 Uhr das Wälder'sche Lustspiel „Ein Schritt vom Wege“, abends 8 Uhr „Viel Lärm um Nichts“ mit Fräulein Marie Gündel als Beatrice zur Aufführung.

**Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater** errang am Donnerstag das Lustspiel „Lili“ von Francis Stahl einen überaus lauten Erfolg. Das Stück soll vor Jahren am königlichen Schauspielhaus aufgeführt worden sein, und in dies Institut paßt es auch. Es ist die alte kindliche Geschichte von dem draven Hauslehrer, der bei Kommerzienraths die emporgeschossenen Kinder Moral lehren soll, und hierbei nicht vergißt, nach dem reizenden Töchterchen zu angeln. Dies wird ihm um so leichter, als der von der hochgeborenen Mama bestimmte ahnenreiche Bräutigam ein so unwürdiges soziales Wesen ist, daß selbst vom Publikum des Schauspielhauses ihn niemand als sein Ebenbild erkennen würde. Er kennzeichnet den Mißbrauch, der gegenwärtig mit dem Namen „Volks-Theater“ oder „Volksbühne“ getrieben wird, daß man ungeachtet in diesen Häusern ein Ragout serviren darf, das selbst in den zurückgebliebenen Theatern theuren Kalibers nicht mehr munden will. Die Aufführung war von zwei Seelen bewegt. Ein Theil des Personals that sich noch an der gepreizten Sprechweise gütlich, die im National-Theater immer so wunderschön gefunden wurde, und andere, namentlich jüngere Mitglieder, suchten mit oft glücklichem Gelingen natürlich zu sprechen. Zur ersten Kategorie zählte Fräulein Lina Doppel, und auch der Darsteller des Schulmeisters, Herr Lichy, neigte, wenn auch minder unangenehm, nach dieser Richtung hin. Recht brav spielten die Damen Weinholz und Schmitz, sowie die Herren Bauer und Giffeld. Das Publikum überbot sich in unheimlichen Beifallsstürmen.

**In dem Schauspiel „Komödie der Liebe“** von Henrik Ibsen, das in der Uebersetzung von H. Schweizer am nächsten

**Salz als Staatsentnahme** bezieht der Kanton Argau die Rheinthalen sind nämlich konfessionsmäßig verpflichtet, dem Kanton den ganzen Salzbedarf gratis zu liefern. Im Jahre 1895 betrug dieses Quantum 3 055 600 Kilogramm, die zu 10 Cents (8 Pf.) per Kilogramm an die Konsumenten verkauft, der Staatskasse eine Einnahme von 306 322 Fr. brachten; außerdem mußte die Saline dem Staate noch direkt 45 000 Fr. zahlen, so daß die Gesamteinnahme 351 322 Fr. betrug. Die Ausgaben betrugen 85 417 Fr., somit Nettoeinnahme 265 904 Fr. Der Staatsvertrag mit den Salinen läuft bis 1. Januar 1907.

**Bergwerks- und Hüttenproduktion Ungarns.** Im Jahre 1895 wurden in Ungarn gefördert:

Die Zahl der Bergarbeiter betrug 62 231, davon waren 16,8 pCt. in Staats-, die übrigen 83,7 pCt. in Privatbetrieben beschäftigt. Unfälle kamen vor: 478 leichte, 149 schwere und 74 tödtliche.

**Der Gemeinderath von Nibi** in Südfrankreich hat für die Einweihung der Arbeiter-Glashütte einen Kredit von 3000 Franken bewilligt.

**Von der wirtschaftlichen Lage Japans** geben nachstehende Daten ein ungefähres Bild. Japan hatte zu Anfang dieses Jahres 41 Städte, deren Einwohnerzahl über 10 000 Köpfe stark war. An der Spitze standen: Tokio mit 1 342 100 Einwohnern, Osaka mit 490 000, Kioto mit 339 800, Nagoya mit 209 200, Yokohama mit 170 500, Kobe mit 161 400; die anderen Städte haben weniger als 100 000 Einwohner.

Das Land hat zur Zeit 54 Eisenbahn-Gesellschaften, deren 2570 (englische) Meilen Länge 84 600 000 Yen (ein Yen gleich etwa 4 M.) kostete; 1716 Meilen sind im Bau begriffen (32 Gesellschaften betheiligen sich daran) und werden 114 000 000 Yen kosten. Nicht weniger als 100 neue Gesellschaften sind bei der Regierung um die Erlaubniß für den Bau von weiteren Linien, die zusammen 200 Millionen Yen kosten sollen, eingekommen.

Zu Anfang dieses Monats gab es in Japan folgende Anzahl von Handelsgesellschaften und ihr Kapital betrug:

Gesellschaften	Anzahl	Kapital
Handel	731	73 798 760 Yen
Industrie	726	119 950 876 "
Landwirtschaft	78	1 886 065 "
Zusammen	1524	205 635 402 Yen

Folgende neue japanische Dampferlinien werden demnächst ins Leben gerufen werden: Kobe und Kijung (via Nagasaki); Osaka und Kijung (via Fushu-Inseln); Formosa und Fushu, Swatow, Amoy und Hongkong; eine Formosa-Küstenfahrt-Linie.

## Versammlungen.

**Eine öffentliche Volksversammlung**, die von der Arbeiter-Bildungsschule zum Zwecke der Agitation für das neu beginnende Wintersemester einberufen war, tagte am vergangenen Dienstag bei Grindel in der Brunnenstraße. Der Vorsitzende der Schule, Genosse Heinrich Schulz, referirte über das Thema: „Volksbildung oder Arbeiterbildung?“ Diese Frage, so führte der Redner aus, könne auf den ersten Blick sehr sonderbar erscheinen, da man geneigt sei, Volksbildung und Arbeiterbildung für dasselbe zu halten. Er halte es aber für sehr notwendig, einmal auf den scharfen Gegensatz hinzuweisen, der in Wirklichkeit zwischen der von bürgerlich-liberaler Seite angestrebten sogenannten Volksbildung und der für das klassenbewusste Proletariat notwendigen und von der Arbeiter-Bildungsschule erstrebten Arbeiterbildung bestehe. An der Hand eines Aufrufs und des Statuts der im März 1871 begründeten Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, zu deren Förderern Leute wie: Schulze-Delitzsch, Girsch, Dunder, Niquel u. a., gehört hätten, charakterisirte der Redner die von dieser Seite festgehaltene Art von Volksbildung. Großspurig habe man vor 25 Jahren gesagt, die Freiheitsfrage sei nach dem Krise von 1870 und durch das allgemeine Wahlrecht zu einer Frage der Bildung der Massen geworden. Das tägliche Glaslo, das diese pompöse Ankündigung gemacht habe, die durch Sozialisten, Radikale, Anarchisten und Vereinsruferkammerungs-Gesellschaft „Freiheit“ der letzten Jahre seien die besten Beweise für die Impotenz jener Volksbildungsbestrebungen. Die Ursache hierfür liege in der falschen Bedeutung, die man der Bildung und Erziehung zuschreibe. Es heiße, das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn man durch erhöhte Bildung die

Sonntag Nachmittag 3 Uhr zum ersten Male in Szene geht, spielt Herr Heinrich Frey vom Stadt-Theater in Halle den Fall, Fräulein Margot die Swanbild, Fr. Arndt die Elsie, Fräulein Häfel Frau Palm, Herr Ruff den Goldstätt, Herr Jürgas den Lind, Herr Jassé den Stüber.

**Ein Dante-Denkmal** ist dieser Tage in Trient enthüllt worden, in derselben Stadt, in welcher die beiden berühmten Konzile getagt haben, das concilium tridentinum um die Mitte des sechzehnten und das Antifreimaurer-Konzil am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

**Zur Erinnerung an den Dichter Platen** gelegentlich der 100. Wiederkehr seines Geburtsjahres am 24. Oktober veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule am morgigen Sonntag in den Armishallen einen Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über „Platen's Bedeutung für die deutsche Literatur“, sowie Deklamationen Platen'scher Gedichte. Da auch Platen an seinem Theil an der Verwirklichung der Freiheitsgedanken gearbeitet hat, so ist eine solche Erinnerungsfest durchaus gerechtfertigt, und wir empfehlen daher den Besuch der Versammlung.

## Literarisches.

**Die Reichstags-Wahlen 1890 und 1893 im Kreise Osthavelland.** Von August Schröder, Spandau. Preis 20 Pf. Immer wieder beschäftigt unsere Parteitage und Kreis-Konferenzen die Frage, welcher Weg der Agitation, besonders auf dem Lande, den größten Erfolg verspricht. Daß man sie individuell gestalten müsse, ist in den letzten Jahren die gemeinsame Ueberzeugung der agitirenden Genossen geworden. Immer den einzelnen Fall berücksichtigen, an ihn anzuknüpfen und seinen Zusammenhang mit der allgemeinen sozialen Lage der Gegend naht anzuzeigen! Die Voraussetzung dafür ist die Kenntnis dieser Lage des einzelnen Falls. Leider fehlt da noch vieles, namentlich das Land ist den Genossen, die aus den Städten auf Touren hinausziehen, noch durchaus nicht genügend bekannt. Hier will das oben zitierte Schriftchen des Genossen Schröder für den osthavelländischen Wahlkreis helfend eintreten. Es be-

## Kunst und Wissenschaft.

**Das Neue Theater** führte am Donnerstag einen Schwang „Vochspränge“ von Hirschberger und Kraas mit vielem Erfolg zum ersten Male auf. Die Pöffe ist französisch-deutscher Allianz entsprungen; ihr zynisch-lecker Grundton zumal ist französischer Ursprungs, was die Verfasser zu betonen vergebens. Vor einer Reihe von Jahren machten in Paris die Verführer, durch Bluttransfusionen Erkrankungen zu heilen, viel Aufsehen. Das aktuelle Thema wurde alsbald von Pöffendichtern zu grotesken Späßen benutzt. In den „Vochsprängen“ kehrt derselbe Stoff wieder. Ein lammklüger Pantoffelheld aus Treuenbrieken, der natürlich von Herrn Pansa dargestellt wird, kommt nach Berlin, um seine Tochter an einen Künstler zu verheirathen. In Berlin wird dem guten Spießbürger das Blut eines jungen Ziegenbocks eingepflegt; der Treuenbriekener glaubt nun wirklich daran, daß verjüngtes Blut in seinen Adern fließe, und beginnt seine Vochspränge zu machen. Läßt man die tolle Voraussetzung gelten, so muß man belassen, daß der Späß nicht unwirksam vorgetragen wird. Am meisten gefiel ein parodistischer Einfall, der übrigens auch dem Französischen entlehnt zu sein scheint. Der Treuenbriekener, der die Künstlerverhältnisse Berlins nur aus Heinz Zornot's lästernen Schilderungen kennt, bildet sich ein, sein zukünftiger Schwiegersohn müsse eine Geliebte haben. Jeder Künstler hat ein Verhältniß, und dies Verhältniß solle gelöst werden. Nun hat aber der junge Maler Freimann feinerlei Liaison; und eine Sängerin aus dem Reichshallen-Theater wird vorgeschoben, um dem „Alten“ seinen Willen zu thun. Nun spielt man dem Treuenbriekener die Entfaltungsgene aus der „Cameliendame“ vor, die er für baare Münze nimmt und die ihn so rührt, daß er schluchzend bekennet: Nein, meine Tochter soll dem Maler entsagen, nicht Sie (zur Sängerin gewendet) theures Fräulein! Der parodistische Scherz wurde von Fräulein Meisenhofer in glänzender Laune dargestellt; prächtig zomisch wirkte neben ihr Herr Herr Farnow in der Rolle eines wahnhaft eifersüchtigen Maagaren.

Eine Familienblatt-Gumorelle „Opus I.“ von Paul Einsemann, die von den kleinen Leiden eines dramatischen Autors vor der

soziale Frage lösen wolle. Umgekehrt müsse man verfahren, nämlich in dem Sinne, wie die moderne Arbeiterbewegung die Lösung der sozialen Frage anstrebe. Die wirtschaftlichen Zustände seien das primäre, das vorwärtstreibende Element und hier müsse deshalb der Hebel angelegt werden. Dem Maße der wirtschaftlichen Fortentwicklung seien die Gemüthsansichten dem Maße zu räumen. Auch das jetzige kapitalistische Wirtschaftsprinzip sei, so gewaltige Fortschritte es auch der Menschheit verschafft habe, an einem derartigen Hindernis angelangt. Dieses bestehe in der dem Kapitalismus innerwohnenden Tendenz, eine gähnende Kluft in die menschliche Gesellschaft zu reißen, die Menschen in zwei feindliche Klassen, die tagtäglich weniger Berührungspunkte mit einander haben, zu theilen, die eine stets kleiner, aber mächtiger werdende Klasse ins Ungemessene zu bereichern, die andere, sich durch jeden wirtschaftlichen Fortschritt vergrößernde Klasse auszupötern. Dem sei nur dadurch abzuhelfen, daß die Ausgebeuteten zur Erkenntniß ihrer Lage und ihres drohenden Unterganges kommen und daß sie daher durch engen Zusammenschluß dem Maße der Entwicklung eine andere Richtung zu geben versuchen. Den Arbeitern diese Erkenntniß und Aufklärung, die himmelweit von der bürgerlichen entfernt sei, zu geben, sei das Bestreben der proletarischen Bildungsvereine und insbesondere der Arbeiter-Bildungsschule. Diesen Zweck suche letztere zu erreichen durch planmäßigen Unterricht in den für diese Aufklärung nöthigen Wissensgebieten der Nationalökonomie, Geschichte, Naturwissenschaft und Deutsch. Die „Rede-Übung“ solle die Arbeiter ihre beste Waffe im heutigen Kampfe, das zündende Wort, besser führen lehren. Eine Aufforderung zur Theilnahme an den Bestrebungen der Schule beschloß den Vortrag. Durch lebhaften Beifall bezeugten die Anwesenden ihr Einverständnis mit den Darlegungen des Referenten. In der Diskussion ergänzte Dr. Pinn die Ausführungen in mehrfacher Hinsicht. Eine große Anzahl der Anwesenden ließ sich nach Schluß der Versammlung als Mitglieder der Schule aufnehmen.

**Der Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis** hielt am 14. d. M. die Generalversammlung für das dritte Quartal ab. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Julius Lehmann in üblicher Weise gelehrt. Darauf erstattete der Vorsitzende Krücker den Geschäftsbericht, wobei er bemerkte, daß etwa 200 von den Mitgliedern, welche vor der polizeilichem Schließung dem Verein angehört, demselben noch nicht wieder beigetreten seien. Die Parteigenossen müßten es sich daher angelegen sein lassen, lebhaft für den Verein zu agitieren. Nach dem Kassensbericht betragen die Einnahmen 665,60 M., der Bestand vom 2. Quartal 280,97 M., zusammen 946,57 M. Ausgegeben wurden für Agitation 238,00 M., für Annoncen 15,80 M., für Säulenanschlag 12 M., für einen Kranz 10,25 M., sonstige Ausgaben 8,40 M., sonstige Ausgaben 8,40 M., zusammen 284,45 M. Die Versammlung ertheilte dem Kassierer Decharge und überwies dem Vorstande 450 M. zu Agitationszwecken. Hierauf hielt Genosse Wilhelm ein Referat über „Das Geld“. Diskussion darüber fand nicht statt. Am 23. Januar wird das Stiftungsfest des Vereins abgehalten. Als nächste Proschüre gelangt das Protokoll des diesjährigen Parteitagess zur Vertheilung.

**Der Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises** (Osten) hielt am Dienstag Abend bei Haase, Frankfurterstraße, seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß der Verein bereits an Mitgliedern die Zahl 1000 überschritten habe. Der Kassierer berichtet, daß der Einnahme von 339,90 M. eine Ausgabe von 269,25 M. — wobei 150 M. für Agitation ausgeworfen wurden — gegenübersteht, so daß ein Bestand von 70,65 M. zu verzeichnen ist. Vorstand und Revisoren werden für das kommende Halbjahr sämmtlich wiedergewählt. Es hielt nunmehr Dr. med. Friedberg einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Tuberkulose“, am Schluß energisch die Errichtung von Heilstätten für Lungenträger von Staatswegen fordernd. Nachdem Redner einige an ihn gerichtete medizinisch-wissenschaftliche Fragen beantwortet, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** hielt am 5. Oktober eine gut besuchte Versammlung bei Henke, Nauenerstraße 27, ab, in welcher Dr. Bruno Wille einen recht interessanten Vortrag über „Erziehungsländer“ hielt. Der Referent kam zu dem Schluß, daß nur eine reine vernunftgemäße Erziehung das Kind zu dem vorbereiten kann, was es sein soll. Hieran schloß sich eine interessante Diskussion, an welcher sich die Kollegen rege beteiligten.

Die Filiale der Chemigraphen vom Verein der in graphischen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 8. d. M. ihre ordentliche Versammlung ab, in welcher der Kassierer Stragen die Anmeldung weiterer 7 Kollegen bekannt gab. Dieselben wurden statutengemäß als Mitglieder aufgenommen. Hierauf erhielt Herr Julius Türk das Wort zu einem Vortrag, in welchem derselbe die verschiedenen Epochen der sozialen und politischen Bewegung schilderte. An der Hand des Buches der Freiheit wies derselbe den Mannesgeist früherer Generationen nach. Seine Ausführungen wurden mit begeistertem Beifall gelohnt.

handelt vorläufig nur die politischen Verhältnisse des Kreises. Das kurze erste Kapitel giebt eine Skizze der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in den größeren Orten Spandau, Potsdam und Weiten. — Kapitel II behandelt die Hauptwahlen 1890 und 1893. Zunächst werden die Zahlen der zur Wahl Berechtigten und der an der Wahl Theilnehmenden verglichen. Aus den amtlichen Listen sind hierzu übersichtliche Tabellen zusammengestellt, so daß diese Verhältnisse für jeden Ort sofort ermittelt werden können. Es ergibt sich dabei, daß die Wahlbetheiligung auf dem Lande größer war, als in den Städten. Ferner verschieben sich auch in diesen Kreise die Wahlergebnisse in der Richtung, daß die Städte immer mehr ausschlaggebend werden. In einem zweiten Abschnitt sind die Verschiebungen der Stimmengahlen in allen Parteien erst in Gesamtzahlen, dann für jeden Ort spezifiziert, in genauen Tabellen zusammengestellt und erläutert. Stadt und Land werden hier wie überall gesondert behandelt. Zu beachten ist dabei, daß die Sozialdemokratie in beiden fast gleich große Fortschritte gemacht hat. — In derselben Art, nur kürzer, sind in Kap. III die Tabellen für die Stichwahlen 1890 und 1893 bearbeitet. — Ein Anhang giebt über die Organisationen, die zur Verfügung stehenden Lokale und die Verbreitung der Parteizeitungen im Kreise Auskunft.

Es ist klar, in welcher Weise diese Zusammenstellungen für die Agitation Nutzen stiften können. Man gewinnt aus ihnen eine genaue Uebersicht über den Stand der politischen Bewegung in den verschiedenen Orten. Einzelne gehören z. B. fast ganz den Freisinnigen, andere den Konservativen, andere usw. Danach kann die Agitation eingerichtet werden. Da sind weiter die Bewohner eines Ortes ganz abhängig von einem Gutsherrn? Folglich die Wahlbetheiligung: 100 pCt.! Nur ein Freier hat es gewagt, trotz alledem für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die anderen sind alle konservativ. Solche und ähnliche Einblicke sind doch sehr lehrreich. Das Schriftchen hat daher auch auf der Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg lebhaftes Interesse gefunden und kann allen Kreisen dringend zur Nachahmung empfohlen werden.

Gewiß ist damit die Aufgabe noch nicht vollendet. Nunmehr kommt es vor allem darauf an, in ähnlich genauer Weise die sozialen Verhältnisse eines jeden Ortes im Kreise zu ermitteln und für die Agitation zu verarbeiten. Die Vorarbeiten dazu sind für den Kreis Ost-Brandenburg im Gange. Hoffentlich gelingt es dem Genossen Schröder, schon der nächsten Parteikonferenz der Brandenburg eine Arbeit hierüber vorzulegen.

Unter Verschiedenem wurde gegen ein Mitglied der Filiale, welches in einer bedeutenden Anzahl in hervorragender Stellung thätig ist, Klage geführt. Die Untersuchung der Angelegenheit wurde dem Vorstand überwiesen. Nachdem noch die Veranstaltung eines Herbst-Vergnügungsabends angeregt und ein Komitee von 8 Mitgliedern zur Arrangirung desselben gewählt wurde, schloß die wieder sehr gut besuchte Versammlung in ziemlich vorgerückter Stunde.

**Zu der Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolier** erstattete der Kassierer den Kassensbericht. Nach demselben sind incl. des Kassensbestandes vom vorigen Quartal 2241,25 M. eingenommen und 904,15 M. ausgegeben worden. Unter den Ausgaben figuriren 100 M. Unterstützung für die Streikenden in Lauterberg, je 50 M. für die Hensburger und die Berliner Wägenbranche. Für die Hensburger wurden weitere 16,80 M. vom Ueberschuß der Dampferpartie bewilligt. Dem Kassierer wurde Decharge ertheilt. Als Vorsitzender wird Kollege Schulz wiedergewählt; Kollege Gutschmidt wird zum Schriftführer, Kollege Martin zum Bevollmächtigten der Filiale Oden, Wörle als Mitglied der Sachkommission gewählt. — Der Antrag, daß allen nach § 7 vollberechtigten Mitgliedern, welche nicht länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, zu dem vom Verein veranstalteten Festlichkeiten und wissenschaftlichen Schaustellungen freier Eintritt zu gewährt sei, wird schließlich mit dem Zusatz angenommen, daß er schon auf das am 17. Oktober stattfindende Stiftungsfest Anwendung finden soll. Ein weiterer Antrag des Vorstandes, daß die Zahlstellen-Verwaltungen unter Hinzuziehung eines Mitgliedes der Sachkommission an einem bestimmten Mittwoch im Monat tagen sollen, und zwar die Filiale Norden jeden ersten Mittwoch im Monat bei Schibitzki, Anklamerstraße 32; die Filiale Osten jeden zweiten Mittwoch bei Wille, Andreasstraße 26; die Filiale Südosten jeden dritten Mittwoch bei Mohr, Oranienstraße 197; die Filiale Nordost ebenfalls jeden dritten Mittwoch bei Babensneider, Hermannstraße, abends von 8 bis 9 Uhr, um etwaige Wünsche und Beschwerden von Seiten der Kollegen entgegen zu nehmen, wird zum Beschluß erhoben. Unter Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß am Todensontag bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c, eine Versammlung mit Damen und zum Schluß geselliges Beisammensein stattfindet.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** Berlin und der Umgebung hielt am 11. Oktober bei Hoffmann, Alexanderstr. 27, seine Generalversammlung ab. Der Kassensbericht gefallt sich wie folgt: Gesamt-Einnahme 603,20 M., Gesamt-Ausgabe 388,27 M., somit verbleibt am Schluß des 3. Quartals ein haarer Kassensbestand von 449,93 M. Mitglieder zählt der Verein 1015. Dem Kassierer wurde Decharge ertheilt. Knöbchen gab den Bericht über die halbjährliche Thätigkeit des Vorstandes. Innerhalb dieser Zeit wurden abgehalten 6 Vorstandssitzungen, 3 kombinierte Sitzungen, 9 Vereins- und eine Wander-Versammlung, ferner erließ der Vorstand 2 Aufrufe und 1 Flugblatt. Gewählt wurden zum ersten Vorsitzenden Knöbchen, ersten Kassierer Schulz, ersten Schriftführer Pfister, zweiten Vorsitzenden Seefeldt, zweiten Kassierer Bittner, zweiten Schriftführer Heller, als Revisor Schwefel. Als Aufsichtsmitglieder wurden gewählt Köhling, Hoffmann und Böwenstein. Zum Hilfskassierer für den Osten Künzler, für Wedding Drenin, für Moabit Seichter, für Westen Granzow, Südosten Plath. Zu Thür-Kontrollanten Harnisch und Meyle. Auf Antrag Meyle wurde der Beschluß vom Oktober 1893 dahingehend, für die Wintermonate Dezember, Januar und Februar die Beiträge mitzubehalten, erneuert, und dementsprechend weiter verfahren. Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Antrag der letzten Versammlung, welcher den Ausschluß der Zeilmänner-Maurer verlangt, scharf besprochen und schließlich ein Antrag, welcher besagt: „Alle die Kollegen, welche systematisch zehn Stunden arbeiten, aus dem Verein auszuschließen“, angenommen. Ferner wurde drei Kollegen, welche noch nicht drei Monate dem Verein angehören, und zwei alten Kollegen Rechtschutz gewährt. Ferner machte der Kollege Knöbchen bekannt, daß ihm sein Arbeitgeber in der Kommandantenstr. 16, ein Herr Wendt, bei der Arbeit das Nachsehen habe und auch von ihm verlangte, die Jacke bei der Arbeit auszugeben.

Die Leisten-Vorvergolder waren vom Vertrauensmann Hedmann zum 12. Oktober nach der Schwedterstr. 23 berufen, zur Besprechung der Materialfrage. Hauptächlich handelte es sich hier um die bei der Firma Adols Wertheimer beschäftigten Berufsangehörigen; die Arbeiter beider Firmen Werkmeister sowie noch einiger anderer in betracht kommender Firmen waren, wie der Jurat ergab, vertreten. Um definitive Beschlußfassung sollte es sich in der Versammlung nicht handeln, sondern vielmehr um eine Vorberatung, wie sich die Vergolder dieser Branche zu eingerissenen Verschlechterungen und daraus folgendem Mißverdienst resp. Lohnabgängen zu stellen gedulden. Von verschiedenen Seiten wurde die Behauptung aufgestellt, daß das zu verarbeitende Metall seit einiger Zeit stetig schlechter geliefert wurde, auch in ungenügender Menge, so daß die von den Arbeitern zu beschaffende Ergänzungsmaße (Staub) in größeren

Erwähnt sei noch, daß auch im Kreise Ruppin-Templin die Ergebnisse der Nachwahlen 1898 in einer großen Tabelle zusammengestellt und so den Genossen zugänglich gemacht sind.

**Brau-Olydi, Lily. Frauenfrage und Sozialdemokratie.** Neben anfänglich des Internationalen Frauentongresses zu Berlin. Preis 20 Pf.

Indem die Verfasserin den Fortschritt begrüßt, welchen die bürgerliche Frauenbewegung in der letzten Zeit in Deutschland zu verzeichnen hat, weist sie in meisterhafter Darstellung die Halbheit und Unzulänglichkeit dieser Bewegung im Vergleich mit der auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterinnenbewegung nach. Sie widerlegt treffend die in den bürgerlichen Klassen gegen die Sozialdemokratie bestehenden Vorurtheile, welche in dem falschen Glauben bestehen, die Sozialdemokratie wolle die Familie und die Religion zerstören, und sie strebe eine blutige Revolution an; sie schildert die Sozialdemokratie als die einzige Partei, welche mit Nachdruck bei jeder passenden Gelegenheit für die Interessen der Frauen eintritt.

Wir wollen hoffen, daß die Proschüre viel zum besseren Verständniß für die Bestrebungen der Sozialdemokratie beitragen und uns manche neue Kundigein zuführen wird.

**O. Nölke, Sechs Jahre in einem sächsischen Lehrerseminare.** 2. Theil: Wie in Otschag Zensuren gemacht werden. Leipzig, H. Schupp, 1896. 29 S.

Nach dem, was der Verfasser in den beiden ersten Theilen seiner Enthüllungen über das Otschager Seminar („Behandlung der Seminaristen“ und „Lehrmethode“) mitgetheilt hat, wird der Inhalt des jetzt vorliegenden dritten und letzten Theiles kaum noch Verwunderung erregen. Von den Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten, die in Otschag bei der Zensurertheilung vorgekommen sein sollen, sei hier nur eine erwähnt. „Gemacht“ wurden, nach N.'s Behauptung, die Zensuren für mehrere Beförderer nicht vom Lehrer, sondern von einem Schüler, der das Vertrauen seines Lehrers genos und bei der Zensurenfabrikation nach Gunst und eigenem Gutdünken verfuhr. Das Bemerkenswerthe an diesem dritten Theile ist die zum Schluß abgegebene Versicherung, es sei dem Verfasser auch „über andere Seminare eine Menge Material zugegangen.“

Massen zu liefern nöthig wurde. Hierzu wurde von einer Seite angeregt, ob es nicht ratsam sei, die Arbeiter ließen auch das Metall und brächten dieses bei Festsetzung des Lohnsatzes in Anrechnung. Diesem Vorschlage wurde mehrererseits aus dem Grunde widersprochen, daß anfänglich vielleicht der nöthige Aufschlag bezahlt würde, dieser jedoch sehr bald, nach dem kapitalistischen Prinzip, wieder abgezogen würde, und sich die Arbeiter somit eine neue Last zu gunsten des Unternehmers aufgebürdet hätten. Ein Fabrikant würde damit anfangen, und die andern bald diesem Beispiele folgen, indem sie, genau wie bei den gegenwärtig zu rührenden Verhältnissen, sich immer einer hinter dem andern verdeckt. Viel Schuld an den eingerissenen Mißverhältnissen wurde den Frauen, die in der Branche beschäftigt sind, zugeschrieben, und dabei behauptet, daß deren Verhalten ein Beweis dafür sei, daß die Frauen für eine Bewegung der männlichen Kollegen vollständig verloren seien. Zu dem Uebelstand, daß von den Fabrikanten nicht mehr so viel Material geliefert werde, wie zur Fertigstellung der Arbeit notwendig, bedauerte Knorr, daß der Antrag Stadthagen seinerzeit nicht angenommen wurde, derartige Manipulationen als Wucher zu bestrafen. Die Versammelten hielten sich nach erschöpfender Debatte auf den Standpunkt, das Material beizubehalten und im Falle eines Abzuges die Arbeit niedergulegen.

**Zu einer öffentlichen Versammlung der Stellmacher,** welche am Sonntag in der Arminhallen stattfand, sprach der Genosse G. Wagner über das „Bürgerliche Geschick“. Hierauf gab der Kollege Fischer den Kassensbericht der Agitationskommission, welcher mit einem Kassensbestand von 21,06 M. abschloß; hieran schloß sich eine rege Diskussion, worin der Agitationskommission der Vorwurf gemacht wurde, nicht genügend ihre Schuldigkeit gethan zu haben, namentlich wurde von allen Rednern die Handlungsweise des Kollegen Michels — bisheriges Mitglied der Agitationskommission — während des Drechslerstreiks scharf verurtheilt. Es wurde demselben zum Vorwurf gemacht, Arbeit genommen zu haben in einer Treppengeländer-Fabrik, wo die Stellmacher sich mit den Drechslermännern solidarisch erklärten und die Arbeit wegen Nichtbewilligung niedergelegt hatten. Der Kollege Michels, welcher zu seiner Vertheidigung nach wiederholter Aufforderung das Wort nahm, bestätigte, daß er bei Aufnahme der Arbeit gewußt hatte, daß die Stellmacher nach seiner Ansicht aus Zimmerei die Arbeit niedergelegt hätten. In die Agitationskommission wurden gewählt die Kollegen Häring, Köhndke, Bräß und Glöckner.

**Der Textilarbeiter-Verband, Filiale I,** hielt am 12. d. M. eine Versammlung ab, in der Genosse Zahn einen recht interessanten Vortrag über: „Chartistenbewegung in England“ hielt. Hierauf gab das Vergnügungskomitee den Bericht vom letzten Stiftungsfest. Danach betragen die Einnahmen 213,25 M., die Ausgaben 189 M., mithin verbleibt ein Bestand von 24,25 M. Zu Revisoren behufs Prüfung der Abrechnung wurden die Kollegen Quast und Heese gewählt. Kollege Kohl führt an, daß der Kollege Spann, der viele Jahre dem Gewerksverein angehört hat, aus diesem ausgeschlossen wurde, wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbands. Jetzt habe man denselben auch aus der Krankenkasse ausgeschlossen und wird nun jedenfalls deshalb die Rechtschutzkommission in Anspruch nehmen. Die Versammlung war jedoch damit nicht ohne weiteres einverstanden. Da der Fall nicht genügend aufgeklärt ist, wurde derselbe dem Vorstande überwiesen.

**Die Lederarbeiter-Arbeiter** hatten am 12. Oktober bei Große, Annenstraße 16, eine Branchen-Versammlung. Kollege Brückner gab den Geschäftsbericht, welcher sich auf 8 Monate erstreckt. Es war nicht möglich, mehr als eine Branchen-Versammlung stattfinden zu lassen, da der Verband und der Lokalverein in der Lohnbewegung zusammen arbeiteten. Es fanden statt 3 öffentliche Versammlungen, 9 Vertretungsdelegirten-Sitzungen, außerdem noch 2 derselben mit den Vertrauensleuten des Fachvereins, 4 kombinierte und 41 Vertretungsdelegirten. Am 3. Juli fand bei Adam eine Vertretungsversammlung statt, dort leiteten die Kollegen und Kolleginnen es ab, weiter mit dem Werkführer Göritz zusammen zu arbeiten, da sich letzterer unläuter gegen die Arbeiterinnen benommen hat. Die Kollegen wurden bei Herrn Adam vorstellig und wurde Göritz als Werkführer entlassen. Göritz spielte sodann aber doch beim Streik bei der Firma Adam als Heumarbeiter den Streikbrecher. Am Schluß des Jahres 1894 waren 94 Lederarbeiter im Verbands organisiert. Am Schluß des Jahres 1895 waren 97 und Ende Juli 1896 waren 220 Lederarbeiter im Verbands organisiert. Durch die Auflösung des Fachvereins wird es möglich sein, die Agitation intensiver zu betreiben. Augenblicklich sind 350 Vertretungsdelegirten organisiert, und wir wollen hoffen, daß sich die Zahl der Organisirten bald verdoppelt. Hierauf legten die Vertrauensleute ihr Amt nieder, um den neu hinzugelommenen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, an der Verwaltung theilzunehmen. Als Vertrauensleute wurden gewählt die Kollegen Brückner, Heindtke, Schuhmacher und Hennig. Kollege Brückner theilte mit, daß bei Kollegen Jacd, Oranienstr. 16, eine neue Zahlstelle eingerichtet ist. Die Bibliothek ist Mittwoch und Sonnabend Abend geöffnet. — Dienstag, den 19. d. Mts., findet eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission Bericht erstatten wird.

**Der Verband der Möbelpolier (Filiale Norden)** hielt am Montag, den 12. Oktober, bei Kranz, Badstr. 12, seine regelmäßige Versammlung ab. In derselben hielt der Kollege Wörle einen Vortrag über: „Die Hinrichtung der Verbandsangelegenheiten wurde den Mitgliedern der Beschluß der letzten Generalversammlung bekannt gegeben, wonach jedem vollberechtigten Mitglied bei vom Verband veranstalteten Vergnügungen freier Eintritt gewährt wird. Ferner wurde auf das am 17. Oktober stattfindende Stiftungsfest und die am 8. November in der neuen Urania“ stattfindende Vorstellung aufmerksam gemacht, zu welcher Büllets des Sonnabends in den Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben sind.

**Der Fachverein der Bäcker** hielt am 13. d. M. bei Gröndel, Brunnenstr. 183, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Dr. Föhl sprach über: „Die Eroberung des Nordpols“. Er schilderte in zweifelhafte Vortrag alle interessanten Einzelheiten der schon vor Jahrhunderten zu diesem Zwecke unternommenen Expeditionen, insbesondere die bis zur neueren Zeit und Nanzen's Expedition. Unter Verschiedenem wurde sodann ein Schreiben der organisirten Gastwirthschaftsgesellen verlesen und einige Vereinsangelegenheiten geregelt.

**Eine gut besuchte Baudeputirten-Versammlung** der Puhner fand am Mittwoch Abend bei Wastke, Oranienstr. 33, statt. Nach dem Bericht der Lohnkommission haben bis jetzt an 100 Kollegen, welche bisher keine Arbeitsberechtigungskarte hatten und während der Lohnbewegung nicht bei Puhnermeister gearbeitet haben, dieselben erhalten. Die Zahl der ausgefüllten neuen Karten hat die Zahl von 1000 erreicht. Die Kommission empfiehlt den Baudeputirten, auf den Bauten eine strenge Kontrolle zu üben und besonders ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die in Arbeit tretenden Kollegen auf den alten Arbeitskarten den Schlusstempel der Kommission verzeichnen haben, da eine Anzahl von Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Ferner macht die Kommission die Kollegen auf eine neue Art des Bauwindels aufmerksam. Die Sache war folgende: Auf einem Bau in der Kirchstraße in Charlottenburg, welcher eine ganze Zeit wegen Zahlungsdifferenzen geruht hatte, läßt der Agent des Geldgebers die Arbeiter durch den Puhner Sch. fertigstellen. Der Puhner hat sämtliches Kräftzeug zu liefern, die Lohnzahlung erfolgt nach Fertigstellung der Arbeit, welche etwas über 3000 M. ausmacht.



**Große Berliner Schneider-Akademie,**  
 System Kuhn, seit 1880 im Rothen Schloß, befindet sich vom  
 1. September an in den mit allem Comfort der Neuzeit ausgestatteten  
 Prachtträumen des Hohenzollernhauses Berlin W., Leipzigerstr. 117/118.  
 Gründliche Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche-  
 Schneidererei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbst-  
 unterricht. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis.  
 Die Direktion.

**Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,**  
 echten alten Nordhäuser Bitter M. 1.—, 1/2 M. 0,50,  
 extra alte Waare 1,40, " " 0,70.  
 Kleinverkauf von 10 Pf. an.

**R. Lewinberg**  
 54 Brangel-Strasse 54, SO.  
 empfiehlt  
**Reste und einzelne Roben**  
 zu unglaublich billigen Preisen, darunter Roben in neuesten Mustern,  
 enthaltend 6-7 Meter doppelt breiten Stoff, durchschnittlich jede  
 Robe 1,50 und 1,80 M.  
 Ganz bedeutend unter regulärem Werth!!

**Jede Dame spart Geld**  
 beim Einkauf von Damenmänteln!  
 Winterjackets 5-15,00, hochlegante Modelle in Kragen, Capes, Applicationen  
 und Stickereien auf Seiden-Plüsch, Federkimmer, Seal, Eskimo, Astrachan  
 10-45,00. Abendmäntel, auf Seide wattirt, mit echten Pelzbesätzen 8-30,00.  
 Stoff-Abendmäntel 8-15,00. Den Rest Regenmäntel und Golf-Capes 4-10,00.  
 Steter Eingang von **Gelegenheitskäufen.**  
 Landsberger-Strasse 59, 1 Tr. (kein Laden).

**Weihnachts-Ausstellung**  
 verbunden mit grossem  
**Weihnachtsmarkt**  
 vom 1. bis 31. Dezember d. J.  
 im  
**Messpalast, Alexandrinenstrasse 110.**  
 Anmeldungen werden im Bureau des Messpalastes  
 Zimmer No. 16 part. vorm. 9-1 und nachm. 3-7 entgegengenommen

**Pichelswerder.**  
 Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten,  
 gute Speisen und Getränke stets vorrätig.  
 Es ladet ein **Der alte Freund.** 6017L\*

**Total-Ausverkauf**  
 zu außerordentlich billigen Preisen  
 wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.  
 Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken,  
 Möbelstoffe (Reste), Wäsche, Corsets, Trikot-  
 tagen, Inlet, Hemdentuch, wollene Tücher,  
 Herrenwesten, Vellinen, Taschentücher, Hand-  
 schuhe, Strümpfe etc.  
**Amandus Wronkow**  
 Oranienstrasse 162 zwischen Moritz-  
 und Oranienplatz.

**Möbel, Spiegel,**  
 Polsterwaaren  
 Waare.  
**Franz Titzauer**  
 Tischlermeister, Bücherstr. 14.  
 Ganze  
 Wohnungs-  
 Einrichtungen in  
 Nussbaum u. Mahagoni  
 zu soliden Preisen.

**Meine Fabrikate**  
 sind weit bekannt als gut  
 und billig!  
 Rem. Nickel M. 6.—  
 Silber 800/1000  
 Goldr. M. 10.—  
 Ancre Spir. Breguet  
 15 Stein, M. 16.—  
 mit 16 Stein, 1 Chäton,  
 System Glashütte  
 M. 20.—  
 Wecker, leuchtend M. 2.70  
 Regulateur 1 Tag Geh- u. Schlagw. M. 8.50  
 Regulateur 10 Tg. Geh- u. Schlagw. M. 12.—  
 Illustr. Preisakoursant über Uhren, Ketten,  
 Wecker, Regulatore, Gold- und Silber-  
 waaren gratis u. frko. Nicht Passend,  
 wird umgetauscht oder der Betrag zurück-  
 erstattet.

**Eug. Karecker, Uhren-**  
 Fabrik,  
 Lindau i. B., Nr. 47, früher Constaaz.  
 2 Jahre Garantie!

**Reell und billig**  
 kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
 fabrik von W. Hitzsche, gegründet 1872  
 Salfingerstr. 13, Ecke Konitzstrasse  
 am Kottbusser Thor. 50158\*

**Wer**  
 noch will reell und billig kaufen. Durch  
 Verkauf auf Auktionen und von  
 Konfurmassen bin ich in der Lage,  
 jedes Stück billiger zu verkaufen,  
 als alle anderen Geschäfte. Ich ver-  
 kaufe daher:  
 Hochlegante Winter-Paletots von  
 5,75 M. an bis 36 M. Hohenzollern-  
 und Bellerinen-Mäntel von 5,25 M.  
 an bis 30 M. Kaiser-Mäntel und  
 Joppen von 6,75 M. an bis 24 M.  
 Damen-Mäntel und Jaquets von  
 5,50 M. an. Damen-Röcke in allen  
 Farben von 3,25 M. an. Hochfeine  
 Rock- und Jacket-Anzüge von 12,50 M.  
 an. Herren-Hosen von 2,75 M. an.  
 Kellner-Hosen und Jodels von  
 4,75 M. an. Feder- und Arbeits-  
 Hosen zu 2,35 M. Burschen- und  
 Knaben-Paletots, Herren-Jackets,  
 Westen und Röcke in allen Größen,  
 Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte,  
 Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel,  
 Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver,  
 Leuchts, Stockfinten, Harmonikas,  
 Geigen, Trommeln, Uhren, Ketten,  
 Ringe u. s. w. zu enorm billigen  
 Preisen. 1218\*

**Gustav Lucke,**  
**Waarenhaus,**  
 Berlin,  
 131. Oranienstrasse Nr. 131.

**W** Große  
**arenposten**

Zu nie dagewesenen Ausnahmepreisen, soweit der Vorrath reicht.  
**Cheviot**  
 gezwirnt 6 Mtr. doppelt breit 2,90 M.  
**Diagonal-Cheviot**  
 reine Wolle 6 Mtr. doppelt breit 3,60 M.  
**Travers-Kips**  
 d. beste r. Wolle 6 Mtr. dopp. br. 5,70 M.  
**Euch Lama**  
 für Hauskleider 5 Mtr. dopp. br. 4,80 M.  
**Cheviot**  
 für Hauskleider 5 Mtr. dopp. br. 1,40 M.  
 Damen-Hemden starkfädig 68 Pfg.  
 Damen-Unterröcke Velour 1,10 M.  
 Damen-Beinkleid, imit. Faneil 70 Pfg.  
 Damen-Unterjacken Normal 68 Pfg.  
 Damen-Strümpfe gestrickt Paar 25 Pfg.  
 Herren-Normalhemden schwer 68 Pfg.  
 Herren-Normal-Beinkl. Tritot 70 Pfg.  
 Herren-Westen fest gestrickt 1,45 M.  
 Herren-Strümpfe gestrickt Paar 18 Pfg.  
 Arbeiter-Hemden richtige Größe 98 Pfg.  
 Arbeiter-Unterhosen molli 90 Pfg.  
 Mädchen-Hosen in allen Größen 35 Pfg.  
 Kinder-Triots in allen Größen 25 Pfg.  
 Kinder-Strümpfe diamantschw. 31 Pfg.

**Teppiche**  
 imit. Brüssel u. Plüsch 3,25 M., 5,25 M.  
 Vorlagen 75 Pfg., 1,65 M., 2,40 M.  
**Steyppdecken**  
 rein wollener Atlas, groß 4,25 M.  
**Tischdecken**  
 Einfarbig mit u. ohne Bordure 2,50 M.  
**1 Posten Stubenhandtücher**  
 extra groß u. derbe, Stück 22 Pf., 38 Pf.  
**W. Pestachowski,**  
 Grosse Frankfurterstr. 86.  
 Zwischen Markus- u. Markfließstr.

**Album- und Lederwaaren-Fabrik**  
**Oskar Gundau**  
 Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.  
 Gr. Lager aller  
 Arten Lederwaaren  
 und Schmucksachen  
 zu billigsten Preisen.  
**Albums**  
 in Plüsch oder Leder  
 M. 3.—  
 Die Staffelei  
 M. 3.—

**Hohenzollern-**  
 Mäntel, Joppen, Paletots,  
 Winter-Hosen, Anzüge, vor-  
 jährige, nach Maass bestellt, nicht  
 abgeholt, verkaufe Hälfte Kosten-  
 preis. Münsstr. 4. Engel.

**für Händler u. Schneider**  
 Stoffreste zu Herren-Anzügen,  
 Paletots, Hosen spottbillig.  
**Reste zu Knaben-Anzügen**  
 u. sonst zugeschnitten, Hälfte  
 Kostenpreis. Münsstr. 4. Engel.

**Wer — Stoff — hat!**  
 fertige Anzug, 20 M., feinste Zu-  
 thaten, saubere Arbeit, 2 Anproben,  
 Hufe 3,50. Winterpaletot, Sammet-  
 tragen, wollenes Futter. Müns-  
 strasse 4, Engel.

**Wir erlauben uns, neben unseren**  
 bekannten dunklen und hellen Bieren  
 unser **Patzenhofer Versandbier**  
 (Münchener Farbe), **Patzenhofer**  
 „Ceres“ (ganz hell) in empfehlende  
 Erinnerung zu bringen.  
**Patzenhofer Brauerei,**  
 NO., Landsberger Allee 24—27.  
 Fernsprecher Fassbier Amt VII. 5535.  
 Flaschenbier „VII. 2200.

**H** Parteigenossen!  
**Hüte** Kontrollmarke,  
 nur mit [58422\*]  
 Schirme, Stöcke, Kravatten.  
**Otto Gerholdt,** Dresdenerstrasse 2.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**  
 liefert  
**Schuhwaaren en gros & en detail**  
 in eleganter und solider Ausführung.

**Arbeiter Berlins!**  
 Die Fabrikate der ausgesperrten  
 Schuhmacher in Erfurt werden jetzt,  
 außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
 den eigenen Niederlagen  
**Bellealliancestr. 98/99**  
 und  
**Rosenthalerstr. 63/64**  
 verkauft.

**Weitere Filialen in Deutschland:**  
 München, Sendlingerstrasse 10.  
 Dachauerstrasse 88.  
 Landsbergerstrasse 7.  
 Frankfurt a. M., Liebfrauen-  
 berg 26.  
 Düsseldorf, Bismarckstrasse 91.  
 Köln a. Rh., Eigelstein 68,  
 Bremen, Paulsenstrasse 76.  
 Hannover, Klagenmarkt 7a.  
 Hamburg, Bergstrasse 8a.  
 Leipzig, Zeigerstrasse 37.  
 Braunschweig, Höhe 4.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gefesterten  
 Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und  
 Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist:  
 Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer  
 Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.  
 Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75,  
 In der Bellealliance-Strasse bitte genau  
 auf Nummer 98 zu achten. 5846L\*  
 Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

**Herren-Hüte enorm billig.**  
 Nur neueste Façons in allen Farben,  
 vollständig fehlerfrei,  
 gibt einzeln ab die Fabrik zu folgenden Preisen:  
 Stief 1,90—2,30—2,50—3,00 M.  
 Weich 1,00—1,00 M.  
 Paarchüte 4,80—6,00 M.  
 Zylinder-Hüte 4—11 M.  
 im Komptoir **Grüner Weg 2, I, a. d. Ziffandstrasse.** 6008L\*

**F. Nahrstedt,**  
 45/46 Brangel-Strasse 45/46  
**Gediegene Auswahl in Kleiderstoffen.**  
 Besonders beachtenswert für den Herbst sind:  
**Wollene Kleider-Lamas. — Mühlhauser Warps.**  
 Zum Umzug: Gardinen, Bett- und Tischdecken.  
**Ganze Ausstattungen in Wäsche.**  
 Fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.  
**Wollene Westen und Trikotalagen.**  
**Arbeitsanzüge**  
 für Mechaniker, Maler  
 sowie für jedes Gewerke,  
 auch nach Maass.

Einem Theil der heutigen Auf-  
 lage liegt ein Prospekt des  
 Verkaufshauses M. Grünberg  
 Nachf., Müllerstr. 181, bei.  
 Für die hiesigen Leser liegt der  
 heutigen Nummer unseres Blattes  
 die Gewinnliste der preussischen  
 Lotterie vom gestrigen Tage bei.